spuren

EINE JÜDISCHE
GEMEINDE,
DIE NICHT MEHR
EXISTIERT

suche

spuren

EINE JÜDISCHE

GEMEINDE,

DIE NICHT MEHR

EXISTIERT

Digitized by Project Zikaron
Touro University-NY Libraries
www.zikaron.tourolib.org
2025

suche

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Michael Zimmermann/Tim Garde **Spurensuche**	3-12
Edna Brocke **Bücherfund – Was sagen uns die Bücher?**	13-21
Ludger Heid **Ostjüdische Arbeiter im Ruhrgebiet 1915 – 1922**	23-42
Manfred Lück **Juden in Bottrop 1840 – 1942**	43-65
Judith Braunthal/Chanan David/ Rolf Humberg/Oskar Kleinberger **Erinnerungen**	66-92
Anke Klapsing/Wolf Stegemann **Spuren sichern und erhalten**	93-95
Kurzes Glossar hebräischer Begriffe	97-98
Anmerkungen	99-103
Bildnachweis	104
Die Autoren	105
Impressum	106

Michael Zimmermann/Tim Garde

Spurensuche

Eine Geschichte, die in ihrer Art nicht selten ist: Eine alte Dame erkrankt schwer, ist bald nicht mehr geschäftsfähig, wird zum Pflegefall. Die anfallenden Kosten können aus ihrer Rente nicht gedeckt werden. Sie ist aber Hausbesitzerin, als letzte Überlebende einer Erbengemeinschaft von mehreren Geschwistern. Um die aufgelaufenen Pflegekosten abzutragen und die weitere Pflege zu gewährleisten, müssen Möbel, Hausrat und sonstiges Inventar versteigert werden; das Haus soll danach renoviert und in einen lukrativ vermietbaren Zustand gebracht werden. Es schlägt die Stunde der Auktionatoren. Sie sortieren, katalogisieren und schätzen die Werte, schließlich versteigern sie. So geschehen im Januar 1989 in der Kirchhellener Straße 46 in Bottrop. Die alte Dame heißt Frau Rolf; die Auktionatoren heißen Jochen Leonhardt und Eric Wilbois.

Versteigerung

„Wir haben im Wohnungs- und Kellerbereich den Müll entfernt und dann die Gegenstände für die Versteigerung beschrieben", erinnert sich Eric Wilbois. „Nächtens bin ich auf den Dachboden – ein Sammelsurium von Gegenständen, völlig verstaubt. Die Sachen haben wohl lange Zeit unberührt gelegen. Ich habe mich peu à peu in die hinterste Speicherecke vorgearbeitet. Da stand ein Korb, optisch völlig in Ordnung. Als ich ihn aber ein bißchen bewegte, brach der Boden heraus. Vollkommen morsch. Nirgends ein Schloß, der Korb war unverschlossen." Eric Wilbois öffnete ihn und fand eine sorgfältig aufgebrachte Packpapierschicht, „fest, dick und etwas kreppartig im Griff". Entlang den Seitenwänden und auf dem Boden des Korbes ebenfalls Packpapier, darin verstaut Bücher. „Teils standen sie, teils lagen sie. Sie wirkten sorgfältig verpackt."

Es waren ungefähr 150 Bücher, dazu einzelne Zeitschriften: zionistische Literatur, belletristische und historische jüdische Bände, einige Ausgaben des „Jüdischen Blindenjahrbuchs", Sprachbücher für Spanisch und Hebräisch zur Auswanderungsvorbereitung, ein Fremdwörterbuch, Kaufmännisches, Kinderbücher, vor allem aber religiöse Literatur. In den Büchern Lesezeichen und Zufallsfunde: Geschäftsrechnungen, zwei Photos, ein paar Postkarten, eine Kinderzeichnung, ein Kinderbackenzahn in einem Tütchen.

Eric Wilbois erzählt noch, daß er im vorderen Teil des Dachbodens zwei zugenagelte Holzkisten gefunden hat. Den Inhalt beschreibt er so: „Haushaltsgegenstände, unter anderem Schneebesen, Weißdraht, mehrere Weißblechtassen, weiß emailliert, Durchschlag mit blauem Rand, zerlegte Strickmaschine 'Juno', etliche weiße Porzellanteller und



Der Bücherfund

-tassen, ein kleiner und ein großer Fleischwolf, Besteckteile WMF, 90er Silberauflage, stark abgenutzt, Lanzettblattrand, Frittierkorb, ca. 8 Gebrauchsbechergläser, leicht gekantet, Kochlöffel aus Holz." Dieser Hausrat sei sorgfältig in Zeitungspapier aus den dreißiger und vierziger Jahren eingewickelt gewesen. Er habe die Holzkisten fortgeworfen und den Inhalt dem übrigen Versteigerungsgut zugeordnet. Später habe er sich gefragt, ob die Holzkisten vielleicht von den gleichen jüdischen Besitzern stammten wie die Bücher. Eine genaue Identifikation und Rücksortierung des Hausrates sei da aber nicht mehr möglich gewesen.

In einem der gefundenen Bücher war der Stempel „Eigentum der Bücherei der Synagogengemeinde Essen Nr. E 812", in einem anderen stand „Israelitische Gemeindeschule Essen Nr. 185". Die Auktionatoren riefen deshalb in der ALTEN SYNAGOGE an: Ob wir Interesse hätten, den Bücherfund anzusehen und eventuell zu ersteigern? Wir hatten. Aber nicht nur wir, sondern auch das Stadtarchiv Bottrop und das Dokumentationszentrum für jüdische Geschichte und Religion in Dorsten.

Am 14. Januar 1989 findet die Versteigerung statt. Es ist Samstag, das Haus in der Kirchhellener Straße 46 ist übervoll. Die Auktionatoren müssen eine Lautsprecheranlage installieren. Selbst auf der Veranda, im Hof und im Garten stehen Trauben von Menschen und frieren. Die Versteigerung ist für Bottrop eine kleine Sensation, die Lokalpresse hat ausgiebig berichtet. Es gibt aber auch manches Interessante zu erwerben. Frau Rolf gehörte der Generation vor der Wegwerfgesellschaft an, sie hat alles aufbewahrt, darunter Kurioses: die Handschuhe des Münsteraner Weihbischofs Gleumes zum Beispiel, bei dem sie Haushälterin war; das Konvolut von Noten, das ihr Bruder als Klavierlehrer hinterlassen hat; unzähliges Glas, Geschirr und Besteck; Bücher und private Briefe aus acht Jahrzehnten; sogar Autogrammpostkarten von solchen Schlagerstars und Schauspielerinnen der fünfziger und sechziger Jahre wie Marion Michael. Wer kennt sie noch?

Der Bücherfund hat die Nummer 418 im Versteigerungskatalog und ist erst im Laufe des Abends an der Reihe. Eine Vertreterin und ein Vertreter des Dorstener Dokumentationszentrums für jüdische Geschichte und Religion, der Bottroper Stadtarchivar und ein Vertreter der ALTEN SYNAGOGE stehen in einer Ecke zusammen und erörtern in fast erregtem Ton, wie denn nun mit dem Bücherfund zu verfahren sei. Jeder kann gute Gründe dafür anführen, daß gerade seine Institution die Bücher ersteigern müsse – der Bottroper Stadtarchivar, daß es sich immerhin um die Bottroper jüdische Gemeinde handele; die Dorstener, daß die Bottroper jüdische Gemeinde zumindest bis 1932 ja nur eine Synagogenuntergemeinde der Synagogenhauptgemeinde Dorsten gewesen sei; der Vertreter der ALTEN SYNAGOGE, daß die Stempel der Bibliothek und der Volksschule der jüdischen Gemeinde Essen auf eine sehr enge Bindung an eben diese Essener

jüdische Gemeinde schließen ließen. Kurz: ein bemerkenswertes Beispiel für die gegenwartsbezogene Relevanz historischer Argumentationen. Als klar war, wie hoch die einzelnen bieten könnten und würden, einigte man sich auf eine salomonische Lösung: Die ALTE SYNAGOGE Essen ersteigert die Bücher; sie konzipiert eine Ausstellung zur Geschichte dieses Bücherfundes; das tut sie in Zusammenarbeit mit dem Stadtarchiv Bottrop, das auch unentgeltlich fünf Bücher eigener Wahl aus dem Fund erhält; nach dem Ende der Ausstellung kauft und übernimmt das Dorstener Dokumentationszentrum die Bücher für seine Judaica-Sammlung.

Die Ersteigerung selbst war problemlos. Die Bücher gingen für 608,92 inklusive Mehrwertsteuer an die ALTE SYNAGOGE. Eine Postkarte, die 1940 aus dem deutsch besetzten „Generalgouvernement" an eine jüdische Familie gesandt worden war und sich unter den Büchern befunden hatte, fehlte allerdings. Jemand hatte sie in den turbulenten Besichtigungstagen vor der Versteigerung offenbar „mitgehen" lassen.



Bottrop, Kirchhellener Straße 46

Zeitzeugen

Die Sichtung der Bücher ergab mit den Namenszügen und Stempeln zwischen den Buchdeckeln erste Fingerzeige für die weitere Spurensuche. Teils mit, teils ohne Adressenangabe fanden sich die Namen Josef Beermann; Isaak Blau; Emil, Josef, Julius und Klara Dortort; S.Feuerbach; Agnes Gottemeier; A., Jos., Heinz, M. und Walter Krauthammer; Kurt Loeser; Martin Meyer; Abraham Robinsohn; Ed. Rosenfeld; Betti Rosenmann; Alex Rosenthal; Sara Taubeles.

Die Stempel verwiesen auf die Bethausverwaltung Bottrop und, wie schon erwähnt, auf Bibiothek und Volksschule der Essener Synagogengemeinde, des weiteren auf das Möbellager Isaak Blau und das Möbelhaus Krauthammer, schließlich auf jüdische und nichtjüdische Buchhandlungen in Frankfurt am Main, Pforzheim, Stanislau (Galizien) und Essen (Buchhandlung Jordan, Turmstraße 6).

Anfragen zu diesen Buchhandlungen bestätigten zwar deren frühere Existenz, halfen bei unserer konkreten Spurensuche aber ebensowenig wei-

ter wie die Kontaktaufnahme zu den Einwohnermeldeämtern und Stadtarchiven in Pforzheim und Mönchengladbach, wohin zwei Adressenangaben verwiesen. Aufrufe in der Bottroper Lokalpresse mit der Bitte um Information blieben ebenfalls nahezu ergebnislos. Individuelles Nachfragen half da schon weiter. Die Auktionatoren Eric Wilbois und Jochen Leonhardt hatten sich in der Nachbarschaft der Kirchhellener Straße 46 umgehört und unter alten Leuten eine wenig detaillierte Erinnerung an die jüdischen Familien Julius Dortort und Josef Krauthammer registriert: Die Dortorts wurden als mildtätig, Josef Krauthammer wurde als bekannter und wohlhabender Lebensmittelgroßhändler beschrieben. Die Dortorts, wurde übereinstimmend berichtet, hätten lange Jahre in der Kirchhellener Straße 46 gewohnt.

Eine konkretere Schilderung gab eine frühere Nachbarin. Sie habe das Geschehen am 10. November 1938, dem Tag nach der „Reichskristallnacht", vom Fenster aus beobachtet. Gegen Abend habe SA in der Kirchhellener Straße 46 gegen die Haustüre geschlagen. Die alte Frau Rolf, die Mutter der 1988/89 zum Pflegefall gewordenen Frau Rolf, habe die Tür daraufhin extra verriegelt, wohl um die Familie Dortort im ersten Stock zu schützen. Die SA-Leute hätten die Türe dennoch aufbrechen können. Sie hätten sich mit Gewalt Eintritt in die Dortortsche Wohnung verschafft, dort alles demoliert, die Familienmitglieder an den Haaren auf die Straße gezerrt und brutal geschlagen. Nach dem 10.November, so die Zeitzeugin, habe sie die völlig eingeschüchterten Dortorts kaum noch zu Gesicht bekommen.

Im zweiten Stock des Hauses Kirchhellener Straße 46 wohnt ein alter Mann, Jahrgang 1902. Er ist der Nachmieter der Dortorts. „Ich bin hier 1942 eingezogen", erzählt er. „Früher hab ich in Borbeck gewohnt. Da haben wir eine Pferdemetzgerei gehabt. 1940 sind wir nach Bottrop gekommen, Horster Straße 6. Die Schwiegermutter hat die Pferdemetzgerei mitgebracht von Borbeck nach Bottrop. Eigentlich wollten wir nach Kirchhellen, aber da war nichts zu holen. Vor dem Krieg haben wir die Pferde aus Ostpreußen gekriegt. Aber nach dem Polenfeldzug – nur noch drei, vier Tiere. Danach war Schluß. Ich bin dann als Schmelzer auf die Zinkhütte in Borbeck."

Wie er an die Wohnung in der Kirchhellener Straße 46 kam? „Da hatten wir noch die Pferdemetzgerei. Kam einer von der Stadt, wollte ein Stückchen Fleisch. Ich sag: 'Meine Wohnung (= in der Horster Straße 6) ist klatschnaß, Wasser kommt die Wände runter.' 'Gut', sagt er, 'ich hab die Kirchhellener Straße 46.' Ich hin, beguckt. Da waren alle Möbel raus, die ganzen Zimmer leer. Bis auf einen Ofen und Küchenschrank. Da haben sie die Platte kaputtgeschlagen, mit 'nem Beil, haben sie gehaust wie die Vandalen. Ich bin zum Wohnungsamt gegangen: 'Hören Sie mal, wer bezahlt das? Die haben ja alles demoliert!' Haben sie mir 'nen Maler geschickt, ist bezahlt worden von der Stadt. Die Wohnung hatte Wohnzim-

mer, Eßzimmer, Schlafzimmer, Küche."

Und über die Deportation der Dortorts: „Der Bruder von der Besitzerin wohnte erste Etage. Die Schwester selbst unten. Hier in der zweiten Etage hat ein Jude gewohnt. Das haben sie mir gesagt. Haben wohl ein Geschäft in der Stadt gehabt, müssen ganz nette Juden gewesen sein. Die Schwester und der Bruder (= die Hausbesitzer) sind gewahr geworden, wie die wegkamen, haben das gesehen." Schließlich ein Nachkriegserlebnis: „Geht die Schelle, ein Amerikaner. Ich mußte runter, automatische Türöffnung gab's da noch nicht. Sagt meine Frau: 'Du, da ist 'n Soldat.' Ich geh zum Fenster, geh runter, mach die Tür los. Amerikanischer Soldat, ja, spricht aber perfekt deutsch. Ein Cousin von dem Juden. Unterhalten wir uns, sagt der: 'Wir kriegen alles raus, wir kriegen alles wieder.' Feiner Kerl. Amerikaner. Hat gesagt, er will sich überall erkundigen. Hab nix mehr von ihm gehört."

In einem Buch – Oscar Wilde, Five Tales – war uns der Namenszug „Agnes Gottemeyer, U I" aufgefallen. Wir vermuteten, daß es sich bei ihr nicht um eine Jüdin handelte. Ein Blick ins Bottroper Telefonbuch ergab, daß dort in der Tat Gottemeyers wohnten. Ein Anruf. Wir erreichen Verwandte von Agnes Gottemeyer und erfahren, daß sie, inzwischen 75jährig, als Agnes Dahmen in Krefeld wohnt.

Frau Dahmen selbst weiß keine Erklärung dafür, daß Oscar Wilde's „Five Tales" mit ihrem Namenszug in die Kirchhellener Straße 46 geraten sind, hat aber zwei Vermutungen. Die erste: „1933 war ich in der Unterprima. In der Klasse unter mir war ein jüdisches Mädchen mit Hausnamen Reichenstein. Sie wurde auf Druck eines Lehrers – ein Fanatiker, er unterrichtete Rassenkunde – von der Schule gewiesen. Sie stand eines Morgens vor dem Schulhof und durfte ihn nicht betreten. Ich kannte sie nicht persönlich. Sie war eben eine Klasse unter mir. Vielleicht ist Oscar Wilde's Buch auf Umwegen an sie gelangt."

Die zweite Vermutung: Frau Dahmen erzählt, daß sie in ihrer Jugend viel im Ausland gewesen sei, in England, Frankreich, Belgien, Italien. Sie habe Dolmetscherin werden wollen. Um Weihnachten 1935 sei sie aus England zurückgekehrt und zwischenzeitlich zuhause in Bottrop gewesen. Dort las sie in einer Zeitungsannonce, daß eine Englischlehrerin für privaten Unterricht gesucht werde. Sie wählte die angegebene Telefonnummer, wurde gefragt, ob sie gewillt sei zu unterrichten. Sie war gewillt. '„Wir sind aber eine jüdische Familie.' – 'Das stört mich nicht.'" Sie unterrichtete einige Zeit, einmal die Woche. Nach ihrer Erinnerung waren die Schüler ein Junge und ein Mädchen, „jung, gingen wohl noch zur Volksschule." Die Kinder seien fleißig gewesen, sie hätten gewußt, daß sie das Englische zur Auswanderungsvorbereitung für die USA lernten sollten. Darüber habe sie auch mit den Eltern gesprochen. Die Wohnung habe in der Essener Straße gelegen, Parterre sei ein Möbelgeschäft gewe-

sen. Nach Rücksprache mit früheren Schulkameradinnen vermutet Frau Dahmen, daß es entweder die Familie Redisch oder die Familie Krauthammer gewesen sei; sie könne sich aber auch täuschen. „Wie lange ich unterrichtet habe und aus welchem Grund ich aufgehört habe, kann ich nicht mehr sagen." Sie meint, daß ihr kurz bevorstehender zweiter England-Aufenthalt der Grund für das Ende des Unterrichts gewesen sei. Sie habe den Kindern elementares Englisch beigebracht. Deshalb hält Frau Dahmen es für unwahrscheinlich, daß sie ihnen den relativ komplizierten Oscar Wilde-Text gegeben habe; unmöglich sei es aber nicht.

So wenig – oder: so viel – von Zeitzeugen aus Bottrop. So wenig, wenn es um die Rekonstruktion der Geschichte des Hauses Kirchhellener Straße 46, das Leben jüdischer Familien in diesem Haus und die Namenszüge in den Büchern geht. So viel, wenn man das Schweigen der vielen und die kleinen Geschichten der wenigen mit Blick auf das Verhältnis zwischen nichtjüdischen Deutschen und Juden liest[1].

Rätsel

Was geht nun aus den archivalischen Quellen hervor?[2] Unterlagen aus dem Bottroper Einwohnermeldeamt und alte Adreßbücher besagen, daß Julius Dortort und seine Frau Chaja mit den Kinder Martha, Emil und Josef zumindest seit 1930 in der Kirchhellener Straße 46 wohnten. Chaja Dortort starb am 28. Mai 1938 46jährig. Emil und Josef Dortort gingen im Alter von 14 bzw. 10 Jahren nach Belgien. Emil Dortort ist in Majdanek verschollen, von Josef Dortort fehlt uns jede weitere Spur. Julius Dortort wurde 50jährig am 24. Januar 1942 nach Riga deportiert, mit ihm seine 19jährige Tochter Martha. Sie zählten zu den neun Juden, die als letzte aus Bottrop „evakuiert" wurden – so der euphemistische Tarnausdruck. Die entsprechende städtische Akte endet mit dem Satz „Die Akte Juden 138,00 sowie die Terminsakte 'Judenkartei' haben somit ihre Erledigung gefunden und können weggelegt werden." Der Leiter des Bottroper Polizeiamtes fügte handschriftlich hinzu: „Mit dem Abtransport der vorstehend genannten Juden sind im hiesigen Polizeiamtsbezirk keine Juden mehr wohnhaft." – Julius Dortort starb am 18. Januar 1945 im KZ Dachau. Martha Dortort ist in Stutthof verschollen[3].

Die Kirchhellener Straße 46 war keines jener „Judenhäuser", in denen Juden nach dem Novemberpogrom von 1938 gezwungen wurden, unter sich zu wohnen, da den „deutschen Volksgenossen" ein Zusammenleben mit ihnen nicht „zuzumuten" sei: Die nichtjüdische Vermieterfamilie Rolf blieb durchweg im Haus. Gleichwohl wohnten neben der Familie Julius Dortort nach dem November 1938 kurzzeitig auch andere Juden dort: Alfred und Erna Cohn vom 15. März bis zum 17. November 1939; Osias und Mina Häusler vom 17. März bis zum 29. April 1939; Levi Humberg vom 11. November 1940 bis zum September/Oktober 1941; sein Sohn

Erich im Juni/Juli 1941; Regina und Karl Redisch vom 28. Januar bis zum 28. Februar 1939; Laura und Meier Reichenstein vom 21. Juli 1939 bis zum 22. Mai 1940.

Ob die Rolfs diese Familien freiwillig aufnahmen oder ob sie von der Bottroper Stadtverwaltung dazu verpflichtet wurden, wissen wir nicht. Wir wissen auch nicht, warum die Bücher, die 1989 gefunden wurden, gerade in diesem Haus und nicht anderswo gelagert oder versteckt wurden. Wurden die Gottesdienste der zusammengeschrumpften jüdischen Gemeinde nach dem Novemberpogrom in der Kirchhellener Straße 46 abgehalten? Das könnte die große Anzahl der gefundenen Gebetbücher erklären. Traf man sich in der Kirchhellener Straße auch zum Gespräch, zur Lektüre und zu Sprachkursen, mit denen man sich, von einem verzweifelten Hoffnungsfunken getragen, auf eine Auswanderung in letzter Sekunde vorbereiten wollte? Dies könnte die Menge der nichtreligiösen Bücher erklären. Wollte man der Nachwelt mit den wohlverpackten Büchern angesichts der Deportationen ein Erinnerungszeichen hinterlassen? Das ist unwahrscheinlich, denn der Bücherkorb enthält keinerlei Nachricht oder Vermächtnis. Vielleicht packten Julius Dortort und seine Tochter Martha die Bücher vor ihrer Deportation in dem Wunsch, sie nach einer erhofften Rückkehr wieder auszupacken und zu benutzen? Vielleicht waren die Bücher aber schon vor dem Januar 1942 auf dem Dachboden deponiert worden? Wir wissen es nicht. Wir wissen auch nicht, ob die Dortorts die Bücher alleine auf dem Dachboden verstaut haben oder ob ihnen andere Mitglieder der Bottroper jüdischen Gemeinde geholfen haben. Wir wissen ebensowenig, ob die Bücher das einzige Gut aus jüdischem Besitz waren, das auf dem Speicher der Kirchhellener Straße 46 lagerte und 1989 versteigert wurde. Mehr offene als beantwortete Fragen. Die sie uns beantworten könnten, sind ermordet. Eines ist gewiß: Sie haben die Bücher heimlich auf den Dachboden gebracht, sonst wären sie wohl kaum 47 Jahre unentdeckt geblieben.



Der Grabstein der Bottroperin Klara Dortort auf dem jüdischen Teil des Essener Parkfriedhofs

Ausstellung

Der Wiener Ausstellungsmacher Severin Heinisch hat darauf hingewiesen, daß wir über die historische

Wirklichkeit mit Gewißheit lediglich sagen können, „daß sie gewesen ist und vielleicht noch, wie sie nicht gewesen ist, niemals aber letztlich, wie sie gewesen ist."[4] Gerade eine Ausstellung über eine jüdische Gemeinde, die nicht mehr existiert und nur wenige Spuren hinterlassen konnte, muß sich deshalb vor der Behauptung hüten, sie könne die Geschichte dieser jüdischen Gemeinde „rekonstruieren". Das Bruchstückhafte der Spuren erfordert Verfremdung und nicht die Suggestion der authentischen Rekonstruktion.

Verfremdung ist bei einer Ausstellung, in der die Shoah unausgesprochen anwesend ist, auch aus einem zweiten Grund vonnöten. Es gilt, vorschnelle positive wie negative Identifikationen mit den jüdischen Opfern, die doch ihre eigene Geschichte und ihr eigenes Leben hatten, oder mit den Tätern bzw. – in falscher Verallgemeinerung – mit der „Tätergesellschaft" aufzubrechen. Mit der Selbststilisierung zum Opfer sucht man in Deutschland, davon muß man ja wieder sprechen, oft „die Last des elterlich übertragenen Schuldgefühls"[5] abzuschütteln und vertut auf diese Weise ebenso die Chance zu einer bewußten Verarbeitung der Shoah wie mit der globalen Erklärung „der Deutschen" zu Tätern. Beides ist letztlich eine Form der Verdrängung, denn beides verhindert ein genaues Hinsehen.

Die Ausstellung „Spurensuche. Eine jüdische Gemeinde, die nicht mehr existiert"[6] möchte vorschnelle Identifikationen vermeiden. Sie schafft zunächst dadurch Distanz, daß sie vor einem schwarzen Hintergrund stattfindet. Der schwarze Hintergrund ist das Signum des Theaters. Die Theaterbühne ist schwarz, auf sie wird ein Bühnenbild gesetzt, auf sie wird Licht geworfen, auf ihr wird gespielt. Der heutige Theaterbesucher betrachtet das Bühnengeschehen mit Staunen, Interesse und Anteilnahme, aber eben als Zuschauer. Die Identifikationsmöglichkeiten sind begrenzt. Man weiß: Die Bühne ist nicht das Leben; Theater wird inszeniert. Kaum anders verhält es sich mit einer historischen Ausstellung. Sie zeigt nicht die historische Realität, sondern gegenwärtige Vorstellungen von Geschichte: Auch die Ausstellung wird inszeniert. Und das bewußte Vorführen der Inszenierung als Inszenierung erschwert das Ineinander-Schieben von Gegenwart und Vergangenheit, behindert damit eine unreflektierte Identifikation.

Die Ausstellung „Spurensuche" weist an einigen Stellen zudem explizit darauf hin, daß sie heute, 1989/90, produziert wurde. Sie präsentiert Schreinerrechnungen und Zeitungsaufrufe mit der Bitte um Ausstellungsgegenstände, Berichte der Bottroper Lokalpresse über den Bücherfund und den Versteigerungskatalog, der zur Haushaltsauflösung in der Kirchhellener Straße 46 angelegt wurde. Für Distanz sorgen auf ihre Weise sogar die ausgestellten Objekte. Die Ausstellung gruppiert sich um Originale, um Bücher, Lesezeichen und Zufallsfunde aus der früheren jüdischen Gemeinde Bottrops. Die Geschichte dieses Fundes und seine Aura, die „ein-

malige Erscheinung einer Ferne, so nah sie sein mag"[7], werden hier deckungsgleich. Unsere Annäherung an die Ferne bleibt asymptotisch.

Von einem historiographischen Text unterscheidet sich der aus Objekten, Bildern, Dokumenten, Informationstexten, Inszenierungen, Raum- und Lichtwirkungen kombinierte „Text" einer historischen Ausstellung durch Mehrdeutigkeit, Vielschichtigkeit und größere interpretative Offenheit[8]. Die Ausstellung arbeitet nicht nur – oft nicht einmal hauptsächlich – mit Argumentations-, sondern mit Assoziationsketten. Die Ausstellung „Spurensuche" lebt dabei von Entgegensetzungen. Sie kontrastiert Betraum und Versteigerungshalle, Vergangenheit und Gegenwart, die kleinen Situationen und die Aufhäufung von Gegenständen, den Rückzug hinter die Tür und das von außen kommende Bedrohliche und Vernichtende, das Wenige, was geblieben ist, und das Viele, das zerstört wurde.

Es ist dem Ausstellungsbesucher anheimgestellt, eher das Große oder eher das Kleine, das Zerstörte oder das Übriggebliebene, die Vergangenheit oder die Gegenwart zum Ausgangspunkt seiner Phantasien und Überlegungen zu nehmen. Er muß die „Spurensuche" selbst betreiben.

Edna Brocke

Bücherfund – Was sagen uns die Bücher?

Bei einer Haushaltsauflösung 1989 in Bottrop wird auf einem Speicher ein Korb gefunden. In dem geflochtenen Weidenkorb befinden sich – sorgfältig zusammengelegt unter einer Schicht aus Packpapier – etwa 150 Bücher. Bücher, die unverkennbar auf ihre einstigen jüdischen Besitzer hinweisen.

Wer waren sie, die Besitzer? Dieser Frage versuchten wir nachzugehen; die Ergebnisse zeigt die Ausstellung „Spurensuche". Welche Bücher lasen, benutzten sie? Auch das ist nicht leicht zu beantworten. Zum einen wissen wir nicht, ob dieser eine gefundene Korb mit Büchern der einzige war oder ob nicht noch andere Behältnisse mit Büchern anderweitig versteckt wurden. Vielleicht wurden diese Bücher auch nicht im herkömmlichen Sinne versteckt, sondern auf den Dachboden zur Verwahrung gelegt bis zur erhofften Rückkehr? Wahrscheinlich ist auch – angesichts der Bücherzahl im Verhältnis zur Gemeindegröße –, daß diese Bücher nur einen Teil des Besitzes darstellen; und wenn dies nur ein Teil ist: Wo sind die restlichen Bücher, und vor allem, welche waren es? Zum anderen aber wissen wir nicht in jedem Fall, wem diese Bücher gehörten. Waren sie – wie manche Namensstempel und Ex Libris vermuten lassen – Privatbesitz? Oder gehörten sie zum Bücherbestand der kleinen jüdischen Gemeinde in Bottrop – worauf die vielen Gebetbücher hinweisen.

All diese Fragen müssen unbeantwortet bleiben. Wir können eine knappe Beschreibung der gefundenen Bücher geben. Sie lassen sich grob in folgende Gruppen aufteilen:

Liturgische Bücher

Es handelt sich um insgesamt 5 Einzel-Ssidurim – das sind Gebetbücher für Wochentage und Schabbat –, daneben 3 Ssidurim in Taschenformat sowie 3 vollständige Reihen von Machsorim – das sind Gebetbücher für die Feiertage –, daneben noch 2 unvollständige Reihen, 9 Einzelmachsorim und auch ein Taschen-Machsor. Kleinere Bücher wie eine Taschenausgabe des Tischsegens und der Psalmen bilden neben 3 Sslichot-Gebetbüchern, 2 Übersetzungen der hebräischen Gebete ins Deutsche und den vielen versehrten Teilen von Gebetsbüchern den religiösen Teil des Bottroper Bücherfunds. Unter diesen Ssidurim und Machsorim finden sich keine auffallende Drucke oder Ausgaben.

– Unter den Büchern befinden sich acht unterschiedliche Haggadot. Haggadah ist ein Text, der am Seder-Abend – das ist die familiäre Zeremonie am Pessachfest, dem Fest des Auszuges aus Ägypten – gelesen wird. Es handelt sich um eine Sammlung von biblischen Texten, Erzählungen und Auslegungen, die im Zusammenhang mit dem Auszug der Israeli-

ten aus Ägypten stehen. Nur eine Haggadah ist einsprachig in Hebräisch gehalten, sie stammt aus Wilna 1922. Sie enthält 115 Kommentare. Die übrigen sieben sind mit einer deutschen Übersetzung versehen, wie jene aus Wien 1936, übersetzt von Dr. Philipp Schlesinger, oder eine andere aus Frankfurt 1921, die von Dr. Selig Bamberger (nach der geläufigen Übersetzung von W. Heidenheim) neu übersetzt wurde, sowie die fünfte Ausgabe der ursprünglich von 1884 stammenden Haggadah „mit Übersetzung, deutschem Kommentar und musikalischen Beilagen" von J.M. Japhet, und verbessert von H. Schwab.

Eine Haggadah für den Schulgebrauch (Wien 1908), die mit jugendstilartigen Ornamenten versehen ist, bildet eine kleine Besonderheit neben zwei Haggadot, die vom preussischen Landesverband der jüdischen Gemeinden herausgegeben wurden und jeweils ein Ex Libris von 1938 tragen.

– Eine Esther-Rolle, übersetzt von Prof. D.A. Sulzbach, in einer Ausgabe Frankfurt ^{2}1904. Dieses Buch aus der Hebräischen Bibel (bei Christen das „Alte" Testament genannt) wird am Purim-Fest in der Synagoge verlesen. Es handelt von der tödlichen Bedrohung der Juden im Persien des Königs Xerxes I. und ihrer wundersamen Errettung durch Königin Esther.

– Ebenfalls im Bücherfund befinden sich drei Pentateuche. Der Pentateuch, die Torah, die fünf Bücher Mose (deshalb auch Chumasch = Fünfbuch genannt), werden im Schabbatmorgen-Gottesdienst, bei den Festen und jeweils montags und donnerstags, ebenfalls beim Morgengottesdienst, vorgelesen. Die Torah ist so eingeteilt, daß sie innerhalb eines einjährigen Zyklus einmal ganz gelesen wird. Die Lesung aus der Torah bildet die erste, die aus den Propheten oder den Schriften die zweite Lesung im jüdischen Gottesdienst. Ein Pentateuch (Lemberg 1909) ist ein Nachdruck des gängigen Mikra'ot G'dolot – das ist eine Druckausgabe der Hebräischen Bibel, versehen mit den wichtigsten Kommentaren. Die erste Ausgabe von Mikra'ot G'dolot wurde von dem christlichen Drucker Daniel Bomberg in Venedig 1517 hergestellt. Seither wurde es vielfach nachgedruckt auch mit Hinzufügung anderer Kommentare als derer, die im ursprünglichen Druck waren.

Ein zweiter Pentateuch enthält auch die zweiten Lesungen sowie die fünf Rollen (Hohelied, Ruth, Klagelieder, Esther, Prediger). Er wurde von L.H. Loewenstein übersetzt und liegt hier in einer Rödelheimer Ausgabe von ^{3}1904 vor. Ein dritter Pentateuch (Wien 1934) ist von Rudolf Fuchs zum Schulgebrauch bearbeitet worden.

Religiöse Auslegungsliteratur

In dem Bücherfund finden sich vier unterschiedliche Ausgaben des Schulchan aruch (wörtlich: der gedeckte Tisch) oder Teile davon. In der jüdischen Tradition wird der Tisch mit dem Altar, auf dem die Opfer dargebracht wurden, verglichen. Deshalb

hat der Begriff „Tisch" im religiös-traditionellen Kontext vielerlei, immer aber wichtige Bedeutungen. Der „gedeckte Tisch" ist somit ein Sammelwerk, in dem verschiedene Bräuche und Gebote sowohl für den einzelnen wie für die Gemeinde enthalten sind, die von R. Josef Karo (1488 in Spanien – 1575 in Erez Israel) zusammengetragen wurden. Das Werk umfaßt vier Teile und ist sehr umfangreich. Die in Bottrop gefundenen Teile ergeben kein Ganzes und stammen aus Berlin 1872, Wilna 1895 und Wilna 1896.

– Rabbiner S. Ganzfried, (1800-1886), der Rabbiner von Ungarn, faßte die vier Bände in einen zusammen und gab ihm den Namen Kizzur schulchan aruch „Kurzfassung des gedeckten Tisches". Diese Version wurde schnell sehr populär. Ein Nachdruck eines Bandes von Ganzfried, gedruckt in Wilna 1923, zählt ebenfalls zum Bottroper Bücherfund.

– Bemerkenswert ist ein Exemplar des More Newuchim (Führer der Verirrten) des Maimonides (1135-1204), der einer der führenden mittelalterlichen jüdischen Philosophen war (Schocken Band Nr. 26, Berlin 1935). Das Werk „Führer der Verirrten" entstand auf die Frage eines Schülers nach dem Verhältnis zwischen Glauben und Offenbarung auf der einen, Philosophie und Wissenschaft auf der anderen Seite. Das Werk setzt sich mit der strengen Philosophie im „Meister der Wissenden" des Aristoteles auseinander. Die Auswahl aus diesem Klassiker sowie die Übertragung ins Deutsche besorgte der später selbst sehr bekannte Mendelsohn-Forscher Alexander Altmann.

– Bemerkenswert ist weiterhin das von Rabiner Dr. S. Funk 1921 herausgegebene Bändchen „Talmudproben", aus der Sammlung Göschen.

– Schließlich „Das Buch der jüdischen Weisheit. Parabeln, Legenden und Gedanken aus Talmud und Midrasch", gesammelt von Giuseppe Levi, 1921. Darin der Vermerk eines Bottropers: „Als Geschenk zu meiner Bar-Mitzwah von Lehrer Bär".

Zionismus

Innerhalb des Zionismus ist zwischen einem politischen Zionismus, der sich als Befreiungsbewegung des jüdischen Volkes verstand, einem praktischen Zionismus, der konkrete Antworten auf den erstarkenden Antisemitismus suchte, und einem geistigen-kulturellen Zionismus zu unterscheiden, der im Gegensatz zur Orthodoxie eine Erneuerung der jüdischen Identität sah. Diese Strömungen sorgten zu ihrer Zeit für intensive Kontroversen innerhalb der zionstischen Bewegung.

Auf der Grundlage der in Bottrop gefundenen Bücher läßt sich nur wenig über die Einstellung der dortigen Juden zum Zionismus sagen. Es finden sich Texte aus allen Strömungen. Auffallend ist, daß in der eher ostjüdisch geprägten Gemeinde Bottrops auch zionistische Literatur gelesen wurde, die stärker von deutschen Juden beeinflußt oder geschrieben wurde.

Exemplarisch sollen hier einige Exponenten genannt sein:

– Ein Vortrag von Kurt Blumenfeld (1884-1963), der die bewegende geistige und organisatorische Kraft des deutschen Zionismus war.

– Interessant ist ein kleines Heft, herausgegeben vom KKL (Keren Kejemet le-Jissra'el), dem Jüdischen Nationalfonds, mit dem Titel „Herzl und Bialik – Erzieher des Volkes". Theodor Herzl (1860-1904) wurde durch sein Buch „Der Judenstaat" von 1896 zum Begründer des modernen politischen Zionismus; Chajim Nachman Bialik (1873-1943) ist einer der bedeutenden Nationaldichter in der neueren hebräischen Literatur.

– Ganz wichtig ist der Sammelband „Die Zionistische Idee". Er enthält Beiträge von Moses Hess, Leon Pinsker, Achad ha-Am, Max Nordau, Martin Buber und Ahron David Gordon. Moses Hess (1812-1875), ein Philosoph, zählte zu den Mitbegründern der kommunistischen Bewegung. Nach langer Emigration kehrte er 1862 nach Deutschland zurück und veröffentlichte sein bekanntes Buch „Rom und Jerusalem", das ein messianisch-sozialistisches Programm entwirft. Leon Pinsker (1821-1891) verfaßte das bekannte Werk Autoemanzipation (1882), das den aus Odessa stammenden Arzt zu einem wichtigen Führer der zionistischen Bewegung machte. Achad ha-Am (1856-1927) (das ist das Pseudonym von Ascher Ginzburg, es bedeutet: Einer aus dem Volk) zählte zu den entschiedenen Verfechtern des Kulturzionismus. Er sah in der Rückkehr ins Land der Väter eher eine kulturelle denn eine politische Bewegung. Max Nordau (1849-1923), von Beruf Arzt und auch Schriftsteller, gehörte zu den Mitarbeitern Herzls bei der Gründung des politischen Zionismus. Er war ein entschiedener Gegner des „Kulturzionismus". Der Religionsphilosoph Martin Buber (1878-1965) versuchte der zionistischen Bewegung religiös-ethische Impulse zu geben. Ahron David Gordon (1856-1922) war einer der überzeugten Arbeiter in Palästina und gehört zu den geistigen Schöpfern des jüdischen Arbeiterbundes Hapo'el Hatza'ir.

– Dr. Arthur Ruppin, Die Juden der Gegenwart. Eine sozial-wissenschaftliche Studie (Jüdischer Verlag, Berlin 1920). Ruppin (1876-1943) war einer der führenden zionistischen Soziologen und Ökonomen. 1904 übernahm er in Berlin das Büro für Statistik der Juden und die „Zeitschrift für Demographie und Statistik der Juden", die es von 1906 bis 1933 gab. Seit 1926 lehrte er Soziologie an der Hebräischen Universität in Jerusalem.

– Chaim Arlosoroff, Leben und Werk. Ausgewählte Schriften, Reden, Tagebücher und Briefe (Hechaluz Verlag, Berlin 1936). Als palästinensischer Arbeiterführer aus dem Hapo'el Hatza'ir gehörte Arlosoroff (1899-1933) 1930 zu den Gründern der Mapei, der jüdischen Arbeitspartei in Palästina (Erez Israel). 1933 wurde er am Strand von Tel-Aviv ermordet. Dieser Mordfall konnte bis heute nicht aufgeklärt werden.

– Martin Buber, Die Jüdische Bewegung, Gesammelte Aufsätze und Reden, I: 1900 – 1914; II: 1916 – 1920 (Jüdischer Verlag, Berlin 1920).

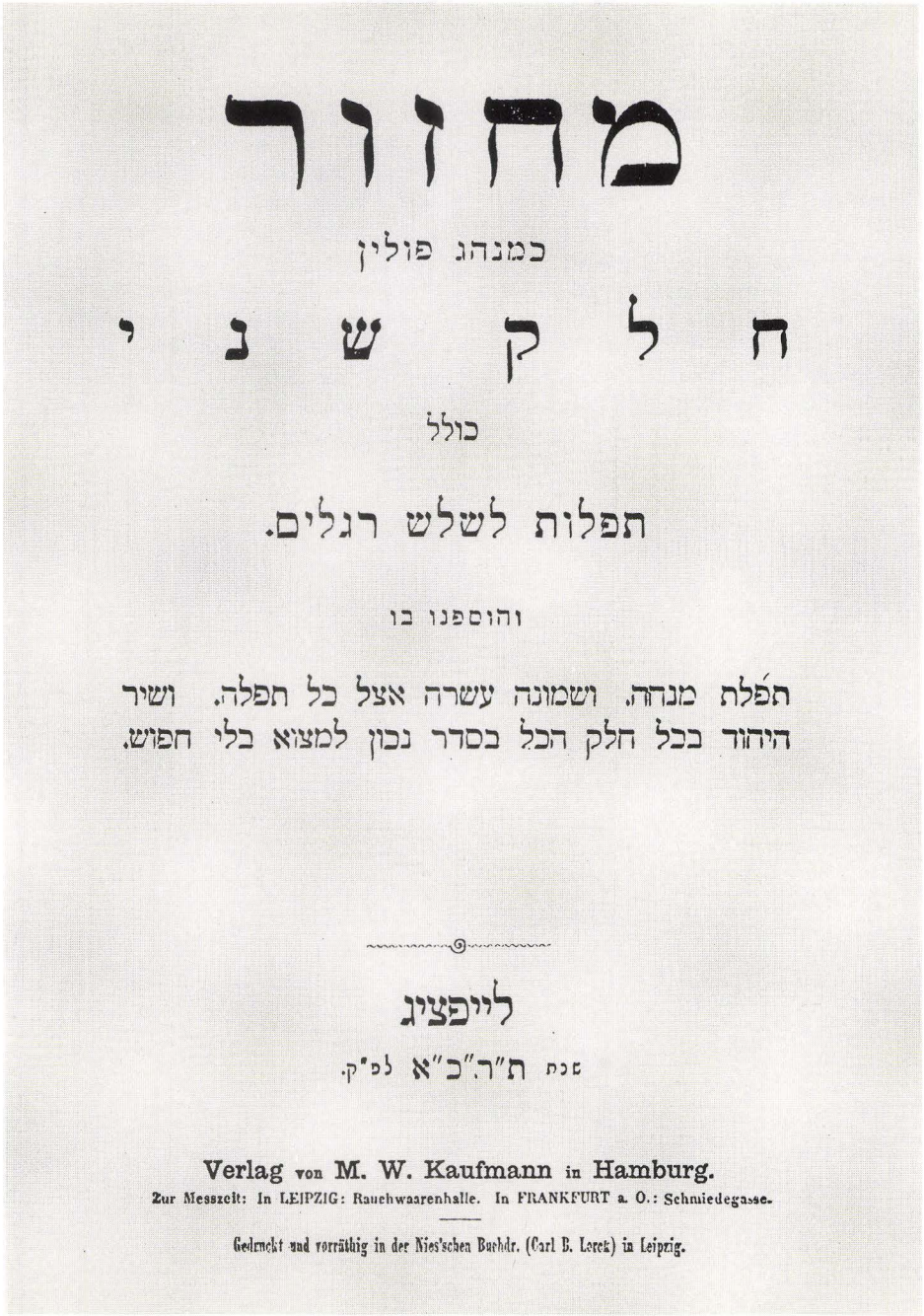
Sonstiges

– Sprachbücher, für Hebräisch und Spanisch zur Auswanderungsvorbereitung;

– ein Lehrbuch für kaufmännischen Briefwechsel und ein 1911 gekauftes Fremdwörterbuch;

– ein Heft der Kultur-Zeitschrift Menorah, 6. Jg, Nr. 9, Sept 1928.

Einen kleinen Einblick in das kulturell-religiöse Leben einer kleinen jüdischen Gemeinde gewähren diese Bücher schon, doch weisen Zufälligkeit des Fundes und ungeklärte Lebens- und vor allem Todesumstände ihrer Besitzer eher auf die Lücken. Schließen lassen sie sich nicht, aber indem wir sie in unser Leben mit aufnehmen, versuchen wir, den Menschen der Gemeinde, die nicht mehr existiert, ein Andenken zu setzen.



מחזור

כמנהג פולין

ח ל ק ש נ י

כולל

תפלות לשלש רגלים.

והוספנו בו

תפלת מנחה. ושמונה עשרה אצל כל תפלה. ושיר היחוד בכל חלק הכל בסדר נכון למצוא בלי חפוש.

ליפציג

שנת ת"ה"כ"א לפ"ק.

Verlag von M. W. Kaufmann in Hamburg.

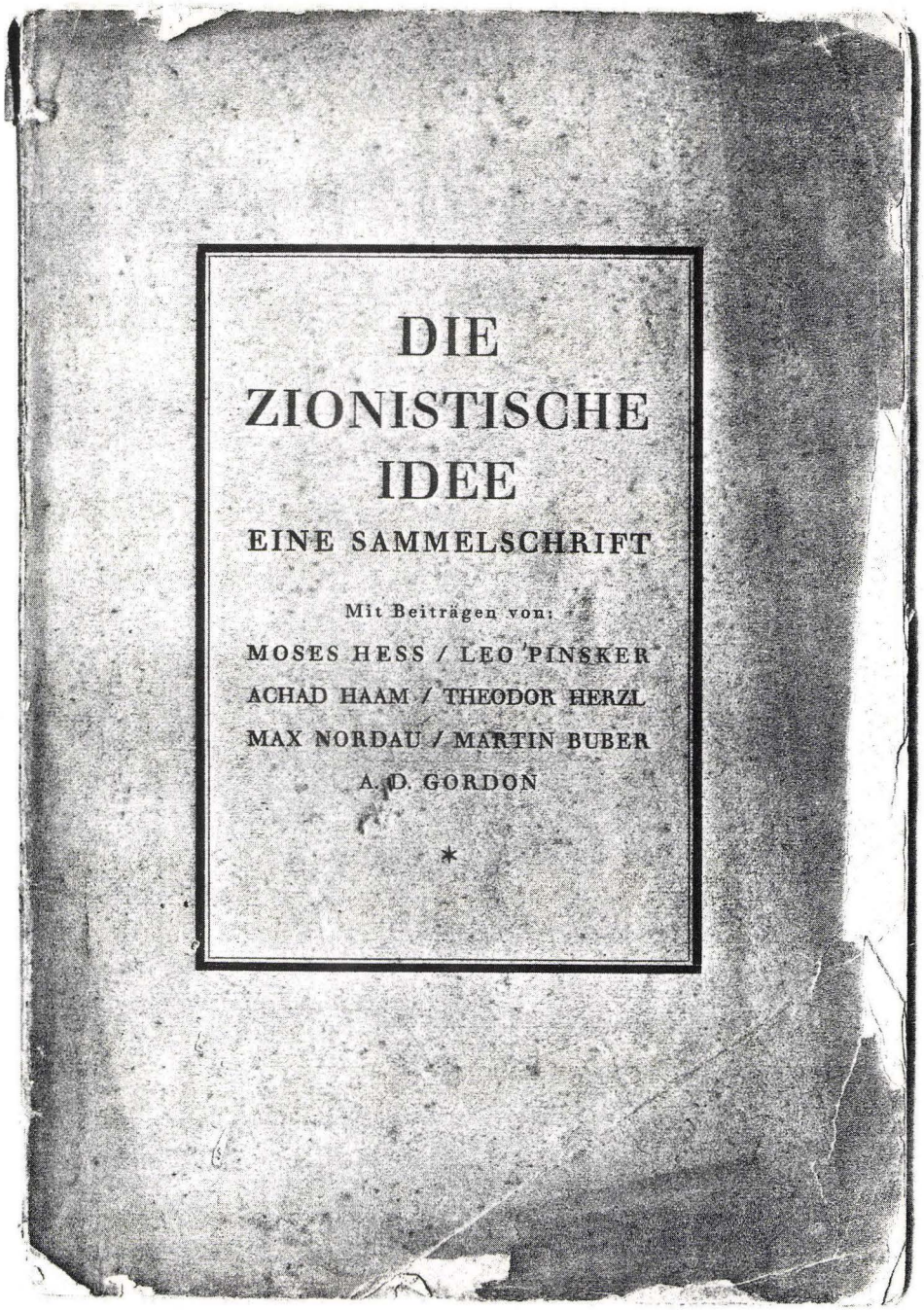
Zur Messzeit: In LEIPZIG: Rauchwaarenhalle. In FRANKFURT a. O.: Schmiedegasse.

Gedruckt und vorräthig in der Nies'schen Buchdr. (Carl B. Lorck) in Leipzig.

Aus dem Bottroper Bücherfund: Gebetbuch für die drei Wallfahrtsfeste, Leipzig 1861



Pessach-Haggadah, Ausgabe für den Schulgebrauch, Wien 1908



„Die zionistische Idee", Jüdischer Verlag, Berlin 1926

Chajim Bloch

Der Prager Golem

Von seiner „Geburt" bis zu seinem „Tod"

Mit einem Geleitwort von Hans Ludwig Held

„Es ist ein Teil des Wahrscheinlichen,
daß viele unwahrscheinliche Dinge
geschehen."
Aristoteles, Poetik



1920
Verlag von Benjamin Harz in Berlin

Ludger Heid

Ostjüdische Arbeiter im Ruhrgebiet 1915 - 1922

Die ostjüdische Immigration in das rheinisch-westfälische Industriegebiet – und damit auch in das vom Bergbau geprägte Bottrop – zu untersuchen, heißt nicht zuletzt, nach der Bedeutung und dem Anteil zu fragen, den die Arbeitereinwanderung daran hatte. Zudem gilt es zu berücksichtigen, daß die ostjüdische Arbeiterimmigration, das Verhalten der deutschen Juden den Ostjuden gegenüber sowie die Reaktionen und Kampagnen der Antisemiten viele Jahre Anlaß zu heftigen Auseinandersetzungen in Deutschland waren. Um die Affinität der Einwanderung jüdischer Arbeiter ins Ruhrgebiet mit der gesamten ostjüdischen Emigration erkennen zu können, andererseits um die Besonderheit dieser Teilerscheinung zu verstehen, ist ein Überblick über diese Bewegung notwendig. Tausende Ostjuden als (ungelernte) Arbeiter in der deutschen Rüstungsindustrie, im Berg- und Tiefbau und anderen Industriezweigen während des Ersten Weltkrieges und der Anfangsjahre der Weimarer Republik sind ein zu wenig beachtetes „Phänomen"[1].

Eine Episode aus dem Jahr 1920 führt auf anschauliche Weise in die Problematik des ostjüdischen Proletariats im Ruhrgebiet ein und widerlegt zugleich das antisemitische Klischee vom „arbeitsscheuen" Juden:
„Mein Vater hat immer gerne eine Geschichte erzählt aus den ersten Nachkriegsjahren", erinnert sich Yehoshua Amir[2], 1911 geborener Sohn des Duisburger Rabbiners Manass Neumark, „wo es eine antisemitische Welle gab, die sich parteipolitisch noch nicht so recht ausdrückte. Die wirkte sich z. B. aus in einer Flugblattpropaganda mit angeklebten Zetteln, die den Text trugen: 'Hast Du schon einmal einen jüdischen Arbeiter gesehen?' Mein Vater erzählte", fährt Amir fort, „wie es einmal eine Vortragsveranstaltung gab vom Verein für Abwehr des Antisemitismus, durchgeführt vom Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens. Es war ein ziemliches Publikum da. Mein Vater sah, daß im Saal einige Unruhe war, offenkundig antisemitische Elemente vertreten und wahrscheinlich als Provokateure geschickt waren. Er sah, daß die Atmosphäre etwas ungemütlich wurde. Da meldete er sich zu Wort und begann, von diesen Flugblättern zu sprechen und sagte: 'Ich bitte alle jüdischen Arbeiter, die sich hier in diesem Saale befinden, sich einmal von ihrem Platz zu erheben!' Daraufhin standen plötzlich zweihundert Leute auf. In diesem Augenblick war Ruhe im Saal, und die Versammlung ging in Frieden vonstatten".

Diese Szene wirft zunächst ein Schlaglicht auf die judenfeindliche Stimmung, die in Deutschland gegen Ende des 1. Weltkrieges herrschte. Sie belegt zudem die zahlreiche Anwesenheit ostjüdischer Arbeiter im Ruhrgebiet, die seit 1915 zur Ankur-

belung der Rüstungsindustrie aus Osteuropa nach Deutschland geholt worden waren. Nach Kriegsende wanderten, politisch und wirtschaftlich bedroht, weitere Ostjuden zu. Von allen Ruhrgebietsstädten waren im Jahre 1920 die meisten ostjüdischen Arbeiter in Groß-Duisburg gemeldet – 700. Es folgten Dortmund mit 253, Herne und Umgegend mit 225 und Bochum mit ca. 200[3].

Der enorme Bedarf an Arbeitskräften während des 1. Weltkrieges veranlaßte die deutschen Behörden, Arbeiter aller Art für Deutschland in Polen anzuwerben, um die im Feld stehenden deutschen Arbeiter zu ersetzen.

Seit den russischen Pogromen der 1880er Jahre wanderten Juden in größerer Zahl über die deutsche Ostgrenze. Zum größten Teil handelte es sich um Durchwanderer, die ins westliche Ausland, vor allem in die Vereinigten Staaten, weiterreisten[4]. In den folgenden Jahrzehnten bis 1914 wanderten insgesamt 51 000 Juden aus Rußland und Österreich-Ungarn nach Deutschland[5], um Armut und Not in Galizien sowie Pogromen und Verfolgungen in Rußland zu entgehen. Die Volkszählung des Jahres 1910 ermittelte für das Deutsche Reich 79 000 „ausländische" Juden[6], deren Zahl sich bis zum 1. Weltkrieg durch Zuwanderung und natürliche Vermehrung auf ca. 90 000 erhöhte.

1910 lebten z. B. in Duisburg bei einer Einwohnerzahl von knapp 230 000 1 554 Juden[7], von denen 309 „Ausländer", in der Mehrzahl Galizier, waren. Sie waren zum Teil mit den ausländischen Arbeitern, zumeist Polen, während der rapiden Industrialisierung des Ruhrgebiets als Arbeiter, Kleinhändler, Hausierer und Kassierer von Abzahlungsgeschäften in den Duisburger Industriebezirk zugewandert.

In ihrem sozialen und gesellschaftlichen Leben hatten die ausländischen Juden kaum Beziehungen zu den Juden deutscher Staatsangehörigkeit. Die meisten waren kleine Kaufleute, Hausierer, Schuster, Schneider und andere Handwerker sowie ungelernte Arbeiter, die größtenteils aus kleinen Orten, den „Schtetln" stammten. Ihr kulturelles und gesellschaftliches Leben gestalteten sie abgesondert von der deutschen und deutschjüdischen Umwelt. Mit ihrer orthodoxen, zum Teil chassidischen Tradition fanden sie in den Synagogen der reformierten Gemeinden vielfach keinen ihren rituellen Gewohnheiten gemäßen Platz und richteten sich eigene Betsäle ein. Die Frage der Gleichberechtigung der ausländischen Mitglieder führte etwa in der jüdischen Gemeinde Duisburgs in den Jahren 1912/1914 zu erregten Auseinandersetzungen. Ihrem Wesen nach hatten die Ostjuden sowohl in religiöser als auch in sozialer Hinsicht eine viel positivere Einstellung zu Inhalt und Form des Gemeindelebens als die alteingesessenen Juden, die die Duisburger Gemeinde beherrschten und ihren Charakter bestimmten. Angriffe gegen die herrschenden liberalen Kreise kamen sowohl von der konservativ-religiösen

Minderheit als auch von der sich immer mehr bemerkbar machenden zionistischen Bewegung, deren Repräsentant Harry Epstein zum Fürsprecher der Ostjuden wurde und der mit Nachdruck auf eine Demokratisierung der Gemeinden drängte. In Duisburg wurde, nachdem sich bei den Gemeindewahlen 1912 gezeigt hatte, daß die Ostjuden mit der oppositionellen zionistischen Gruppe zusammengingen, der Versuch gemacht, den „Ausländern" durch juristische Mittel das Wahlrecht zu nehmen oder es weitgehend einzuschränken. Diese „Affäre" wurde damals Gegenstand kontroverser Diskussionen auch in anderen Gemeinden Deutschlands. Der Vorstand der Duisburger Synagogengemeinde warnte in einer Eingabe bei der Staatsbehörde vor der Gefahr einer „Überfremdung" durch die Ostjuden, da der Zuzug aus dem Osten anhalte[9].

Die Ostjudenfrage nahm während des 1. Weltkrieges an Bedeutung zu und wurde Gegenstand einer langjährigen Polemik innerhalb der deutschen Öffentlichkeit. Der durch den Krieg beschleunigte Prozeß der Proletarisierung der ostjüdischen Arbeiter bei gleichzeitig gestiegenem Arbeiterbedarf der deutschen (Kriegs-) Industrie führten zur organisierten Vermittlung ostjüdischer Arbeiter nach Deutschland. Die Gründe für die Bereitschaft der Ostjuden, sich in die deutsche Industrie anwerben zu lassen, sind vielschichtig. Die Ursachen der Auswanderung sind in erster Linie politischer und wirtschaftlicher Natur.

Seit Ende des 19. Jahrhunderts waren die ostjüdischen Massenballungszentren in Osteuropa in einer kapitalistischen Entwicklung begriffen, die auch zu tiefgreifenden Veränderungen in der Beschäftigungsstruktur der jüdischen Bevölkerung geführt hatte. Der Anteil der in Handwerk und Gewerbe Beschäftigten war steil angestiegen, es hatte sich ein jüdisches Proletariat gebildet. In den russischen Gebieten hatte die Politik, die Juden in „Ansiedlungsrayons" zusammenzudrängen, zur Überfüllung der den Juden offenstehenden Berufe mit all ihren schlimmen Folgen beigetragen. Mit der Verschlechterung der Lage der Bauern, die durch die Industrialisierung in die Städte drängten und proletarisierten, um in den Fabriken mehr zu verdienen, erfolgte gleichzeitig eine Pauperisierung der jüdischen Massen: Handwerk und Kleinhandel in fürchterlicher Desorganisation und verelendet, eine wachsende Zahl existenzloser „Luftmenschen" in den Städten.

Eine Schwierigkeit, sich nach Deutschland anwerben zu lassen und mit der neuen Situation fertig zu werden, war der Mangel an beruflicher Elastizität. Es fehlte den Ostjuden fast vollständig die Fähigkeit, sich „innerhalb des Wohnlandes der veränderten volkswirtschaftlichen Situation durch Übergang zu anderen Berufen" anzupassen[10]. Andererseits mußten viele Ostjuden, für die Industriearbeit eine völlig ungewohnte Tätigkeit und schwere körperliche Arbeit war, nicht zu unterschätzende psychische und physische Hemmungen überwinden.

Die Zahlen der während des Krieges teils zwangsdeportierten[11], teils angeworbenen und zugewanderten Ostjuden sind nicht genau bekannt; die Angaben darüber differieren erheblich[12]. Nach einer Denkschrift des Reichsinnenministers aus dem Jahre 1922, die Angaben des Jüdischen Arbeiterfürsorgeamtes verwertete, gab es 1915 ca. 50 000 ostjüdische Arbeiter in Deutschland. In den Jahren des Weltkrieges und der Nachkriegszeit bis 1922 kamen ca. 100 000 ostjüdische Arbeiter hinzu, von denen 30 000 während des Krieges einwanderten. Auch über die Zahlen der ostjüdischen Arbeiter im Ruhrgebiet stimmen die Angaben nicht überein. Sie veränderten sich dauernd durch Zuzug, Rück- und Weiterwandung. Bei Kriegsende 1918 betrug die Schätzung 16 000[13]. Da allerdings weder die Reichsbehörden noch die jüdischen Organisationen über zuverlässige Unterlagen verfügten, ist eine erhebliche Dunkelziffer hinzuzurechnen[14].

Gleich beim Einmarsch der Deutschen in Russisch-Polen ließ die Oberste Heeresleitung einen Aufruf an die jüdische Bevölkerung verbreiten, in welchem angekündigt wurde, die Deutschen kämen als Befreier der Juden vom Joch der zaristischen Unterdrückung. „unzere fahnen brengen eich recht un freiheit" hieß es in dem jiddischen Text, „gleiche birgerrecht, freiheit far'n glauben, freiheit zu arbeiten ungestert in alle zweigen von ekonomisen un kulturellen leben in eier geist ... wi freind kummen mir zu eich. die barbarise fremde regirung iz aus! die gleiche recht far iden zoll werin gebaut auf feste fundamenten"[15].

Die Wirkung des Aufrufs der deutschen Heeresleitung hatte für die jüdische Bevölkerung fatale Folgen: Die russischen Machthaber verdächtigten die Juden einer Verbindung mit dem deutschen Militär und vertrieben mehr als 500 000 in das Innere Rußlands; jene, die bereit waren, sich als Arbeiter nach Deutschland bringen zu lassen, entgingen den Aushebungen zur Zwangsarbeit in den besetzten Gebieten. Die Deutsche Arbeiterzentrale hatte amtliche Büros im besetzten Gebiet errichtet, die Arbeiter nach Deutschland vermittelten.

Es gab von Anfang an Bedenken gegen die Arbeitsvermittlung jüdischer Arbeiter, weil man sie wegen ihrer „mangelnden körperlichen Tauglichkeit"[16] für schwere Arbeit nicht geeignet hielt. Dazu kam, daß die deutschen Arbeitgeber wenig Rücksicht auf die religiösen Bedürfnisse der jüdischen Arbeiter, wie Sabbathruhe, rituelle Verpflegung usw., nehmen konnten und wollten. Das deutsche Kriegsministerium drängte aber auf die Steigerung der Kriegsindustrie und ersuchte das Innenministerium, die durch „Zuwanderung ausländischer Arbeiter freiwerdenden wehrpflichtigen Zurückgestellten"[17] einzuberufen. In einem Erlaß vom 16. Dezember 1915 genehmigte der preußische Innenminister Friedrich Wilhelm von Loebell die Zulassung russisch-jüdischer Facharbeiter und schloß zugleich für die Zukunft nicht aus, auf jüdische Arbeiter in gewissen

Umfang zurückzugreifen, obwohl sich ihr Einsatz seiner Meinung nach im allgemeinen bislang nicht bewährt hatte. „Insbesondere sind sie zu den schweren in der Montanindustrie geforderten Arbeiten körperlich vielfach nicht geeignet gewesen", führte Loebell aus, „haben sich aufsässig benommen und ihre Mitarbeiter zur Unzufriedenheit aufgereizt"[18]. Aber bereits ein knappes Jahr später, im September 1916, sah sich der Innenminister veranlaßt, seine Beschränkungen aufzuheben und sogar ungelernte jüdische Arbeiter aus den besetzten russischen Gebieten zuzulassen[19]. Ein weiteres Jahr später wurden die Regierungs- und Polizeipräsidenten vom Innenminsterium in Berlin ermächtigt, ostjüdische Arbeiter und Arbeiterinnen in Betrieben jeder Art und Bergwerken zu beschäftigen. Die beiden Schlußsätze dieses Eil-Erlasses vom 20. September 1917 sprechen für sich. Sie lauten: „Dabei wird auf die Auswahl gesunder, kräftiger und sittlich einwandfreier Leute Bedacht zu nehmen sein, wenn auch die Anforderungen in Bezug auf kräftigen Körperbau nicht zu hoch zu stellen sein werden, da die jüdische Bevölkerung des Ostens infolge natürlicher Veranlagung und der Unterernährung in den letzten Jahren meist nur einen schwächlicheren Körperbau aufweist. Derartige Leute werden zweckmäßig in Stellen beschäftigt werden können, für deren Wahrnehmung mehr Intelligenz als körperliche Kraft erforderlich ist"[20].
Die Arbeitsverträge, die die Arbeiterzentrale in Warschau mit den nach Deutschland vermittelten Arbeitern abschloß, erwiesen sich als nachteilig für die Arbeiter. Der Vertrag war in deutscher Sprache abgefaßt und trug die höchst zweifelhafte Klausel, daß die Arbeitsverpflichtung „für die Dauer des Krieges, mindestens aber für sechs Monate"[21] bestand. Während die Arbeiter glaubten, sich für sechs Monate verpflichtet zu haben, bestand der Kontrakt tatsächlich für die ganze Dauer des Krieges. Die Gewerkschaften kümmerten sich in den ersten Kriegsjahren überhaupt nicht um die ausländischen Arbeiter, sie schloß sie sogar von der Mitgliedschaft aus. Die Arbeitsbedingungen waren ausgesprochen ungünstig, da die Unternehmer die Rechtlosigkeit der „feindlichen Ausländer" ausnutzten. Die Arbeit war vielfach schwer und ungewohnt, die Löhne niedrig, die Verpflegung schlecht, die Behandlung schikanös. Der Kontraktbruch wurde zur Massenerscheinung, geringe Leistung und passive Resistenz waren alltäglich. Die ostjüdischen Arbeiter, die sich Dank ihrer jiddischen Sprache in Deutschland einigermaßen zurechtfinden konnten, verließen ihre Arbeitsplätze in Scharen. Insbesondere die Massenquartiere, in denen die angeworbenen Arbeiter gezwungenermaßen wohnen mußten, erschwerten den Ostjuden das Leben in der Fremde. Immer wieder flohen sie aus diesen unwirtlichen Quartieren, um als Kostgänger in der Stadt unterzukommen.

Mitte September 1915 sah sich der Düsseldorfer Regierungspräsident genötigt, eine Bekanntmachung zu verbreiten, die jeden Arbeiter aus dem russisch-polnischen Okkupationsgebiet bei Androhung einer

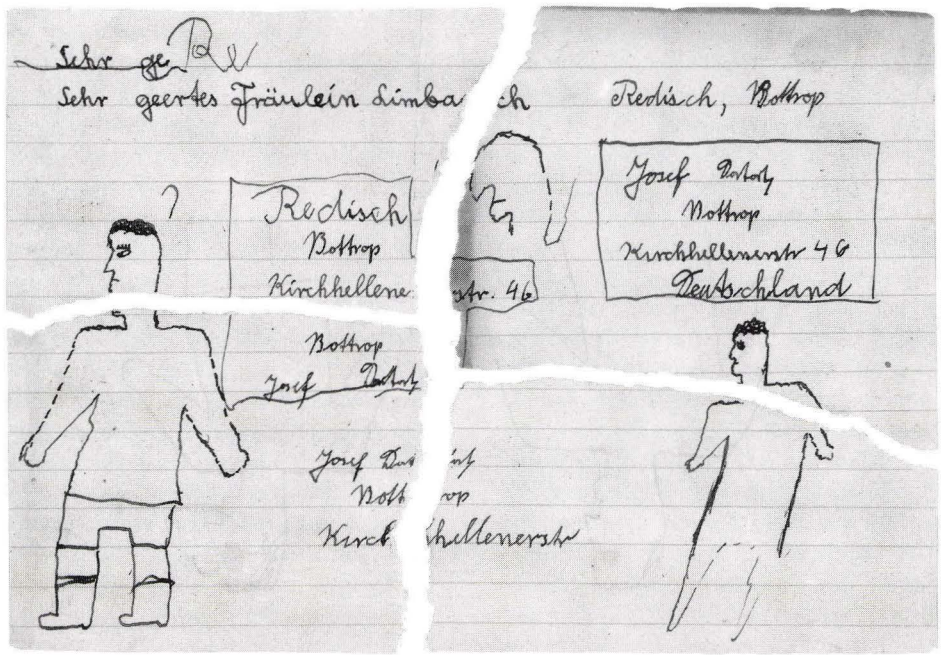
„empfindlichen Freiheitsstrafe" warnte, die Arbeit „ordnungswidrig auszuführen" oder zu verweigern. „Während der russische Staat seine eigenen Staatsangehörigen ... nach Sibirien verschickt", hieß es in dem Aufruf, „hat das Deutsche Reich es euch erlaubt, trotzdem ihr Angehörige eines feindlichen Staates seid, die Vorzüge seines geordneten Staatswesens noch während des Krieges zu genießen"[23]. Die deutschen Behörden sahen sich aufgrund der miserablen Arbeits- und Lebensbedingungen veranlaßt, Zugeständnisse zu machen. Hinsichtlich der Löhne sollten die ausländischen Arbeiter mit den deutschen gleichgestellt werden, Beschimpfungen und Mißhandlungen von den Arbeitgebern „in keinem Fall" gestattet werden. Ausdrücklich wurde das Beschwerderecht gewährleistet. Nachdem man den ostjüdischen Arbeitern vor allem auch das Recht, sich gewerkschaftlich zu organisieren, eingeräumt hatte, besserten sich die Verhältnisse. Die Arbeitsvermittlung selbst wurde einer jüdischen Stelle anvertraut, die auf die besondere Struktur der Arbeiter Rücksicht nahm und ungeeignete Vermittlungen zu verhindern suchte. Die Jüdische Abteilung der deutschen Arbeiterzentrale in Warschau arbeitete von nun an mit dem Sekretariat für ostjüdische Arbeiter zusammen, das von der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften am 1. Januar 1918 errichtet wurde und bis Ende 1919 bestand. Damit war den ostjüdischen Arbeitern der soziale Schutz gegeben, dessen sie als ausländische Arbeiter unter Kriegsrecht bedurften.

Während des Krieges bemühten sich die jüdischen Organisationen um die in Deutschland lebenden Ostjuden und um eine Regelung ihrer Anwerbung. Bereits im August 1914 war ein Deutsches Komitee zur Befreiung der russischen Juden entstanden, das 1915 unter der Bezeichnung Komitee für den Osten seine Arbeit aufnahm. Auf Initiative des Sekretärs der zionistischen Weltorganisation, Julius Berger, nahmen verschiedene jüdische Hilfsorganisationen ihre Tätigkeiten auf[24]. Die wichtigste war seit Mitte 1917 die Jüdische Abteilung der Deutschen Arbeiterzentrale in Warschau. Ihr wurden alle Angelegenheiten überwiesen, die jüdische Arbeiter betrafen, die sowohl in Polen als auch in Deutschland bereits beschäftigt waren oder künftig beschäftigt werden wollten: Regulierung der Auswahl, Verbesserung der Arbeitsverträge, deren offizieller Text nun in Jiddisch vorgelegt wurde, Erhöhung der Löhne, Verbesserung von Unterkunft und Verpflegung. In den folgenden Jahren erlangte das Anfang 1918 gegründete Arbeiterfürsorgeamt der jüdischen Organisationen Deutschlands besondere Bedeutung, das von einer Reihe jüdischer Vereine getragen wurde.

Gegen die ostjüdischen Arbeiter erhoben sich nicht nur die Stimmen der Antisemiten, die bereits 1916 eine Grenzsperre forderten, auch Sozialdemokraten standen der Zuwanderung skeptisch gegenüber. Die kritische Haltung geht auf die Vorkriegszeit zurück und hängt mit Bestrebungen zusammen, die sogenannte „Judenfrage" durch Assimila-

tion zu lösen. Karl Kautsky bedauerte 1914, daß die Ostjudenzuwanderung die Assimilation der Westjuden ins Stocken bringe. Ihre Fremdartigkeit und ihre berufliche Konkurrenz fördere den Antisemitismus[25]. Die Befürchtung, die Ostjuden könnten infolge ihrer bescheidenen Lebenshaltung deutsche Arbeiter von ihren Arbeitsplätzen verdrängen, wurde bereits vor 1914 geäußert und spielte nach 1918 bei der Ablehnung jüdischer Zuwanderer durch Sozialdemokraten eine große Rolle. Die Ostjuden wurden nicht nur der Lohndrückerei beschuldigt, sondern geradezu als Klassenfeinde hingestellt, weil sie sich gewerkschaftlich nicht organisieren lassen wollten[26]. Die antisemitische Stimmung, die während des Krieges in Deutschland herrschte und mit der Zuwanderung zunahm, führte schließlich im April 1918 zur Sperrung der Grenze im Osten.

Über Erfahrungen mit russischen Juden im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, die mit einem Transport am 16. Juli 1915 auf Zeche Julius Philipp in Bochum eintrafen, liegt ein Bericht vor. „Während die zuerst hier angekommenen russischen Juden willig und zur Zufriedenheit der Zeche arbeiteten", schrieb der Bochumer Polizeipräsident, „trugen die später Eingetroffenen Unzufriedenheit unter die Arbeiterschaft. Sie fingen an, sich über das Essen zu beschweren, beklagten sich über die Schlafstellen ... und weigerten sich schließlich, überhaupt zu arbeiten". Auch aus der Bevölkerung seien Klagen laut geworden, die Juden trieben



Lesezeichen in einem Kinderbuch aus dem Bottroper Bücherfund, wahrscheinlich von Josef Dortort, geboren am 27. Mai 1928, mit seinem älteren Bruder am 10. Februar 1939 nach Belgien auswandert; dort verliert sich seine Spur.

sich „bettelnd umher" und versuchten, „Mitleid zu erregen", indem sie ihre Unterbringung und Verpflegung als „menschenunwürdig" bezeichneten. Auch versuchten sie, mit Frauen und Mädchen „anzuknüpfen". Der Polizeipräsident bezeichnete es als einen großen Fehler, daß russische Juden nach Deutschland gebracht worden seien. „Fast alle", meinte er, „waren schwächliche Personen, die für die Arbeit in der Grube überhaupt nicht in Frage kommen. Wie mir berichtet, sind 13 geschlechtskrank und bei mehreren Läuse festgestellt. Einige hatten schwere Brüche, waren augenleidend, einer war 57 Jahre und sehr gebrechlich ..."[27]. Der Polizeipräsident plädierte für den Rücktransport der Arbeiter, befürchtete allerdings, daß diese erneut versuchen würden, sich für Deutschland anwerben zu lassen. Dies müsse unter allen Umständen verhindert werden, meinte er, da Juden „nach Volkscharakter und Körperbeschaffenheit sich nicht zu schwerer Arbeit eignen"[28]. Die deutschen Behörden trafen seit dem Sommer 1918 Vorkehrungen, die „unerwünschten" Ostjuden abzuschieben. Im Generalgouvernement Warschau wurden Grenzlager errichtet. „Damit die Abschiebung dieser für die einheimische Volkswirtschaft lästigen Juden demnächst ungesäumt erfolgen kann", wies der Düsseldorfer Regierungspräsident am 27. August 1918 die Polizeipräsidenten des Regierungsbezirkes an, „ersuche ich ... namentliche Listen der ... Juden ... vorzubereiten"[29]. Auf der anderen Seite hatten nach Beendigung des Krieges viele Ostjuden den Wunsch, in die Heimat zurückzukehren. Die Demobilmachungsbestimmungen vom Dezember 1918 förderten zwar die Rückkehrbereitschaft, ohne allerdings die Ostjuden zu überzeugen, es handele sich nicht um eine Zwangsmaßnahme.

Der Mangel an Arbeit in der Heimat, aber vor allem die Auswirkungen der bolschewistischen Revolution und des Bürgerkriegs zwischen „Weißen" und „Roten", eine ausgeprägte antisemitische Stimmung, die zu Pogromen führte und militärische Rekrutierungen lösten zum gleichen Zeitpunkt, als die ersten Sammeltransporte mit jüdischen Arbeitern nach Osten zurückfuhren, Anfang 1919 eine neue ostjüdische Einwanderungswelle aus. Zwar mußte sich nach einer Regierungsverfügung vom März 1919 jeder neu zuziehende Ausländer mit seinem gültigen Paß bei der Ausländerkontrollstelle persönlich melden[30], dennoch gelang es zahlreichen Ostjuden, ohne Paß- und Sichtvermerk über die Grenze zu kommen. Allein im Jahre 1920 wurden in Duisburg 458 Personen wegen unerlaubter Grenzüberschreitung und Paßvergehens bestraft[31]. Die Behörden konnten sich lange Zeit die gezielte Zuwanderung nach Duisburg nicht erklären, bis sie durch die Beschwerde eines abgewiesenen Ostjuden erfuhren, daß der Leiter der Duisburger jüdischen Fürsorgestelle in Lodz ein Werbebüro unterhielt und alle sich dort meldenden Ostjuden nach Duisburg dirigierte. Der jiddische Schriftsteller David Einhorn, der im Ruhrgebiet in diesen

Jahren oft vor ostjüdischen Arbeitern Vorträge hielt, beschrieb die Situation im Industrierevier in einem Zeitungsartikel folgendermaßen: „Es gibt kaum einen Schacht ohne jüdische Gruppe ... Schächte und Fabriken sind in der Regel nach Orten besetzt ... Nach den Pogromen des Jahres 1919/20, als die Flucht nach Deutschland einsetzte, wandten sich die Flüchtlinge oft direkt an ihre Landsleute in 'ihren' Schächten oder Fabriken, daß sie ihnen helfen möchten, in denselben Schächten oder Fabriken unterzukommen[32].

Obwohl seit der Novemberrevolution die öffentliche Meinung einen immer stärkeren Druck auf die Ostjudenzuwanderung ausübte und sich ein steigernder Antisemitismus bemerkbar machte, ordnete der preussische Innenminister Wolfgang Heine[33] am 4. November 1919 die Duldung ostjüdischer Einwanderer selbst für den Fall an, daß eine „gewisse Beeinträchtigung der Arbeitsgelegenheiten für Inländer gegeben ist". Ausgewiesen werden sollten in Zukunft nur solche Ostjuden, die rechtskräftig verurteilt worden waren oder eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit befürchten ließen. Vor der Ausweisung sollten die jüdischen Fürsorgeorganisationen gefragt werden. Voraussetzung des Verbleibens im Deutschen Reich war ferner ein Arbeitsverhältnis. Von der Ausweisung sollte insbesondere dann Abstand genommen werden, wenn das Jüdische Arbeiterfürsorgeamt für Beschäftigung und Unterkunft garantierte[34].Tendenziöse Berichterstattung in der deutschen Presse, in der von einer „Überschwemmung" des westfälischen Industriegebietes durch Ostjuden und von einer gleichzeitigen „Erbitterung" in der Arbeiterschaft die Rede war, veranlaßten Regierungskreise zu einer Stellungnahme. In einem geheimem Lagebericht über die Ostjuden im Ruhrgebiet heißt es: „Der Zuwanderung steht auch Abwanderung gegenüber, da die Mehrzahl der Ostjuden das Industriegebiet nur als Zwischenstation für ihre Weiterreise nach Amerika betrachtet". Und weiter: „Allerdings trifft es zu, daß ein nicht unbeträchtlicher Teil der Zuwanderer sich mit Schleichhandel, vor allem auch mit einer politischen Tätigkeit im kommunistischem Sinne befaßt"[35]. Die Duisburger Polizeiverwaltung beispielsweise führte den Zuzug von Ostjuden nach Duisburg, der in den Jahren 1919 bis 1922 zwischen 1 000 und 2 000 pro Jahr betrug[36], auf die Tätigkeit des im Oktober 1919 gegründeten Jüdischen Arbeiterfürsorgeamtes in Duisburg zurück.

Die Animosität der ansässigen Juden den Ostjuden gegenüber resultierte daraus, daß jene das verkörperten, wovon man sich selber entfernen wollte oder bereits entfernt hatte. Das Ärgste war: Man wollte nicht, daß sich die Nachbarschaft durch die Anwesenheit der Ostjuden an die jüdische „Vergangenheit", also an ihr „Anderssein" erinnerte. Gerade – was von zionistischer Seite besonders hervorgehoben wurde – dieses Schielen nach der Wirkung bei den nichtjüdischen Nachbarn war der Faktor, der die Beziehungen zwischen West- und Ostjuden vergiftete. Infolgedessen waren die eingesesse-

nen Juden dringend daran interessiert, die Ostjuden – wenn man ihre Anwesenheit schon nicht verhindern konnte – möglichst schnell loszuwerden. Als Jude aber fühlte man sich mitverantwortlich, daher unterstützte man die Durchwandererfürsorge, deren Hauptzweck es war, die Ostjuden möglichst bald aus der Stadt herauszubringen, indem man ihnen am liebsten eine Fahrkarte in die Hand drückte, die sie zur nächsten Stadt brachte.

Die Mehrzahl der westdeutschen Juden war auf dem Wege der Assimilation in die bürgerliche, westeuropäisch-deutsche Gesellschaft. Sie hielten auf allgemeine Bildung, einen Lebensstandard, der dem deutschen Bürgertum entsprach, und bemühten sich, ein Leben zu führen, in dem sie als Juden nicht auffielen. Aber gerade das war der Punkt, der durch die ostjüdische Einwanderung berührt wurde. Allein auf die äußerliche Auffälligkeiten des Ostjuden reagierten Westjuden allergisch. In ihren Kreisen gehörte es zum guten Ton, auf keinen Fall jüdisch-deutsche Worte zu gebrauchen. Und plötzlich strömte eine ganze „Flut" von Ostjuden in die Stadt, die diese verpönte Sprache als ihr ganz natürliches Verständigungsmittel benutzte und „verdirbt" den Westjuden „für sein Bewußtsein seine ganze mühsam errungene Emanzipation"[37]. Außerdem hatten sich die meist „reformierten" Gemeinden[38] auch auf religiösem Gebiet mit der ostjüdischen Tradition auseinanderzusetzen: In der Synagoge wurde nicht durcheinandergerufen und -gebetet, während es bei den Ostjuden Lärm und Bewegung im Gottesdienst gab.

Nach Beendigung des Krieges war der Arbeitsmarkt in den Hauptzentren der deutschen Industrie, vor allem in Rheinland und Westfalen, für neue Arbeiter zunächst aufnahmefähig. Die Nachfrage nach ausländischen Arbeitern führte schließlich – wie bereits erwähnt – im Oktober 1919 zur Gründung einer Zweigstelle des Berliner Jüdischen Arbeitsamtes in Duisburg. Im Juni 1920 wurde eine Arbeiterfürsorgestelle in Köln, im Juli 1920 eine weitere in Bochum gegründet, um die Duisburger Stelle zu entlasten. Finanziell getragen wurde die Duisburger Einrichtung vom Jüdischen Arbeiterfürsorgeamt Berlin, das seinerseits durch das American Joint Distribution Commitee getragen wurde.

Nach einer Denkschrift des Jüdischen Arbeiterfürsorgeamtes war es so, daß „Arbeitgeber, bzw. deren Beauftragte in die Wirtschaften und Herbergen gingen und dort arbeitswillige und arbeitskräftige Menschen anwarben"[39]. Die Duisburger Zweigstelle des Jüdischen Arbeitsamtes war die lokale Fürsorgestelle der ostjüdischen Arbeiter, vermittelte Arbeit und bot Rechtsschutz. Nach ihrem eigenen Selbstverständnis bestand die Aufgabe des Arbeiterfürsorgeamtes darin, die „Flüchtlingsmengen ... von der Straße wegzunehmen" und „diejenigen Elemente, die noch nicht emigrationsreif" waren, in Arbeit zu bringen[40]. Auf die in der Presse der umliegenden Industriestädte erscheinenden Stellenangebote bewarb sich

das Amt zur Vermittlung jüdischer Arbeiter. Die geübte Praxis der selbständigen Vermittlungstätigkeit der Jüdischen Arbeiterfürsorgestelle führte im März 1920 zu Klagen der öffentlichen Arbeitsnachweise und zu Protesten und Eingaben des Landesarbeitsamtes Westfalen-Lippe beim Reichsamt für Arbeitsvermittlung in Berlin. Ausgelöst wurde die Beschwerde durch eine Stellenvermittlung des Jüdischen Arbeitsamtes in Duisburg. Beim Arbeitsnachweis in Soest, dem drei Landarbeiter überwiesen wurden, war der Eindruck entstanden, die Arbeiter seien vom städtischen Arbeitsamt in Duisburg zugeteilt worden. Als sich dann in Soest drei „heruntergekommene" für die Landwirtschaft „völlig ungeeignete russische Juden" vorstellten und sich auf das Jüdische Arbeitsamt beriefen, wurden sie von den Arbeitgebern zurückgewiesen. Das Landesarbeitsamt sah sich gezwungen, gegenüber der „eigenartigen", für das deutsche Wirtschaftsleben „höchst schädlichen Tätigkeit" der jüdischen Fürsorgestelle „besondere Maßnahmen" zu treffen. Sämtliche dem Landesarbeitsamt angeschlossenen Arbeitsnachweise wurden angewiesen, jegliche Zusammenarbeit mit dem Jüdischen Arbeitsamt abzulehnen, da dessen Tätigkeit die Bemühungen der öffentlichen Arbeitsnachweise in „unheilvoller Weise durchkreuzt"[41]. Das Jüdische Arbeitsamt, hieß es dem Schreiben, richte sich nicht nach den Erfordernissen der deutschen Volkswirtschaft, „sondern nach den Bedürfnissen der ostjüdischen Einwanderer"[42]. Gleichzeitig wurden Richtlinien für die Arbeitsvermittlung der Ostjuden verbreitet. Darin wurde zwar die Notlage der ostjüdischen Einwanderer anerkannt, ebenso daß die Fürsorge für sie nur von einer Organisation ausgeübt werden könne, die mit der „Sprache und Eigenart des Volksstammes" vertraut sei, die jüdischen Fürsorgestellen mußten allerdings auf eine „eigene Propaganda zur Erlangung offener Stellen" verzichten. Darüber hinaus sollte der Name „Jüdisches Arbeitsamt" fallengelassen und eine Bezeichnung gewählt werden, die erkennen lasse, daß es sich weder um eine amtliche Organisation noch um einen selbständigen Arbeitsnachweis handelte[43]. Ende November 1920 verfügte der Preußische Innenminister, daß den Jüdischen Arbeiterfürsorgestellen die selbständige Arbeitsvermittlung verboten sei. Der Präsident des Reichsamtes für Arbeitsvermittlung droht im Mai 1921 vermittelte Arbeiter mit der Unterbringung in ein für Ostjuden bestimmtes Internierungslager, falls sich Zuwiderhandlungen der jüdischen Stellen feststellen ließen[44].

Über die weitere Tätigkeit des Arbeiterfürsorgeamtes schrieb sein Leiter Heinrich Glaser 1921, die Stelle habe es als vornehmste Aufgabe betrachtet, „diese gewaltigen Mengen von ostjüdischen Flüchtlingen, die wirklich nicht aus Wanderlust, ... sondern zur Rettung ihres eigenen Lebens ... die Heimat verlassen hatten, ins Ausland zu bringen"[45]. Zur Regelung der Personalverhältnisse bemühte sich die Fürsorgestelle, beim zuständigen Konsulat einen Paß zu erlangen, um die Zahl der Staatenlosen und jener,

deren Staatsangehörigkeit infolge der neu entstandenen östlichen Staaten nicht feststand, zu vermindern.

In Osterfeld kam es im Juli 1920 zu einem Konflikt zwischen der Jüdischen Arbeiterfürsorgestelle und der Polizeibehörde. Einem ostjüdischen Arbeiter waren bei seiner Anmeldung von der dortigen Polizeiverwaltung die Papiere abgenommen und die Lebensmittelkarte verweigert worden. Außerdem sei geäußert worden, daß die ausländischen Arbeiter ausgewiesen werden sollten. In einer Stellungnahme verwies der damalige Leiter der Jüdischen Arbeiterfürsorgestelle in Duisburg, Walter Preuß, auf die Erlasse des Preußischen Innenministers, wonach die Duisburger Stelle berechtigt sei, die Interessen der jüdischen Arbeiter wahrzunehmen. Wegen der Pogrome in Polen und der dadurch verursachten Flucht, sei den jüdischen Arbeitern, die unter dem Schutz der Arbeiterfürsorgestelle stünden, Personalausweise auszustellen, falls die Betreffenden Arbeit und Wohnung hätten[46].

Die Arbeit und Bestrebungen der Fürsorgestelle stießen bei den umliegenden Gemeinden mit hohem ostjüdischen Arbeiteranteil auf Solidarität. So beschloß die Synagogengemeinde Wanne-Eickel auf ihrer Vorstandssitzung am 14. Dezember 1919, dem Jüdischen Arbeitsamt für das Rheinisch-Westfälische Industriegebiet einen monatlichen Zuschuß von 100 Mark für die nächsten sechs Monate zu bewilligen. Darüber hinaus erklärte der Vorstand: „Die seitens der Synagogengemeinde Essen gestellten Bedingungen, daß auch andere Gemeinden diesem Beispiel folgen, machen wir auch zu den unsrigen"[47].

In späteren Jahren leistete die Duisburger Fürsorgestelle lediglich karitative Hilfe. Paul Schnurmacher, der 1926 vom Leiter der Jüdischen Wohlfahrtsstelle in Berlin, Salomon Adler-Rudel, nach Duisburg geschickt wurde, berichtete: „Es handelte sich nicht um ein 'Arbeitsamt', denn es gab für ostjüdische (zugewanderte) Arbeiter zu meiner Zeit dort keine Arbeit; und meine ... Tätigkeit beschränkte sich auf eine bescheidene Fürsorge für 'Durchwanderer', die sich in ihrem Auftreten vor dem Amt kaum von Schnorrern unterschieden"[48].

Die überwiegende Mehrheit der im und nach dem Weltkrieg zugewanderten Ostjuden hatte nicht die Absicht, in Deutschland zu bleiben. Eine Stichprobe, die man bei der Arbeiterfürsorgestelle in Duisburg durch Ausgabe eines Fragebogens machte, brachte folgendes Ergebnis: Auf die Frage „wu hin willt ihr emigrieren?", antwortete ein Viertel der Befragten in die Vereinigten Staaten, 15% wollten nach Palästina[49], und ca. 17% gaben ein westeuropäisches Land als Ziel an. Dies kann sicher als Etappe auf dem Weg nach Amerika bzw. Palästina verstanden werden. Zirka ein Drittel der Befragten, gab an, „vorläufig" in Deutschland bleiben zu wollen[50].

Werner Fraustädter, der eine Zeitlang das Jüdische Arbeiterfürsorge-



amt in Duisburg leitete, führte im September 1920 eine Umfrage bei einer bedeutenden Anzahl von Betrieben durch, die ostjüdische Arbeiter beschäftigten, um die Einstellung der Arbeitgeber zu ihren Arbeitern zu erfahren. Im Durchschnitt war die Bewertung über den einzelnen Arbeiter fast stets günstig, das im allgemeinen gefällte Urteil häufig ungünstig. Die negative Einschätzung stand im Zusammenhang mit der heftigen politischen Agitation gegen die Anwesenheit der Ostjuden in Deutschland, beruhte aber wohl auch auf Antisemitismus[51].

Der Vorwurf einer (ost-)jüdischen Beteiligung an der kommunistischen Bewegung zieht sich wie ein roter Faden durch die Behördenakten. Im April 1920 wandte sich der Düsseldorfer Regierungspräsident mit einem Fragekatalog an die Landräte und Bürgermeister des Regierungsbezirks, um Informationen über Ursachen und Verlauf der damaligen Aufstandsbewegung gegen den Kapp-Putsch zu erhalten. Eine Frage lautete: „Ist die Beteiligung ausländischer Bolschewisten, namentlich russischer Juden festgestellt?“[52] Mit Sorge vor der Zunahme einer ostjüdischen Einwanderung steigerte sich die Revolutionsfurcht der Behörden. „Schon vor langer Zeit war gemeldet“, teilte der Oberpräsident der Provinz Westfalen im August 1920 dem Regierungspräsidenten in Arnsberg mit, „daß von der linksradikalen Leitung beabsichtigt ist, 4 000 russische Bolschewisten, hauptsächlich Juden, als Agitatoren und Kämpfer auf das ganze Industriegebiet zu verteilen“. Der Oberpräsident kritisierte, daß die Zuwanderung „dieser Elemente“ von



Zwei Photos, zwischen den Buchdeckeln gefunden. Wen sie zeigen, wissen wir nicht.

den zuständigen Stellen weder kontrolliert noch verhindert werde. Der Zustrom erschiene ihm jedoch „im Hinblick auf die kommenden Putsche" eine ernste Gefahr, die baldige Abstellung erfordere[53]. Aus Castrop wurde demgegenüber gemeldet, daß sich zwar ein stärkerer Zuzug von Ostjuden bemerkbar gemacht habe, aber: „Die in Frage kommenden Personen arbeiten sämtlich auf den hiesigen Zechen und haben sich bisher politisch, soweit festgestellt werden konnte, nicht betätigt, insbesondere sind sie nicht als Agitatoren hervorgetreten"[54]. Dieser Polizeibericht bildet insofern eine Ausnahme, als die meisten Beamten, wenn sie schon keinen Beweis für eine Beteiligung an revolutionäre Bestrebungen erbringen konnten, sie doch zumindest immer eine Vermutung und einen Verdacht in ihre Meldungen einfließen ließen.

„Ich nehme bestimmt an", hieß es etwa aus Lütgendortmund, „daß die Juden mehr oder weniger im Interesse eines linksradikalen Planes tätig sind, vermag aber hierüber einen Beweis noch nicht zu erbringen". Die Polizeiverwaltung empfahl, Beamte auf Zechen vorübergehend Arbeit nehmen zu lassen, um Näheres „über das Treiben der Juden" zu erfahren[55]. Der Dortmunder Landrat meldete am 1. September 1920 dem Regierungspräsidenten in Arnsberg: „Schlüssige Beweise für eine politische Betätigung oder Agitation, welche zweifellos stattfinden (sic!), konnten bisher nicht erbracht werden". Die Überwachung, bemängelte der Landrat, sei dadurch erschwert, daß in letzter Zeit „viele Elemente" ohne oder mit nicht genügenden Ausweispapieren zuzögen. Diesen sei es ein Leichtes „zu verschwinden". Bei der Anmeldung gäben sie meistens an, daß sie, um nicht in Polen Soldat werden zu müssen, geflohen seien, somit auch keine Personalpapiere besäßen[56].

Die Arbeitereinwanderung nach dem Kriege fiel zeitlich mit dem Aufschwung und der Ausdehnung der deutschen Gewerkschaftsbewegung im Anschluß an die Revolution von 1918 zusammen. Die Gewerkschaften konnten sich nicht länger dem Drängen der ostjüdischen Arbeiter verschließen, Mitglieder der Organisationen zu werden. Nachdem der Gedanke, eigene jüdische Gewerkschaften zu organisieren, verworfen worden war, schlossen sich die Arbeiter fast ausnahmslos den allgemeinen Gewerkschaftsverbänden an. Die Mehrzahl war freigewerkschaftlich organisiert, eine erhebliche Minderheit gehörte der syndikalistischen Freien Arbeiter-Union an. In nicht wenigen Fällen trugen sich die jüdischen Arbeiter in die Listen der christlichen Gewerkschaften ein. Eine Tendenz, den Arbeitern den Zugang zu Gewerkschaften zu versperren, zeigte sich nur hin und wieder bei einzelnen Vertrauensleuten der christlichen Verbände. Demgegenüber vertraten die freien Gewerkschaften und die Syndikalisten nachdrücklich die Interessen der ostjüdischen Arbeiterschaft.

Das Verhältnis der deutschen Arbeiter zu den Juden war nicht ohne

Spannungen und besserte sich erst, als die neuen Arbeitsgenossen den Gewerkschaften beitraten und damit unterstrichen, daß sie sich nicht als Lohn– und Streikbrecher verwenden ließen. Auch wenn die deutsche Arbeiterschaft nicht frei von Antisemitismus war, so war dennoch das Verhältnis der Arbeiter untereinander im allgemeinen ohne Feindseligkeiten.

Ein Beispiel beeindruckender Solidarität mit den ostjüdischen Arbeitskollegen gab die sozialdemokratische Oberhausener Volksstimme, die sich mit einem Artikel „Verwerft den Rassenkampf" der Hetze der Rechtspresse entgegenstellte. Die zugewanderten Ostjuden charakterisierte das Blatt folgendermaßen: „Es sind Arbeiter, Proletarier, die nur ihre Arbeitskraft besitzen und die unter Mühsal und furchtbaren Entbehrungen den Schrecken polnischer Judenpogrome und der Qual des Militärdienstes in dem antisemitisch durch und durch verseuchten polnischen Heere entronnen sind, um sich Arbeit zu suchen". Die deutsche Arbeiterschaft würde es niemals zulassen, hieß es in der Volksstimme, daß man ihre „jüdischen Arbeitsbrüder" zu Elend oder Verbrechen verurteilte. „Kein deutscher Arbeiter darf die Verleumdung glauben", stellte die Zeitung klar, „daß die jüdischen Proletarier, die als Bergleute, Schlosser, Schneider, Schmiede, Tischler oder als ungelernte Arbeiter neben ihm gearbeitet haben, irgend etwas mit Schiebern oder Kriegsgewinnlern zu tun haben"[57]. Als der Düsseldorfer Regierungspräsident seine untergeordneten Polizeibeamten anwies, rigoros gegen die ostjüdischen Arbeiter vorzugehen indem man sie bei den geringsten formalen Verstößen, wie verspätete Verlängerung von Legitimationspapieren, mit sofortiger Ausweisung bedroht, stellte sich im Juni 1922 der Essener Bergarbeitergewerkschaftler Heinrich Limbertz vor die ostjüdischen Arbeiter. In einer scharfen Rede im Preußischen Landtag führte er aus, daß den Ostjuden, die man während des Krieges mit Gewalt nach Deutschland geholt und gezwungen habe, für Deutschland zu arbeiten und die man jetzt abschieben möchte, großes Unrecht geschähe. „Die Art und Weise", erklärte Limbertz, „... wie die jüdischen Arbeiter ... von machen Beamten behandelt werden, ist einfach unerträglich"[58]. Die Bemerkung des Düsseldorfer Regierungspräsidenten, die ostjüdischen Einwanderer könnten nicht als wünschenswerte Bevölkerungselemente angesehen werden, hielt er entgegen, daß Zehntausende hier in Fabriken und Bergwerken arbeiteten.

Seit Kriegsende war die rechtliche Stellung der Ostjuden in Deutschland ausgesprochen unsicher. Über ihnen schwebte ständig das Damoklesschwert der Ausweisung, wenn sie sich nach Meinung der jeweiligen Polizeigehörde „lästig machten", „unliebsam" oder einfach „unerwünscht" waren. Hauptargumente der Behörden, die Ausweisung zu legitimieren, waren Verstöße gegen die Meldepflicht, fehlende bzw. unzureichende Arbeits- und Personalpapiere, Vorwürfe wegen politischer Unzuverlässigkeit und weitere Scheinbeschuldi-

gungen. Auch wenn einige Ostjuden gegen die willkürlichen Ausweisungsverfügungen erfolgreich klagten, so muß man doch in dieser Zeit von einer Ausweisungswelle sprechen. In einem Nachrichtenblatt des Reichswehrkommandos hieß es Ende 1919: „Der Verbleib der Ostjuden bedeutet eine Gefahr für die Sicherheit. Politisch arbeiten sie gewöhnlich im deutschfeindlichen Sinne. Dies und ihr Auftreten, ihre undeutschen Gewohnheiten (sic!), die Wegnahme von Wohnungen und von Arbeitsgelegenheiten haben große Erbitterung in der Bevölkerung hervorgerufen, die sich auch auf die einheimischen Juden übertragen hat"[59].

Gegen die Ausweisungspraktiken agitierte die Essener Arbeiter-Zeitung im Februar 1921. „Die Ausweisungen ausländischer Arbeiter werden jetzt in einzelnen Städten geübt", kritisierte das Blatt, „die ins Mittelalter passen. So sind vorige Woche in Brambauer (Kreis Dortmund) 400 solcher Ausweisungen erfolgt ... Besonders emsig und verhöhnend führten die Beamten die Ausweisungsbefehle den jüdischen Arbeitern gegenüber aus"[60].

Seit 1920 gab es in den größeren Städten des Ruhrgebiets, insbesondere in Essen, Bochum, Dortmund, Herne und Gladbeck, ostjüdische Arbeiterkulturvereine, die sich im Landesverband Rheinland-Westfalen der jüdischen Arbeiter-Kulturvereine zusammengeschlossen hatten. Die Zentralstelle dieser Arbeiter-Kulturvereine befand sich in Essen, Kastanienallee 88[61]. Der Duisburger Verein beispielsweise hatte bei seiner Gründung ca. 200 Mitglieder[62]. Innerhalb der Arbeiter-Kulturvereine gab es verschiedene politische Strömungen – ein Teil der Mitglieder war ausschließlich jüdisch-national orientiert und gehörte der zionistischen Partei an, die in der polnischen Fraktion Zeira Zion (Jugend Zions) ihre stärkste Gruppierung besaß. Diese Partei betrieb mit besonderer Intensität die Vorbereitung auf ein Arbeiterleben in Palästina. Ihre Mitglieder rechneten sich zu den Chalzuzim (Palästina Pioniere). Die Duisburger Polizeiverwaltung charakterisierte den Verein folgendermaßen: „Er steht im Gegensatz zu den ortsüblichen Auffassungen von Parteisozialismus, nicht auf dem Boden des Klassenkampfes, sein Sozialismus soll den ganzen Volkskörper umfassen. Seine sozialistische Arbeit zielt übrigens nur auf Palästina, hier in der 'Diaspora' wird lediglich nur für den Palästina-Emigrationsgedanken propagiert. Der Zeira-Zionismus lehnt es ab, an irgendwelchen politischen oder anderen Aktionen hier in den 'Diasporaländern' Anteil zu nehmen"[63].

Auch wenn die Stärke der verschiedenen jüdischen Parteien unter den ostjüdischen Arbeitern nicht mehr ermittelt werden kann, gibt eine Erhebung der Jüdischen Arbeiterfürsorgestelle, Duisburg, vom August 1920 dennoch einen interessanten Einblick in die politische Grundhaltung von 118 Befragten. Danach ergab sich folgendes Bild: Poale Zion 35, Bund 15, Kommunisten 6, Vereinigte Polnische Sozialdemokratische Partei (PPS) 1,

Hapoel Hazair (Zeira Zion) 16, Zionistische Partei 10, Misrachi 1, parteilos 32[64].

Die geistige Führung fast aller Arbeiter-Kulturvereine lag bei den sozialdemokratisch orientierten Arbeiterparteien, deren wichtigste der Poale Zion (Arbeiter Zions)[65] und der Bund[66] waren. In allgemeinpolitischer Hinsicht stand die Mehrzahl der Anhänger beider Gruppen in den Kulturvereinen dem radikalen Flügel des Sozialismus nahe, wenn auch sämtliche Richtungen und Nuancen, die innerhalb des Sozialismus vorhanden waren, auch bei den jüdischen Arbeitern vertreten waren. Der Duisburger Poale-Zion-Verein bezweckte beispielsweise, alle ausländischen Juden auf geistigem und kulturellem Gebiet zu heben und die Grundprinzipien des zionistischen Sozialismus zu realisieren[67]. Entsprechend den Statuten hatte der Vorstand dafür zu sorgen, daß eine gesellschaftliche und kulturelle Tätigkeit im Verein „gehegt und gepflegt" wurde, und Kurse in politischer Ökonomie, jüdischer und allgemeiner geschichtlicher Literatur sowie gesellschaftliche und öffentliche Abende zu veranlassen[68]. Die Hamborner Ortsgruppe des Poale Zion zählte im Mai 1925 40 Mitglieder, welche meist im Kleingewerbe als Angestellte tätig waren oder dem Arbeiterstand angehörten. Seinem Selbstverständnis nach waren die Mitglieder proletarische Zionisten, die im Aufbau Palästinas eine der wichtigsten Aufgaben des jüdischen Lebens sahen. Gleichzeitig bekämpften sie die „Herrschaft der Bourgeoisie im gleichen Lager".

Ein Polizeibericht erwähnt einen Ausflug des Hamborner Vereins an den Niederrhein. Viele Teilnehmer – ausschließlich „Ausländer" – trugen einen „Russenkittel von gelber Farbe mit einem blauen Davidstern auf dem linken Oberarm", ferner führten sie einen blau-weißen Vereinswimpel mit sich[69].

Sämtliche Arbeiterkulturvereine im Ruhrgebiet pflegten Beziehungen zum jüdischen Arbeitsamt in Duisburg und zum Jüdischen Arbeiter-Fürsorgeamt in Berlin. Die Berliner Einrichtung war in Bochum durch einen Angestellten ständig vertreten. Sie unterstützte die im Westen bestehenden Kulturvereine insoweit, als sie ihnen ausländische Zeitungen und Bücher zuwies[70]. Aufenthaltsräume, in denen die wichtigsten Zeitungen in deutscher und jiddischer Sprache auslagen, Diskussionen und Vorträge banden den Arbeiter an seinen Verein, der ihm das ostjüdische Milieu ersetzte. Hinsichtlich der geistigen Bedürfnisse hoben sich die ostjüdischen Arbeiter von der Masse der übrigen ausländischen Arbeiter ab. Diskussion, Lektüre und Versammlungsbesuche spielten in ihrem alltäglichen Leben eine wesentliche Rolle. Ihre Teilnahme an Kursen in deutscher, englischer und hebräischer Sprache war ausgeprägt, bei den Zionisten auch die Hinwendung zum Neuhebräischen. Dagegen nahm die Kenntnis des religiösen Hebräisch rapide ab. Überhaupt wurden religiöse Formen nur von einzelnen eingehalten, die Speisegesetze kaum mehr befolgt, die Samstagsarbeit war selbstverständlich geworden.

Es gab Initiativen ortsansässiger Zionisten, die sich um das kulturelle Wohl der ostjüdischen Arbeiter kümmerten und sich um deren sinnvolle Freizeitgestaltung sorgten. So stellte der ehemalige Lehrer und städtische Bürohilfsarbeiter Simon Eichengrün, Vorsitzender der Zionistischen Vereinigung Dortmund, im Mai 1917 bei der Polizei-Verwaltung in Dortmund ein Gesuch um Erteilung eines Ausweises für Ausflüge mit ausländischen Staatsangehörigen. Eichengrün schrieb: „Wie ich erfahren habe, wissen oft die hier weilenden jüdisch-polnischen Arbeiter u(nd) auch andere fremdländische Juden ihre Sonn- und Feiertage nicht in richtiger Weise zu benützen. Sie besuchen häufig dann die Vergnügungslokale oder werden zum Kartenspielen verleitet". Um dem entgegenzuwirken, beabsichtigte er, an den freien Tagen regelmäßig Ausflüge in die Umgebung zu machen und die Arbeiter „in freier Gottesnatur körperlich u(nd) moralisch zu stärken". Eichengrün bat, von der jeweiligen Meldepflicht entbunden zu werden und garantierte, keinen Mißbrauch mit einem entsprechenden Ausweis zu treiben[71]. In einer ersten Stellungnahme billigte die Polizeibehörde das geplante Vorhaben, da es „Wohlstandzwecken" diene und damit auch polizeiliche Interessen verfolge. Das Treiben der ausländischen Juden an den arbeitsfreien Tagen sei in der Stadt oft unangenehm aufgefallen, insbesondere werde in der Ausländerbaracke „in starkem Maße dem Hazardspiel gehuldigt". Die Polizei reichte den Antrag dem Dortmunder Landrat weiter, der sich am 19. Mai einverstanden erklärte, Eichengrün den erbetenen Ausweis zu erteilen. Der Arnsberger Regierungspräsident erhob gleichfalls keine Bedenken, machte jedoch am 23. Mai die Auflage, die Namen der Teilnehmer an den Ausflügen jedesmal zwei Tage zuvor der Ortspolizeibehörde mitzuteilen. In letzter Instanz entschied das Stellvertretende Generalkommando des VII Armeekorps in Münster am 31. Mai, daß dem Antrag Eichengrüns „wegen grundsätzlicher Bedenken" nicht stattgegeben werden könne[72].

Die Jüdische Arbeiterfürsorge händigte Identitätsausweise aus, die von den Zuwanderern zu unterschreiben waren. Unter den ungefähr 1000 Ein- und Durchwanderern, die in Duisburg diese Unterschrift leisten sollten, gab es nur 4% Analphabeten[73]. Das war ein niedrigerer Prozentsatz als derjenige der deutschen Auswanderer in die Vereinigten Staaten zum ungefähr gleichen Zeitpunkt; er betrug 5,4%[74]. Ein Fragebogen der Arbeiterfürsorgestelle, den man 118 Besuchern mit der Frage vorlegte: „In welche Schil hot ihr gelernt?" ergab folgendes Resultat: 38 der Befragten hatten die jüdisch-religiöse Elementarschule, den Cheder, 25 die polnische Volksschule, 6 ein Gymnasium und 9 hatten gar keine Schule besucht. Die restlichen 40 verteilten sich auf unterschiedliche staatliche und religiöse Volks-, Mittel-, Handels- und Privatschulen[75].

Die ostjüdische Arbeiterwanderung nach dem Krieg war eine Auswande-

rung unverheirateter junger Männer ohne Familie. Im Ruhrgebiet leisteten sie allgemein ungelernte Arbeit in Bauunternehmungen, Bergwerken und kriegswichtigen Hüttenbetrieben. Vereinzelt waren sie darüber hinaus in der chemischen Industrie tätig. Von anderen ausländischen Arbeitern unterschieden sie sich sehr wesentlich durch höhere Bildung, geistige Beweglichkeit und ein überaus starkes kulturelles Bedürfnis. Der entscheidende Unterschied aber lag in der Verschiedenheit der bisherigen Berufe der Auswanderer. Die Slawen und Italiener waren vorher Landarbeiter und an schwere körperliche Arbeit gewohnt, während die Ostjuden Handwerker und Händler waren, für die der Übergang zur Industriearbeit ein entsprechend schwieriger Prozeß war. Die Rahmenbedingungen ostjüdischen Lebens in Deutschland waren gekennzeichnet durch eine soziale Diskriminierung:

1. Sie waren bestimmt durch schwere, ungewohnte und daher verachtete Arbeit, durch rechtliche Unsicherheit und politische Sprachlosigkeit. Die Ostjuden fristeten eine Existenz als soziale Randgruppe.

2. Angst vor der Zukunft: Integration wurde in Deutschland politisch nicht vertreten; die Situation in der östlichen Heimat war politisch und wirtschaftlich unsicher, und die Reichsregierung verfolgte eine repressive Ausländerpolitik. Dazu kam die unter der deutschen Bevölkerung grassierende ausgeprägte Ausländerfeindlichkeit mit gezielt antisemitischer Stoßrichtung; Arbeitslosigkeit förderte diese Antipathien. Ostjuden waren in der deutschen Alltagswelt Vorurteilen und Diskriminierungen ausgesetzt; ihr Leben fand in der Isolation statt. Probleme stellten sich ein vor allem im Umgang mit Behörden, bei der Wohnungssuche, und wenn ärztliche Behandlung notwendig wurde.
Die Bekanntschaft mit den geistigen Strömungen des Ostjudentums, aber auch die ökonomische und politische Not dieser Arbeiter trugen zu einer Stärkung des jüdischen Bewußtseins vor allem bei der deutschen jüdischen Jugendbewegung bei. Die ostjüdischen Einwanderer gewannen im deutschen Zionismus großen Einfluß und verliehen ihm wesentliche Antriebskräfte. Leo Rosenblüth, führendes Mitglied des Kartells Jüdischer Verbindungen (KJV) beschrieb 1916 als Zionist seine Begegnung mit dem Ostjudentum so: „Wer das Leid in Polen gesehen, wer mit den Juden dort zusammen gelebt hat, sie hat arbeiten sehen, wer mit ihnen gesungen und mit ihnen gebetet hat, der wird sie nie vergessen, falls er auch nur eine Spur von Judentum in seinem Herzen trägt. Wer hat sich bei ihrem Anblick nicht vorgenommen und sich geschworen, ihrem Leid ein Ende zu machen, selbst Hand anzulegen an dem Kampf um ihre, d.h. unser aller Freiheit!" Und weiter sagte er: „Die Ostjudenfrage ist das Gewissen des Zionisten; des K.J.V.-ers, ist der Prüfstein seines Herzens"[76]. Ein anderer führender Zionist, Gerhard Holdheim, charakterisierte den Einfluß der Begegnung mit dem Ostjudentum auf das KJV folgendermaßen: „Die Erkenntnis, daß wir im Zionismus zu einer splendid isolation verur-

teilt wären, wenn sich der Zustand der geistigen Trennung vom Ostjudentum nicht überwinden ließe, daß eine nicht nur gedankliche, sondern auch tatsächliche Einreihung in die große, nach Palästina tendierende jüdische Bewegung Lebensnotwendigkeit für uns sei, bewirkte es, daß wir die Frage einer durchgreifenden Neugestaltung unseres Korporationslebens mit einer Ernsthaftigkeit, einer inneren Überzeugung erörtern wie nie zuvor"[77].

Die Tätigkeiten der ungelernten Arbeiter und ihr Aufstieg waren schließlich im Hinblick auf die Einwanderung und den Aufbau Palästinas von einer nicht zu unterschätzenden Bedeutung.

Manfred Lück

Juden in Bottrop 1840 - 1942

Kontinuierlich lassen sich Juden in Bottrop und Osterfeld (heute ein Stadtteil Oberhausens) seit etwa 1840 nachweisen. Auch vorher gab es am Ort kurzfristig und vereinzelt Juden. Aron Marcus zum Beispiel, von Beruf Metzger und Händler, wohnte mit seiner Frau Lisette Abraham seit 1808 in Kirchhellen (seit 1975 zu Bottrop gehörend); er verzog dann nach Recklinghausen. Jacob Wolf, aus der Rheinprovinz kommend, suchte 1830 beim Bottroper Bürgermeister Tourneau um Arbeitserlaubnis als Gehilfe eines Osterfelder Metzgers nach.

Die Juden, die in Bottrop-Osterfeld – bis 1891 ein gemeinsames Amt – ansässig waren, werden in den Quellen zunächst im Zusammenhang der Bemühungen greifbar, die auf die Begründung von Synagogengemeinden abzielten. Das Gesetz vom 23.Juli 1847 über die Verhältnisse der Juden in Preußen, das in seinem zweiten Teil die Kultus- und Unterrichtsangelegenheiten regelte, sah in § 35 die Gründung von Synagogengemeinden (Judenschaften) vor, zu denen die zum Teil weit verstreut in verschiedenen Ortschaften lebenden Juden vereinigt werden sollten.

Den ersten Schritt zur Errichtung von Synagogengemeinden im Kreis Recklinghausen unternahm die Königlich-Preußische Regierung zu Münster am 3. November 1847 durch Landrat Karl-Friedrich Devens, der damals seinen Wohn- und Amtssitz in Bottrop hatte. Zur Vorbereitung ihrer Entscheidung ließ die Regierung eine Erhebung darüber durchführen, wieviele jüdische Familien in den einzelnen Ortschaften des Kreises lebten und ob sie zu den Juden der Nachbargemeinden religiöse Verbindungen unterhielten. Ebenso sollten die Befragten erklären, welcher Synagogengemeinde sie angehören wollten oder ob ihnen die Selbständigkeit möglich sei.

Im Kreis Recklinghausen lebten 1847, auf dreizehn Ortschaften verteilt, etwa 200 Juden. Sie waren ein verschwindend geringer Bruchteil der Gesamtbevölkerung des Kreises, und auch innerhalb der einzelnen Ortschaften fielen sie zahlenmäßig nicht ins Gewicht. Die Zahl der jüdischen Eingesessenen in den Orten des Kreises war unterschiedlich groß. Recklinghausen und Dorsten beispielsweise hatten mit 45 bzw. 48 Personen wesentlich mehr jüdische Einwohner als etwa Gladbeck und Marl, wo nur jeweils eine Familie wohnte. Im Amt Bottrop lebten 1847 zwei jüdische Familien und ein alleinstehender Jude, insgesamt elf Personen.

Da es in Bottrop-Osterfeld keine Betstube gab, pflegten Simon Stock, von Beruf Metzger, und Isaak Rosenstein, Fabrikarbeiter, beide wohnhaft in Osterfeld, sowie der Händler Andreas Cahn aus Bottrop mit ihren Familien den Gottesdienst im nahen

Holten (heute ein Stadtteil Oberhausens) zu besuchen, bisweilen gingen sie auch nach Essen oder Mülheim. Ihr Wunsch war es, der Holtener jüdischen Gemeinde zugewiesen zu werden.

Dieser Bitte mußte Landrat Devens seine Zustimmung verweigern. Denn Orte, die in verschiedenen Landkreisen lagen – Holten gehörte zum Kreis Duisburg – sollten wegen konkurrierender Verwaltungszuständigkeiten keinen gemeinsamen Synagogenbezirk bilden. Weil seiner Meinung nach auch eine Zugehörigkeit zu Dorsten wegen der allzuweiten Entfernung nicht in Betracht kam, schlug Devens für die Bottrop-Osterfelder Juden die Selbständigkeit vor. Insgesamt empfahl er die Einrichtung von sechs Synagogenbezirken: 1. Stadt und Amt Recklinghausen sowie Marl; 2. Waltrop; 3. Datteln, Ahsen und Horneburg; 4. Dorsten und Gladbeck; 5. Lembeck, Wulfen und Erle; 6. Bottrop und Osterfeld. Karl Friedrich Devens hatte bei seinem Vorschlag, der einige Ungereimtheiten und Widersprüche enthielt, weitgehend die Wünsche der Betroffenen berücksichtigt, vor allem ihr Verlangen, daß nur in nachbarlicher Nähe wohnende Juden zu einer Kultusgemeinde vereint werden sollten. Nur so sei es möglich, gemeinsam den Gottesdienst zu feiern – die hierfür erforderlichen zehn Männer hätte man jedoch in Bottrop nicht zusammenbringen können –, für regelmäßigen Religionsunterricht der Kinder zu sorgen und einen gemeinsamen Friedhof zu unterhalten.

Für die Regierung in Münster spielte die Überlegung, daß bei der Abgrenzung von Synagogenbezirken der Gesichtspunkt der Praktikabilität religiöser Gemeinschaften zu beachten sei, keine Rolle. Gegenüber dem häufig vorgebrachten Argument, daß für weit auseinander Wohnende ein gemeinsamer Gottesdienst am Sabbat deshalb nicht möglich sei, weil das Ruhegebot für diesen Tag Juden auch das Zurücklegen eines weiten Weges verbiete, war sie uneinsichtig. Wie gemeinsame Religionsausübung möglich sei, sei eine rein interne Angelegenheit der Synagogengemeinden, die sie selbst zu regeln hätten. Der Zweck des Gesetzes vom 27.Juli 1847 stelle nicht darauf ab, sondern auf die Gründung von handlungs- und lebensfähigen Synagogengemeinden als Corporationen. In der Tat hatte der Plan von Landrat Devens in dieser Hinsicht zwei wichtige Faktoren nicht berücksichtigt. Das Gesetz schrieb verbindlich vor, daß die Zahl der Vorstandsmitglieder einer Gemeinde mindestens drei und die der Repräsentanten mindestens neun Personen betragen mußte. Dazu waren auch genügend Wahlberechtigte vonnöten, und ebenso hatte eine Gemeinde über genügend Steuerpflichtige zu verfügen, wenn sie finanziell lebensfähig sein wollte. Aus diesen Gründen mußten die Bemühungen darauf hinauslaufen, die verstreut lebenden Juden in wenigen größeren Gemeinden zusammenzufassen.

Deshalb ordnete die Regierung zu Münster am 12.April 1848 für den Kreis Recklinghausen trotz heftigen

Protests aus Datteln, Waltrop, Marl, Lembeck und Bottrop-Osterfeld die Bildung zweier Synagogenbezirke an. Die Synagogengemeinde Dorsten umfaßte die Stadt Dorsten sowie die Ämter Buer, Bottrop, Kirchhellen, Lembeck, Altschermbeck und Marl. Zur Synagogengemeinde Recklinghausen zählten die Stadt Recklinghausen und die Gemeinden Ahsen, Datteln, Herten, Waltrop und Horneburg.

Zu einer Wahl der Repräsentanten und Vorstände kam es vorerst nicht. Im Juni 1848 wurde der Konstituierungsprozeß für alle Synagogenverbände durch das Innenministerium in Berlin mit dem Hinweis gestoppt, daß die zwangsweise Vereinigung von Juden zu Synagogengemeinschaften zur Zeit nicht durchsetzbar sei. Erst fünf Jahre später, im Juli und August 1853, fanden im Synagogenbezirk Dorsten die Vorstands- und Repräsentantenwahlen statt. Die Statuten wurden am 10. April 1856 durch den Oberpräsidenten von Westfalen bestätigt. Dieser Tag darf als Gründungsdatum des Synagogenbezirks Dorsten angesehen werden. Was man in dem Gründungsprozeß zuwege gebracht hatte, war kein gelungenes Werk. Die in der Synagogengemeinde Dorsten zusammengefaßten Juden bildeten zwar rechtlich ein Einheit, eine dauerhafte und lebendige religiöse Gemeinschaft aber waren sie nicht. Was im Konstituierungsprozeß als Widerstand der verstreut im Niedervest lebenden Juden gegen eine Verbindung mit Dorsten begonnen hatte, setzte sich danach als separatistische Bestrebung fort.

Simon Stock war als einziger unter den neun Juden, die derzeit in Bottrop-Osterfeld wohnten, steuerpflichtig. Ihm gelang es 1865 mit Genehmigung der Regierung zu Münster, sich den Mülheimer Juden anzuschließen. Die Wahl zum stellvertretenden Vorstandsmitglied der Gemeinde Dorsten, die 1859 auf ihn gefallen war, hatte er strikt abgelehnt. Die jüdischen Einwohner Lembecks und Wulfens beantragten 1862 und auch später wiederholt ihre Ablösung von Dorsten. Isaak Lebenstein aus Lembeck verweigerte 1881 die Annahme seiner Wahl zum stellvertretenden Vorstandsmitglied mit dem Hinweis, er habe seit Jahren Rechte und Pflichten in der kleinen jüdischen Gemeinde Groß-Reken, die zu Borken gehörte, und dort wolle er auch bleiben.

Diese und andere Beispiele zeigen, daß die außerhalb Dorstens lebenden Juden ihre religiöse Gemeinschaft in der Nachbarschaft suchten und nach Selbständigkeit in kleinräumigen Einheiten strebten. Das war die Leitidee, welche die künftige Entwicklung des Synagogenbezirks Dorsten bestimmen sollte. Sie führte schließlich dazu, daß die Bindung an Dorsten 1910 wesentlich gelockert wurde und sich der Synagogenverband Dorsten 1932 auflöste. An seine Stelle traten fünf selbständige jüdische Gemeinden.

Aus der Zeit von 1870 bis 1900 liegen über die Juden in Bottrop und Osterfeld kaum Nachrichten vor. Wir wissen nur, daß seit 1895 eine stetige Zunahme einsetzte. Freilich waren sie

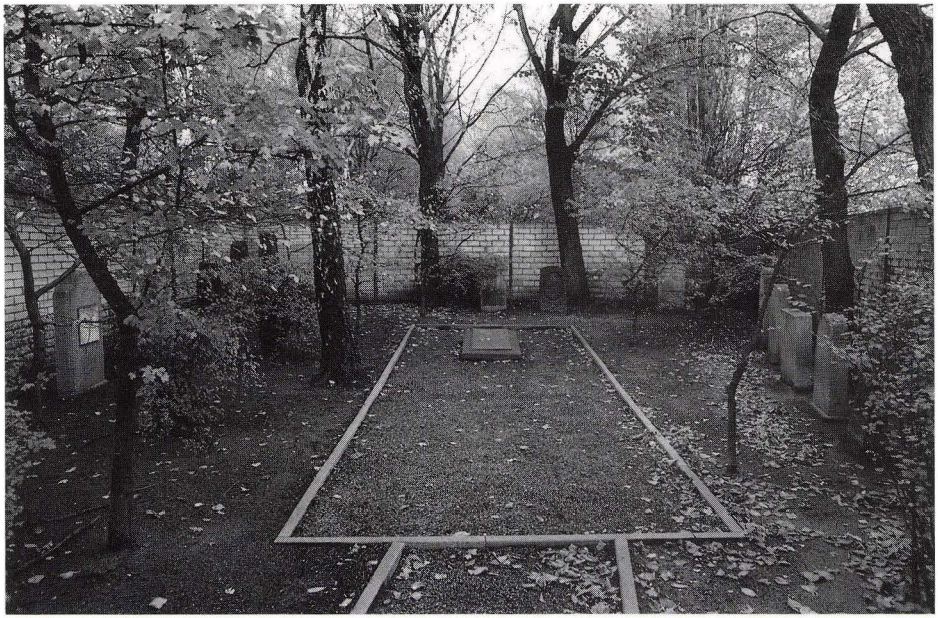
nur ein verschwindend geringer Teil der Menschenmassen, die damals nach Bottrop strömten, angezogen vom Bergbau, der sich in atemberaubendem Tempo entwickelte.

Zur Veranschaulichung der Entfaltung des Bergbaus in Bottrop einige Daten: Bei Förderbeginn auf Prosper II 1875 hatte Bottrop 5.700 Einwohner. Als 25 Jahre später die Rheinbaben-Schächte mit der Förderung begannen, lebten dort bereits 24.700 Menschen. Im Jahre 1907 – die Förderung auf Prosper III war angelaufen – hatte sich die Einwohnerzahl auf 38.000 erhöht. Sieben Jahre später – die Schachtanlage Vereinigte Welheim nahm nach 1914 die Förderung auf – war mit 68.700 Personen die Bevölkerung auf das nahezu Doppelte angewachsen.

Der Zuwachs der Juden in Bottrop sah so aus: 1890 lebten dort neun Juden, 1895:25, 1900:58, 1910:70; 1914 war die Zahl mit 146 Personen noch einmal auf gut das Zweifache gestiegen. Der Zuwachs in Osterfeld fiel geringer aus – 1900:4, 1905:14, 1910:20; 1914 lebten dort 26 Juden. – Aus der kleinen Schar, die während des 19.Jahrhunderts nur wenige Familien umfaßt hatte, war eine ansehnliche Kultusgemeinde geworden, die ihre eigenen Belange in die Hand nahm. So wurde auf dem Bottroper Westfriedhof 1901 ein jüdisches Gräberfeld angelegt. Seit 1903 erhielten die Kinder Religionsunterricht durch einen Wanderreligionslehrer, zunächst durch Lehrer Kamm aus Gemen, von 1904 an durch Lehrer Bär aus Buer. Der Religionsunterricht fand im Hause des Kaufmanns Hermann Breuer statt, der seit 1905 Mitglied des Vorstandes der Synagogengemeinde Dorsten war und bis zu seinem Tod 1916 diese Funktion behielt.

Der stete Zuwachs an Mitgliedern setzte die Kultusgemeinden von Bottrop-Osterfeld sowie von Buer und Gladbeck in den Stand, auf weitgehende Selbständigkeit von ihrer Muttergemeinde Dorsten zu pochen, zumal jede von ihnen wesentlich größer war als diese. Im Jahre 1910 lebten in Dorsten 31 Juden, in Gladbeck 90, in Buer 130 und in Bottrop-Osterfeld 96 Juden. Die Synagogengemeinde Dorsten erhielt 1910 ein neues Statut und wurde in eine Hauptgemeinde mit drei Untergemeinden gegliedert: 1. Dorsten (Hauptgemeinde), bestehend aus Dorsten, Kirchellen und den Gemeinden der Ämter Marl, Lembeck und Altschermbeck; 2. Buer, bestehend aus den Gemeinden Buer, Horst und Westerholt; 3. Gladbeck; 4. Bottrop, bestehend aus Bottrop und Osterfeld. Horst wurde 1920 zur fünften Untergemeinde.

Auch die finanziellen Lasten und Rechte der Untergemeinden wurden neu und so geregelt, daß die Konfliktpotentiale der Vergangenheit gemildert wurden. Gemeinsam hatten die Untergemeinden nur für die Kosten aufzukommen, die die Anstellung eines Wanderreligionslehrers und die Verwaltungsarbeiten für die Gesamtgemeinde mit sich brachten. Die Finanzen für die Kultusangelegenheiten, den Friedhof und andere Einrichtungen mußte jede Untergemein-



Der jüdische Friedhof in Bottrop heute

de für sich aufbringen. Das entsprach wohl einer längst geübten Praxis. Jeder Untergemeinde wurde für die Entscheidung und Verwaltung ihrer eigenen Angelegenheiten ein dreiköpfiger Vorstand zugebilligt. Der örtliche Vorstand bestand aus zwei Bottropern und einem Osterfelder.

Für eine Beteiligung der Untergemeinden an Entscheidungen, die die Gesamtgemeinde betrafen, wurde gesorgt. Die neunköpfige Repräsentantenversammlung der Gesamtgemeinde mußte mindestens je ein Mitglied aus Dorsten, Buer, Gladbeck, Bottrop, Osterfeld und Horst umfassen. Die Mitwirkung der Untergemeinden wurde 1920 verbessert. Von den auf elf erweiterten Repräsentanten hatte Osterfeld einen, die anderen Gemeinden je zwei zu stellen. Insgesamt elf Mitglieder der Bottroper Kultusgemeinde gehörten bis zur Auflösung des Synagogenverbands Dorsten der dortigen Repräsentantenversammlung an, einige von ihnen für längere Zeit. Berthold Jülich zum Beispiel war von 1911 bis 1927 Repräsentant, Naftali Kleinberger arbeitete von 1921 bis 1932 in diesem Gremium mit.

Die Leitung der Untergemeinde Bottrop-Osterfeld, die am 29. Oktober 1910 weitgehend selbständig geworden war, wurde am 11. April 1911 gewählt. In den Vorstand berief man die Kaufleute Hermann Breuer, Wilhelm Lewkowitz und Berthold Jülich, als Stellvertreter fungierten Walter Heymann und Karl Sommer.

Mit der aufsteigenden Entwicklung, die Bottrop – 1919 zur Stadt erhoben – durch den Bergbau nahm, hielt

auch der Zuzug von Juden an. Die Zahl von 145 jüdischen Bürgern 1914 wurde bis 1925 mit 209 Personen sichtlich größer. 1932 erreichte sie mit 225 Personen ihr Maximum. Die Hinzugekommenen brachten Veränderung und neues Leben in die Synagogengemeinde. Seit Beginn der zwanziger Jahre hatte man in der Tourneaustraße 11 (früher Helenenstraße) einen Raum angemietet, der als Betstube diente. Das große Gebäude wurde seinerzeit als Lager und Produktionsstätte von Drogeriewaren durch die Firma Weyreuther genutzt; ebenso betrieb auf dem Gelände die Firma Denzel die Fabrikation von Kunststeinen. Durch die Hinzunahme eines weiteren Raumes im selben Gebäude, der bislang der adventistischen Gemeinde Bottrops zur Verfügung stand, wurde 1928 der Betsaal erweitert. In dem 1928 auf drei Jahre abgeschlossenen Mietvertrag findet sich auch die Klausel, daß das Mietverhältnis vorzeitig erlischt, wenn die Gemeinde ein eigenes Bethaus baut oder ein Haus zu diesem Zweck kauft. Ob sich darin schon ein ernster Wille ankündigte, künftig eine eigene Synagoge zu besitzen oder ob es nur der Gedanke an eine vage Möglichkeit war, ist nicht zu entscheiden. Bis zur Pogromnacht vom 9. November 1939 hat er der Synagogengemeinde als religiöse Versammlungsstätte gedient, obwohl Bottroper Juden auch häufig die Synagogen in Buer und Essen besuchten.

Der Betsaal in der Tourneaustraße ist nicht erhalten. Heute ist in dem Gebäude eine Möbelfirma untergebracht.

Wie in anderen Gemeinden existierten auch in der Bottroper Synagogengemeinde Vereinigungen, die sich der Wohlfahrtspflege widmeten. Die Chewrah kadischah, etwa 1926 ins Leben gerufen, sorgte für Krankenpflege und Begräbnis. Der Armenunterstützung nahm sich eine Gruppe um den Schächter Marjan Sperling an; eine Frauenvereinigung versah andere Aufgaben der Nächstenliebe.

Nach der Pensionierung von Lehrer Bär führten die Lehrer Rotter, Teicher und Offenburg den Religionsunterricht fort, an dem zu Beginn der dreißiger Jahre etwa 40 Kinder teilnahmen. Zusätzlich erteilte Marjan Sperling 20 Kindern Talmud-Torah-Unterricht; ebenso wurden Kinder im Lesen des Hebräischen unterwiesen. In der Jugendarbeit, an der Herbert David wesentlichen Anteil hatte, kümmerte man sich um die Heranwachsenden.

Zwischen den aus Osteuropa zugewanderten und den deutschen Juden gab es Spannungen, deren Ausmaß und einzelne Themen aber nicht mehr aufzuklären sind. Die den Ostjuden zuzurechnende Gruppe war in der örtlichen Gemeinde relativ stark vertreten. Von den 225 Juden, die 1932 in Bottrop wohnten, waren 96 in osteuropäischen Ländern geboren, 72 von ihnen in Polen bzw. Galizien. Die Begrifflichkeit, mit der man sich wechselseitig charakterisierte – „Ausländer, Konservative mit fremdem, östlichen Ritus" einerseits, „Irreligiöse, Liberal-Religiöse, deutscher Jude" andererseits – deuten einige

Punkte der Divergenzen an. Ein tiefes Zerwürfnis zwischen den beiden Gruppen brachte der Versuch, den 1925 die Vorsteher der Dorstener Hauptgemeinde, unterstützt vom Bottroper Vorstand, unternahmen, indem sie bei der Regierung in Münster beantragten, ausländischen Juden das aktive und passive Wahlrecht in den Synagogengemeinden zu entziehen. Bei den Wahlen zum Vorstand der Bottrop-Osterfelder Gemeinde am 30.August 1929 wurden die seit 1919 amtierenden „Liberalen" Walter Heymann, Siegfried Meier und Berthold Jülich ersetzt durch Markus Dortort – dessen Nachfolger wurde 1933 Julius Dortort –, Wolf Lehrer und Josef Reder, den 1933 Naftali Kleinberger ablöste.

Unmittelbar nach der Wahl erschien der Vorstand aus Dorsten – Heymann war dort 1928 zum Vorstandsvorsitzenden gewählt worden –, um die frisch gewählten Vorstandsmitglieder zur Niederlegung ihrer Ämter zu bewegen mit dem Ziel, den alten Vorstand in Bottrop wieder in den Sattel zu heben. Natürlich lehnte man diese Zumutung ab. Die führenden Männer der Liberal-Religiösen und deren Anhänger traten daraufhin aus der örtlichen Synagogengemeinde aus. Dieser Verlust brachte auch finanzielle Einbußen, denn unter den Ausgetretenen waren gute Steuerzahler. Wegen nachträglicher Steuererhöhungen gab es zwischen der Bottroper Synagogengemeinde und denen, die sie verlassen hatten, Auseinandersetzungen, die auch die Dorstener erreichten. Dort hatte man wegen unerfüllter Steuerforderungen einen Pfändungsbeschluß gegen die Bottroper Gemeinde erwirkt, zog ihn aber im letzten Augenblick nach Vermittlungsbemühungen zurück.

In einem Auseinandersetzungsvertrag verständigten sich die fünf Synagogengemeinden, die im Synagogenverband Dorsten vereinigt waren, zur Auflösung dieses Verbandes mit Wirkung vom 1. April 1932. In den Vorständen saßen Personen, die rechnen konnten. Ihnen erschien, daß die Gelder, die sie bisher zu gemeinsamem Nutzen aufgebracht hatten, den eigenen Gemeinden künftig nicht mehr den Gewinn bringen würden, der ihnen in der Vergangenheit für einige Zeit zuteil geworden war. Die vier am Nordrand des industriellen Ruhrgebiets gelegenen Synagogengemeinden hatten sich kräftig entwickelt und waren imstande, ihre Belange jeder für sich in die eigene Hand zu nehmen. In der ländlichen Kleinstadt Dorsten schrumpfte die jüdische Gemeinde hingegen auf ein Minimum.

Der 1929 gewählte Vorstand der Untergemeinden blieb auch nach dem 1. April 1932 im Amt. Neu gewählt werden mußte eine Repräsentantenversammlung, die es ja in den Untergemeinden nicht gegeben hatte. Am 9.Juni 1933 wurden in Bottrop-Osterfeld zu Repräsentanten gewählt: 1. Julius Dortort, 2. Naftali Kleinberger, 3. Josef Krauthammer, 4. Jacob Grossberg, 5. Josef Reder, 6. Maier Reichenstein, 7. Moses Redisch, 8. Wolf Lehrer (Osterfeld), 9. Eisig Häusler (Osterfeld). Vertreter waren 1. Jacob Preker, 2. Heinrich

Lerner, 3. Markus Knoll und 4. Salomon Kainer (Osterfeld). Die Statuten der selbständigen Synagogengemeinde Bottrop-Osterfeld wurden am 9.März 1933 durch den kommissarischen Oberpräsidenten der Provinz Westfalen genehmigt, so daß mit diesem Zeitpunkt ihre volle Eigenständigkeit erreicht war.

Die Tragik war, daß Selbständigkeit und Selbstbestimmung, nach der sie zu streben begonnen hatte, seit aus den wenigen Familien eine kleine Gemeinde geworden war, ihr zu einer Zeit zuteil wurde, die ihr nicht mehr die Gelegenheit ließ, davon Gebrauch zu machen. Die bittere Wahrheit war, daß der Zeitpunkt, zu dem die Kultusgemeinde ihr über nahezu 30 Jahre verfolgtes Ziel erreicht hatte, zugleich der Zeitpunkt war, von dem an ihre Zerschlagung durch die Nazis ihren Anfang nahm.

Berufe und Geschäfte

Die meisten derer, die nach Bottrop kamen, als der Bergbau sich auszubreiten begann und zunehmend das Leben bestimmte, fanden auf den Zechen Brot und Arbeit. Bei den zugewanderten Juden stellte sich die Verteilung der Berufsgruppen anders dar. Gewiß wurden während des 1. Weltkrieges in größerer Zahl Juden aus dem Teil Osteuropas, den die deutschen Armeen besetzt hielt, zwangsverpflichtet, als Freiwillige angeworben oder als Kriegsgefangene nach Deutschland gebracht. Ebenso arbeiteten nicht wenige der nach Kriegsende aus Polen oder der UdSSR zugezogenen Juden im Bergbau. Oftmals war dies jedoch eine Übergangsphase. So verdienten 1925 in Bottrop von 202 jüdischen Berufstätigen – diese Zahl umfaßt sowohl die deutschen als auch die osteuropäischen Juden – nur 12 ihren Lebensunterhalt als Bergleute. Handwerkliche Berufe waren unter den Bottroper Juden ebenfalls gering verbreitet. Insgesamt 22 Personen zählten zu dieser Berufsgruppe. Darunter waren zwei Uhrmacher, drei Schneider, zwei Schuhmacher, sechs Metzger, drei Dekorateure und zwei Anstreicher.

Die weitaus größte Zahl der in Bottrop ansässigen Juden hatte Berufe, die im Handelssektor angesiedelt waren. Von 157 Beschäftigten, die kaufmännischen Berufen nachgingen, waren 87 Kaufleute, 3 Geschäftsführer, 27 Commis, 8 Reisende, 4 Händler, 2 Einkäufer, 20 Verkäufer, 3 Buchhalter und 4 Kassierer. Die restlichen 11 Personen hatten sehr unterschiedliche Berufe, u.a. als Zahntechniker, Eisenbahner, Rechtsanwalt, Ingenieur und Lehrer. – Ein Vergleich mit den 41 Angaben, die über die Osterfelder Juden vorliegen, zeigen eine sehr ähnliche Berufsverteilung. Eine Reihe von Kaufleuten war selbständig. Der erste Jude, der in Bottrop ein Geschäft eröffnete, war Ernst Lilienfeld. 1901 richtete er in der Hochstraße 7 ein Manufaktur- und Konfektionswarengeschäft ein, das nach seinem Tode 1909 an Julius Aronstein überging. Wilhelm Lewkowitz, seit 1904 in Bottrop, war Auktionator und verkaufte gemeinsam mit seinem Bruder Adolf

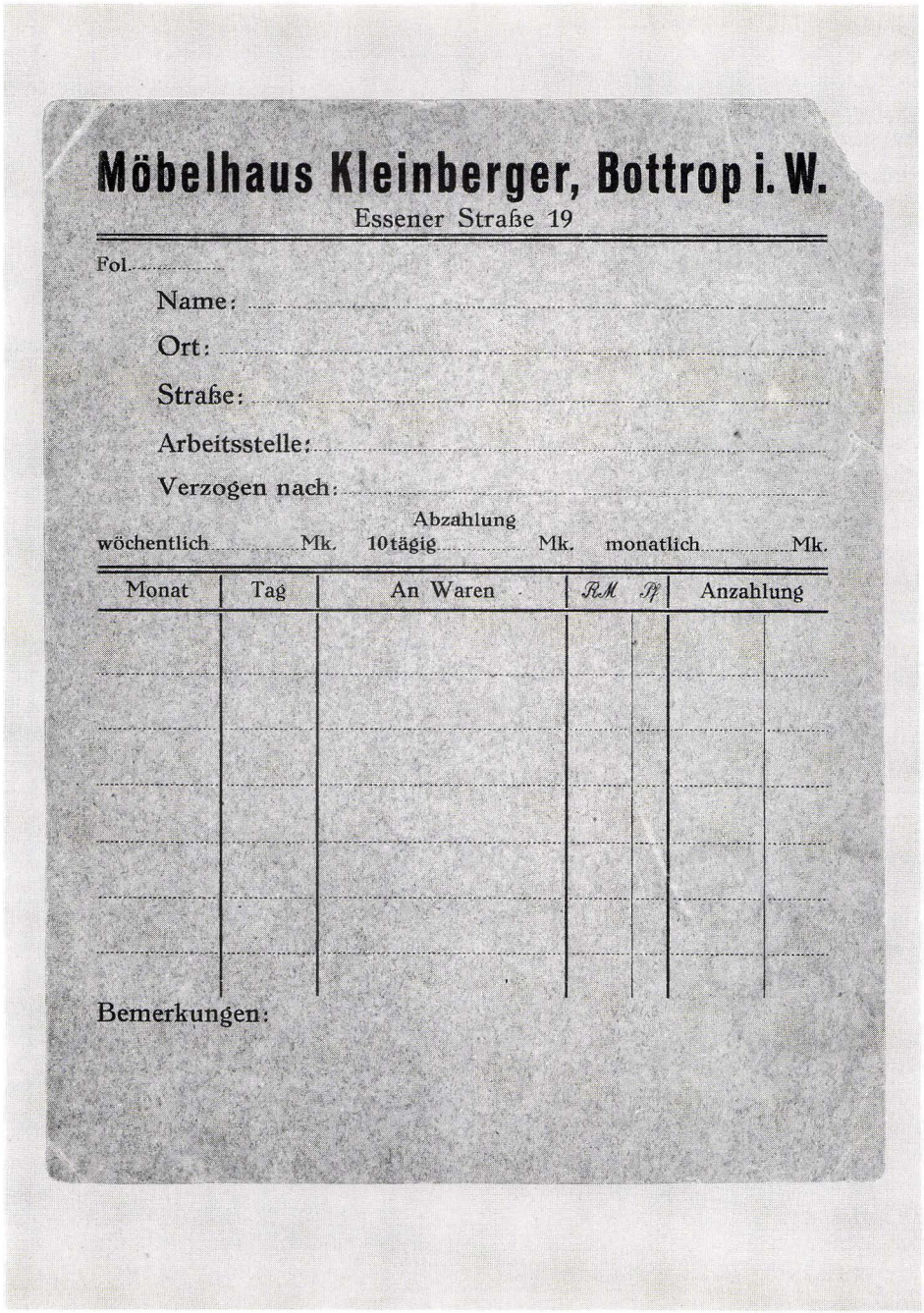
Immobilien und Versicherungen. Zu den frühen Gründungen gehörten auch die bekannten Geschäfte Hermann Breuer und Walter Heymann, die über 20 Jahre bestanden haben. Hermann Breuer betrieb im Hause Pferdemarkt seit etwa 1906 erfolgreich ein größeres Konfektions-, Woll- und Weißwarengeschäft. Nach seinem Tode wurde es durch seine Frau weitergeführt und 1931 aufgegeben, weil die Familie nach Essen verzog. Walter Heymann hatte – vermutlich seit 1908 – in der Hochstraße 17 ein gutgehendes modernes Kaufhaus – so die damalige Bezeichnung – mit gleichem Warensortiment wie Breuer, dazu Stoffe, Kurzwaren und Betten. Hinzu kam vor 1920 in unmittelbarer Nähe zum ersten ein zweites Breuersches Ladenlokal, das Damenkonfektion zum Verkauf anbot. Beide Geschäfte haben bis etwa 1930 existiert, danach war Heymann bis 1933 Geschäftsführer bei Althoff (Karstadt).

Die Textilbranche war in Bottrop schon frühzeitig ein Bereich, in dem Juden mehr als in anderen Feldern als Kaufleute tätig waren. So hatten 1911 sechs von elf Bottroper Konfektionsgeschäften jüdische Eigentümer. Ähnliches gilt für den Möbelhandel, an dem sich freilich erst nach 1920 jüdische Kaufleute zunehmend beteiligten. Zuvor hatten sie dies nur vereinzelt getan. Als erster hatte 1905 Itzig Lichtenstein ein Möbelwaren-Kredithaus in der Hochstraße 17 eröffnet.

Im Jahre 1919 gab es in Bottrop zwölf jüdisch geführte Geschäfte; vor dem 1. Weltkrieg waren es kaum weniger gewesen. Nach 1919 läßt sich ein deutlicher und rascher Anstieg von Geschäftsgründungen beobachten, der 1925 mit 31 Unternehmungen seinen Höhepunkt erreichte. Diese 31 Geschäfte verteilten sich auf die folgenden Branchen: Konfektions-, Manufaktur- und Weißwaren (20), Möbel (5), Uhren- und Goldwaren (1), Woll- und Kurzwarenartikel (2), Schuhe (2), Altwaren (2), Agenturen (1). Im Jahre 1928 erhöhte sich die Zahl der Möbelhäuser, deren Eigentümer Juden waren, auf 9; das war ein gutes Drittel aller damaligen Möbelhandlungen in Bottrop. Diese Veränderungen hingen damit zusammen, daß nicht wenige Geschäftsinhaber die Branche wechselten. Alexander Gladke beispielsweise handelte zunächst nur mit Konfektionswaren, ehe er 1920 zum Verkauf von Möbeln überging; Moses Redisch hatte vor seiner Zeit als Möbelhändler Altwaren, dann Schuhe und Bekleidung vertrieben.

Unter den wenigen jüdischen Lebensmittelkaufleuten besaß Josef Krauthammer das größte Geschäft. In der Prosperstraße 10 bzw. Essener Straße 19 hatte er ein Großhandelsunternehmen für Eier, Fette und Lebensmittel. Ein größeres Lebensmittelgeschäft befand sich im Haus Scharnhölzstraße 51; es gehörte Jacob Grossberg. Michael Podchlebnik war Grossist in Tabakwaren.

Die wirtschaftliche Lage der selbständigen Geschäftsleute ist uns in den Einzelheiten nicht bekannt. Wenn man den Schlüssel für die Kultussteu-



Möbelhaus Kleinberger, Bottrop i. W.

Essener Straße 19

Fol. .....

Name: .....

Ort: .....

Straße: .....

Arbeitsstelle: .....

Verzogen nach: .....

Abzahlung

wöchentlich ..... Mk. 10tägig ..... Mk. monatlich ..... Mk.

Monat	Tag	An Waren	RM	Pf	Anzahlung	

Bemerkungen:

Eine Kundenkarte für Käufer auf Abzahlung

er des Jahres 1933, der sicher auf den Daten des Vorjahres beruht, als Index nimmt, kann man für 1932/33 die Geschäfte untereinander grob einstufen. Von den kleinen Einzelhandelsgeschäften, die etwa 75 Prozent ausmachten, hatten zwei Drittel ein Einkommen, das für ein Leben mit durchschnittlichen Ansprüchen gereicht haben dürfte, während das restliche Drittel sich durch Sparsamkeit mehr schlecht als recht durchbrachte. Die größeren Geschäfte waren wirtschaftlich vergleichsweise gut gestellt, obwohl es auch unter ihnen ein merkliches Gefälle gab. Zwei Geschäftsleute hatten Grundbesitz für den Eigenbedarf. Die Gebrüder Dortort, Jakob Grossberg, Naftali Kleinberger, Josef Krauthammer, Michael Podchlebnik und Meyer Reichenstein waren angesehene und tüchtige Geschäftsleute.

Verfolgung und Deportation

Die Herrschaft der Nationalsozialisten bedeutete für die Juden, daß die Entwicklung, die ihr Leben bisher genommen hatte, ein jähes Ende fand. Es brach die Zeit an, in der sie verfolgt, rechtlos, enteignet, deportiert und ermordet wurden.

Kurz nach der Machtübernahme setzte die Judenverfolgung der Nazis in Deutschland ein. Die Boykottmaßnahme vom 1. April 1933 bildete den allgemein sichtbaren Anfang der Unterdrückung und Rechtlosigkeit. Nicht, daß man die Juden bis dahin unbehelligt gelassen hätte: Für den Februar/März 1933 gibt es zahlreiche Zeugnisse, daß lokal begrenzt – vornehmlich im Ruhrgebiet – SA und SS massiv gegen jüdische Gewerbetreibende oder Kaufleute vorgegangen sind, zum Teil mit der Brutalität, die dann auch beim Pogrom im November 1938 Platz griff.

Am 8. März 1933 kam es in Bottrop erstmalig zu einer erzwungenen Schließung von jüdischen Geschäften in der Innenstadt. Am Spätnachmittag drangen SA-Leute in die Ladenlokale und versperrten die Eingangstüren. Auf dem Warenhaus Althoff wurde die Hakenkreuzfahne gehißt. Draußen stellte man SA-Posten auf. Die Nazis erklärten diese gezielte Gewaltanwendung zur „Spontanhandlung" und die Machtdemonstration der SA-Wachen zur „Schutzmaßnahme gegen mögliche Ausschreitungen". Zwei Tage später kam es zu einem weiteren Übergriff. In SS-Uniform gekleidete Nationalsozialisten erschienen im „Möbelhaus am Markt" (Gladke) und holten aus den oberen Verkaufsräumen ein Schlafzimmer mit der Begründung heraus, ein früherer Kunde habe Anspruch darauf und man sei ihm nur beim Abholen behilflich. – Noch berichteten die Bottroper Zeitungen von einer allgemeinen Empörung in der Bevölkerung, später hören wir davon nichts mehr.

Der Boykott vom 1. April 1933 wurde im gesamten Reichsgebiet durchgeführt. In Bottrop hatte man aber den 1. April nicht abgewartet, sondern bereits am 29. März losgelegt. Am Morgen stellten SA- und SS-Männer sich als Posten vor allen jüdischen Ein-

zelhandelsgeschäften auf, ebenso vor dem Warenhaus Althoff und einem EPA-Geschäft (früher Heymann). Die Nazis beschränkten sich auf Schmierereien und Psychoterror, den sie unter den Juden verbreiteten. Passanten, besonders Frauen, wurden nachdrücklich gewarnt, in jüdischen Geschäften einzukaufen. Käufer suchte man mit Drohungen einzuschüchtern und am Betreten der Ladenlokale zu hindern.

Am Nachmittag zog ein von der Partei organisierter Demonstrationszug gegen die Juden durch die Stadt. In ihm wurden jüdische Geschäftsleute mitgeführt, die Plakate tragen mußten, auf denen zu lesen stand: „Kauft nicht bei Juden!" Um die Angst, die diese Aktion unter den Juden ausgelöst hatte, zu steigern, wurden mehrere von ihnen in „Schutzhaft" genommen. Wieviele betroffen waren, wissen wir nicht.

Zwischen dem Boykott vom April 1933 und der Pogromnacht vom November 1938 erließ die Reichsregierung eine wahre Flut von Gesetzen, Verordnungen und Erlassen gegen die Juden. Das „Gesetz über Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit" vom 14. Juli 1933 etwa zielte besonders auf die Ostjuden. Alle zwischen dem 9. November 1918 und dem 30.Januar 1933 vorgenommenen Einbürgerungen konnten als unerwünscht widerrufen werden. In Bottrop sind im Oktober und November 1933 die Familien Julius Dortort, Naftali Kleinberger, Josef Krauthammer und Meyer Reichenstein ausgebürgert und zu Staatenlosen geworden.

Das „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre", eines der „Nürnberger Gesetze" vom 15.September 1935, verbot u.a. die Eheschließung sowie sexuelle Beziehungen zwischen „Ariern" und Juden. Ebenso untersagte es den Juden, nichtjüdische weibliche Hausangestellte unter 45 Jahren zu beschäftigen. Welches Ausmaß die darin angelegte infame und entwürdigende Unterstellung annehmen konnte, mußte der Bottroper Kaufmann August Meyer erfahren. Der 62jährige Mann hatte ein schweres Gichtleiden und war seit Jahren bettlägerig; seine Frau war nach fünf schweren Operationen ebenfalls auf Hilfe angewiesen. Meyer bat deshalb um die Weiterbeschäftigung einer 22jährigen Hausangestellten, die die beiden Kranken bisher gut gepflegt hatte, weshalb man nicht wechseln wollte. Man bescheinigte ihm sittliche Untadeligkeit, entsprach aber seiner Bitte nicht, weil eine „Gefährdung deutschen Blutes" nicht völlig auszuschließen sei.

Unter dem Druck des hereinbrechenden Naziterrors verließen bereits 1933 67 von den insgesamt 225 Juden, die 1932 in Bottrop gelebt hatten, die Stadt. Das setzte sich in den folgenden fünf Jahren fort, so daß Bottrop Anfang Oktober 1938 nur noch 102 jüdische Einwohner hatte. Die stetige Verringerung erklärt sich nicht nur aus dem Fortzug in andere Gemeinden des Inlandes, sondern auch durch die Emigration. Zwischen

1934 und 1938 wanderten 68 Bottroper Juden aus, 15 von ihnen nach Palästina, 10 nach Begien, 10 in die Niederlande, 6 nach Polen, je 5 in die USA und in die Tschechoslowakei, 4 nach Frankreich und 3 nach Südamerika, die übrigen 10 in noch andere Länder.

Ein entsetzlicher Schlag traf die Bottroper Juden am 28. Oktober 1938. In einer Blitzaktion wurden alle Juden polnischer Staatsangehörigkeit verhaftet. Man entzog ihnen die Aufenthaltsgenehmigung und verbrachte sie in einem Sammeltransport nach Polen bzw. in das an der dortigen Grenze errichtete Lager Bentschen/Zbaszyn. Deportiert wurden 23 Familien mit insgesamt 55 Personen, 21 von ihnen waren Kinder. Das Lager Bentschen löste man im Oktober 1939 auf, die Inhaftierten wurden in das inzwischen deutsch besetzte Polen, das „Generalgouvernement", abtransportiert. Das Schicksal der Juden aus Bottrop ist uns größtenteils unbekannt. Von Adam Reder und seiner Frau Toda wissen wir, daß sie im KZ Krakau-Plaszow waren; Isaak Scheiner ist als Häftling des Vernichtungslagers Majdanek nachgewiesen. Viktor Wigdorowitz ist in Warschau verschollen, Jacob Frochtewajg im Zwangsarbeitslager Klattendorf (Schlesien).

Den Anlaß zu den Massenverhaftungen des 27. und 28. Oktober 1938 und der Deportation von über 15.000 des längeren in Deutschland lebenden Juden polnischer Nationalität bot eine Verordnung der polnischen Regierung vom 15. Oktober 1938. Sie sah vor, daß vom 31. Oktober 1938 an die Einreise nur denjenigen polnischen Staatsbürgern zu gestatten sei, deren Pässe einen konsularischen Prüfungsvermerk trugen. Dieser Vermerk aber sollte denen verweigert werden, die unter das „Gesetz über den Entzug der Staatsbürgerschaft" fielen, das die polnische Regierung am 31. März 1938 erlassen hatte. Dieses Gesetz gestattete es, allen im Ausland lebenden Juden, die sich dort länger als fünf Jahre aufgehalten und die Verbindung zu Polen verloren hatten, die Staatsbürgerschaft zu entziehen. – Um die kurze Frist für ihre Zwecke zu nutzen, führten die Nazis jene Eildeportation durch.

Kaum zwei Wochen später mußten die Juden, welche von diesen Gestapo-Aktionen nicht betroffen waren, die Schrecknisse der Pogromnacht vom 9. auf den 10. November über sich ergehen lassen. Die Gewalthandlungen der Nationalsozialisten richteten sich in Bottrop gegen jüdische Geschäfte, Wohnungen von Juden, den Betsaal der jüdischen Gemeinde und auch gegen die jüdischen Einwohner der Stadt. Die Nazis schlugen mit voller Brutalität zu. Eine Horde von SA-Männern zertrümmerte etwa die Schaufensteranlage des Möbelhauses Naftali Kleinberger, Hans-Sachs-Platz 7 (heute Pferdemarkt). Möbel und Ladeneinrichtung wurden zerschlagen und auf die Straße geworfen, Geschäftspapiere vor dem Haus verbrannt. Über den Geschäftsräumen lag die Wohnung der Familie Kleinberger. Die Zimmer wurden verwüstet, Einrichtungsgegen-

stände durch die Fenster auf die Straße geworfen. Zwei SA-Leute zerrten die 15-jährige Jenny Kleinberger aus der Wohnung und schleppten sie durch die Straßen. Einer von ihnen schlug mit dem Gummiknüppel auf das Mädchen ein, das barfuß und nur mit einem Nachthemd bekleidet war. Naftali Kleinberger und seine Frau wurden auf das Schwerste mißhandelt und inhaftiert.

Mit der gleichen Rohheit ging man gegen andere vor. Josef Krauthammer, der einen Lebensmittelgroßhandel auf der Prosperstraße betrieb, wurde von einer SA-Meute, die in sein Geschäft eingedrungen war, durch die Fensterscheiben auf die Straße geworfen. Die Geschäftsräume wurden völlig demoliert, Waren wurden ins Freie geschleudert. Man inhaftierte Josef Krauthammer mit der gesamten Familie.

Insgesamt zerstörten die Nazis in Bottrop während der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 neun Geschäfte. Es waren dies die Möbelgeschäfte Meyer Reichenstein & Reinharz, Gladbecker Straße 14, Naftali Kleinberger, Hans-Sachs-Platz 7, Julius Dortort, Horster Straße 6, Alfred Cohn, Essener Straße 19 sowie Moses Redisch, Schützenstraße 23. Dazu das Tuchgeschäft Isaak Scheiner, Essener Straße 20, die Lebensmittelgroßhandlung Josef Krauthammer, Prosperstraße 21 sowie das Herren- und Knabenbekleidungsgeschäft August Meyer, Gladbecker Straße 334. SA-Leute sperrten zudem den Eingang des Kaufhauses Althoff ab und räumten die Etagen von Kunden.

In Wohnungen, die am damaligen Hans-Sachs-Platz lagen, drang die SA ebenfalls ein. Der in der Tourneaustraße 11 gemietete Bet- und Unterrichtssaal der jüdischen Gemeinde fiel der Zerstörungswut der Nazis zum Opfer. Insgesamt wurden in der Pogromnacht in Bottrop 35 Personen inhaftiert, unter ihnen 17 Kinder. Vier der Festgenommenen hielt man für längere Zeit in „Schutzhaft". Naftali Kleinberger sandte aus der Haft einen Hilferuf an seine bereits nach Palästina emigrierten Söhne, die ihm und seiner Frau Syma eine Einwanderungserlaubnis verschafften. Im Februar 1939 konnten sie Deutschland verlassen. Ihrer Tochter Jenny gelang es, getrennt von den Eltern, auf anderem Wege Palästina zu erreichen.

Unmittelbar nach der Pogromnacht, am 12. November 1938, wurde die „Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben" erlassen, die Juden vom 1.Januar 1939 an unter anderem den Betrieb von Einzelhandelsgeschäften und Handwerksbetrieben verbot. Sie bedeutete für viele das wirtschaftliche Aus. Die ökonomische Lage der Bottroper Juden war, wie eine Liste von Oktober 1939 belegt, niederdrückend. Hohe Außenstände der Kaufleute zeigen, daß Kunden, die wie üblich mittels Ratenzahlung gekauft hatten, ihre Restschulden nicht zahlten.

Die Schreckensherrschaft der Nationalsozialisten und der Terror der Pogromnacht veranlaßten die Bottroper Juden aus dem Lande zu fliehen oder zumindest in anderen Orten Zu-

flucht zu suchen. Von den 47 Personen, die nach der Deportation des 28. Oktober 1938 noch in Bottrop verblieben waren, verließen bis Ende 1941 38 die Stadt. 11 von ihnen konnten – bis zum Herbst 1941 – emigrieren. Alfred Cohn und seine Frau, die in die USA auswandern wollten und den Reisepaß bereits in Händen hatten, zogen dann doch noch nach Essen, von wo sie mit ihren Kindern am 10. November 1941 nach Minsk deportiert wurden. Erich Humberg und seine Frau Lotte verbrachte man von Köln aus am 25. Oktober 1941 in das Ghetto Litzmannstadt.

Der 24. Januar 1942 brachte das Ende. Die restlichen neun bis dahin in Bottrop verbliebenen Juden wurden deportiert. Julius Dortort und seine Tochter Martha, Josef Krauthammer, seine Frau Auguste sowie ihre Söhne Eduard, Joachim, Paul und Heinz sowie Jakob Skurnik waren vermutlich in dem Transport, der am 24./25. Januar 1942 nach Riga ging. Julius Dortort ist am 18. Januar 1945 in Dachau gestorben, Martha im KZ Stutthof (Danzig) verschollen. Heinz Krauthammer, Adolf Krauthammers Sohn, ist im KZ Buchenwald verschollen. Das Schicksal der anderen ist unbekannt.

Mit der Deportation am 24. Januar 1942 hatte die etwa 100jährige Geschichte der Bottroper Juden und der Synagogengemeinde Bottrop-Osterfeld ihr Ende gefunden. Der kleine jüdische Friedhof in Bottrop ist eine Spur, die auf ihre Existenz verweist.

(Dieser Aufsatz ist eine Vorstudie zu einer umfangreichen Monographie über die Geschichte der Bottroper Juden, die 1990/1991 erscheinen wird.)

Anhang

Nicht über alle Personen und Familien, deren Namenszüge in den Büchern des Bottroper Fundes vorkommen, können wir biographische Angaben machen. Möglich ist uns dies jedoch für Josef Beermann und seine Familie, für Isaak Blau, für Beate Humberg, geborene Rosenthal und ihre Familie, für die Familie Julius Dortort – seine Frau Chaja war eine geborene Rosenmann – und die Familie seines Bruders Markus Dortort, schließlich für die Familien Adolf und Josef Krauthammer, dessen Frau eine geborene Rosenfeld war.

Beermann, Josef (Judel), geb. am 27. Mai 1897 in Wilna. Seit dem 27. Juli 1919 in Bottrop. Wohnte dort in der Scharnhölzstraße 42, 51 I, 44 sowie zuletzt in der Gladbecker Straße 14 im Hause der jüdischen Familie Reichenstein. Mit seiner Frau und und den Söhnen Jakob und Max wurde er am 27. 10. 1938 nach Polen deportiert.

Josef Beermann war Arbeiter, später Reisender und Kaufmann.

Beermann, Seja, genannt Laura, geborene Erdstein (verwitwete Hirsch), geb. am 4. Februar 1886 in Kalusch (Kalusz)/Österreich. In erster Ehe verheiratet mit Moses Hirsch, genannte Hartmann. Mit ihm hatte sie drei Kinder.

Beermann, Jakob Oskar, geb. am 6. Juni 1925 in Bottrop.

Beermann, Max Meier, geb. am 9. April 1930 in Bottrop.

Hirsch, Leo (Litmann), geb. am 26. Mai 1911 in Bottrop. Von Beruf Verkäufer. Er ging gemeinsam mit seinen beiden Schwestern Netty und Ida am 30. Oktober 1933 nach Dänemark, vermutlich nach Kopenhagen.

Hirsch, Netty (Meta), geb. am 21. April 1913 in Bottrop. Von Beruf Verkäuferin. Aus Kopenhagen kehrte sie am 16. 8. 1934 nach Bottrop zurück. Kurz darauf, am 28. September 1934, emigrierte sie nach Palästina. Sie ist verheiratet (Netty Korber) und lebt heute in Haifa.

Hirsch, Ida, geb. am 28. Juli 1915 in Bottrop. Rückkehr aus Kopenhagen nach Bottrop am 18. Oktober 1934. Auswanderung nach Palästina am 19. Dezember 1934.

Blau, Isaak, um 1919 – 1925 in Bottrop. Besaß in der Essener Straße 78 ein Konfektionsgeschäft.

Dortort, Julius, geb. am 21. Juli 1891 in Zydaczow/Galizien (Österreich-Ungarn). Seit dem 9. Januar 1922 in Bottrop. Er wohnte zunächst Waldhausenstraße 3 a, dann Kirchhellener Straße 46. Von Beruf Kaufmann eröffnete er gemeinsam mit seinem Bruder Markus ein Konfektionsgeschäft in der Neustraße 16. Später verlegte er das Geschäft in die Horster Straße 6 a und erweiterte es um den Handel mit Möbeln. Nachdem sein Bruder 1933 Deutschland verlassen hatte, führte Julius Dortort das Geschäft als reine Möbelhandlung weiter. Seit 1933 war Julius Dortort Repräsentant bzw. Vorstandsmitglied der Synagogengemeinde Bottrop-Osterfeld.

Durch den Widerruf der Einbürgerung, die am 9. Juni 1932 erfolgt war, wurden die Dortorts am 3. November 1933 zu Staatenlosen erklärt. In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 verwüsteten die Nazis das Ladenlokal, mißhandelten die Familie und inhaftierten sie. Julius Dortort wurde am 24. Januar 1942 deportiert und starb am 18. Januar 1945 im KZ Dachau.

Dortort, Chaja (Klara), geborene Rosenmann, geb. am 7. April 1892 in Zydaczow oder Perehinsko (Galizien)

Dortort, Martha, geb. am 30. Oktober 1922 in Bottrop. Wie ihr Vater am 24.Januar 1942 deportiert. Verschollen im KZ Stutthof.

Dortort, Emil, geb. am 7. März 1924 in Bottrop. Am 10. Februar 1939 nach Belgien emigriert. Verschollen in Majdanek/Lublin.

Dortort, Josef, geb. am 27. Mai 1928 in Bottrop. Am 10. Februar 1939 nach Belgien emigriert.

Dortort (Ehrlich, genannt Dortort), Schulim Markus, geb. am 28. Februar 1883 in Zydaczow/Galizien Österreich/Ungarn). Seit 1913 in Deutschland. Zog im gleichen Jahr von Hamborn nach Bottrop, Essener Straße 26. Spätere Wohnungen: Scharnhölzstraße 40 a, Neustraße 16 und Neustraße 6 a. Zunächst als Reisender tätig; später trat er in das Geschäft seines Bruders Julius ein. Im 1. Weltkrieg Soldat vom 4. August 1914 bis zum 18. Juni 1919.

Von 1929 an gehörte Markus Dortort zum Vorstand der Synagogengemeinde Bottrop-Osterfeld. Er war zudem Vorsitzender der örtlichen, 1927 gegründeten Chewrah kadischah, der die Krankenpflege und die Beerdigungen in der jüdischen Gemeinde oblagen.

Markus Dortort verließ Deutschland am 1. Mai 1933 und zog nach Heerlen/Niederlande.

Dortort, Dina, geborene Grimmer, geb. am 6. März 1878 in Perehinsko/Galizien (Österreich-Ungarn). Von dort mit ihrer Familie am 14. Oktober 1913 nach Bottrop zu ihrem Ehemann gezogen. Dina Dortort soll am 15. Juni 1933 mit ihren Kindern in die Niederlande emigriert sein.

Dortort, Adolf (Abraham Jakob), geb. am 17. Februar oder 15.März 1908 in Perehinsko/Galizien (Österreich-Ungarn).

Dortort, Frieda, geb. am 15. August 1912 in Perehinsko/Galizien (Österreich-Ungarn). Sie lebt heute – verheiratet als Frieda Kubrik – in Haifa.

Dortort, Leo, geb. am 13. September 1914 in Bottrop.

Humberg, Beate, geborene Rosenthal, geb. am 5. Dezember 1889 in Vreden, Kreis Ahaus. Von dort zog sie am 14. Januar 1913 zu ihrem Ehemann Levi Humberg nach Bottrop. In Bottrop am 21. November 1939 gestorben.

Humberg, Levi, geboren am 14. Juli 1887 in Klein-Reken, Kreis Borken. Von dort zog er am 10. Februar 1911 nach Bottrop, Essener Straße 52, später Bogenstraße 5 a. Seit dem 1. Juli 1913 lebte die Familie Humberg in Gladbeck. Rückkehr nach Bottrop am 24. Juni 1920. Wohnungen: Kaiserstraße 50, Am Eickholtshof 18, Hans-Sachs-Platz 2 und seit dem 11. November 1940 Kirchhellener Straße 46.

Von dort verzog Levi Humberg etwa im September/Oktober 1941 nach Wuppertal, wo seine (zweite) Frau Else wohnte. Seine erste Frau

Beate war 1939 gestorben. Aus der Wuppertaler Wohnung, Tannenbergstraße 12, einem „Judenhaus", wurden beide und die Kinder Marga und Werner am 11. November 1941 nach Minsk deportiert.

Levi Humberg war zunächst Metzger, dann trat er in den Dienst der Reichsbahn und war Eisenbahnobersekretär.1934 wurde er zwangspensioniert.

Humberg, Else, geborene Weil, geb. am 28. November 1903 in Alsdorf. Heirat mit Levi Humberg am 3. September 1941.

Humberg, Hans, geb. am 2. November 1913 in Gladbeck. Ging am 23. April 1933 nach Hamburg.

Humberg, Kurt, geb. am 28. Februar 1915 in Gladbeck. Von Beruf Kaufmann, hielt er sich wahrscheinlich aus beruflichen Gründen zwischen 1932 und 1935 in Norddeutschland auf. Emigration nach Palästina. Im September 1937 scheint er kurzfristig aus Natania/Palästina nach Bottrop zurückgekehrt zu sein. Knapp zwei Monate später kehrte er nach Natania zurück.

Humberg, Erich, geb. am 11. Juni 1918 in Vreden, Kreis Ahaus. Ausgebildet als Schreiner. Verließ am 31. Mai 1935 Bottrop zunächst nach Köln. Anfang Juni 1941 kehrte er aus Polenzwerder bei Eberswalde in die elterliche Wohnung zurück. Heirat am 17. Juli 1941. Seine Frau, Lotte Humberg, geborene Levy, geboren am 21. Dezember 1921 in Gerolstein, lebte zuvor in Essen. Beide fanden im Haus Essener Straße 17 (Josef Krauthammer) eine Unterkunft. Etwa drei Monate nach der Hochzeit, am 22. Oktober 1941, wurden sie von Köln aus mit den Angehörigen der Frau in das Ghetto Litzmannstadt deportiert. Erich und Lotte Humberg sind dort verschollen.

Humberg, Rolf, geb. am 16. Juli 1920 in Bottrop. Nach einer Malerlehre war er vom März 1937 bis zum Januar 1939 in Köln, Sennfeld in Baden und Stuttgart. Am 27. Februar 1939 emigrierte er über Bottrop nach Großbritannien. Lebt heute in Haifa.

Humberg, Marga, geb. am 28. Februar 1922 in Bottrop. Arbeitete als Hausangestellte von Dezember 1937 bis Februar 1939 in Sinzig. Danach war sie im Haushalt der Familie Josef Krauthammer tätig. Am 11. November 1939 nach Dänemark. Vor ihrer Deportation nach Minsk lebte sie in Wuppertal bei ihrer Familie.

Humberg, Ruth, geb. am 20. August 1923 in Bottrop, am 11. November 1939 nach Dänemark.

Humberg, Günther, geb. am 10. Juni 1926 in Bottrop. Verstorben am 6. Juli 1940 in Bottrop (?).

Humberg, Werner, geb. am 25. Oktober 1929 in Bottrop. 1939 nach Köln. 1941 mit Levi und Else Humberg nach Minsk deportiert.

Krauthammer, Adolf Abraham, geb. am 18. Juli 1883 in Niezniow,Kreis Thumacz. Aus Velbert am 30. August 1913 nach Bottrop, Essener Straße 1, zugezogen. Spätere Wohnungen: Feldstraße 2, Essener Straße 5, Bergstraße 1, (später: Franz Große-Beck-Straße 1). Von Beruf Kaufmann. Betrieb seit etwa 1925 zunächst gemeinsam mit Osias Häusler eine Möbelhandlung in der Hochstraße 3. Sein späteres Möbelgeschäft befand sich in der Essener Straße 5.

Adolf Krauthammer war von 1919 bis 1932 stellvertretendes Mitglied des Vorstandes der Synagogenuntergemeinde Bottrop.

Durch Widerruf der Einbürgerung wurden er und seine Familie am 1. Juni 1934 bzw. 19. Juni 1934 zu Staatenlosen erklärt. In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 inhaftiert.

Am 13. Januar 1941 in Bottrop (?) verstorben.

Josef Salomon Krauthammer und Max Krauthammer (geb. 1906) waren seine Brüder.

Krauthammer, Cipa Malka, geborene Diner, geb. am 8. April 1885 in Pszywoscie/Galizien (Österreich-Ungarn). Am 2. November 1939 in eine Heilanstalt in Münster eingewiesen. Seitdem keine Nachricht.

Krauthammer, Max, geb. am 13. Juni 1910 in Velbert. Von Beruf Verkäufer. Ging am 1. Januar 1934 nach Frankfurt am Main.

Krauthammer, Walter, geb. am 28. Januar in Velbert. Von Beruf kaufmännischer Angestellter. Er wohnte und arbeitete 1934/35 bei Samuel Karp, Prosperstraße 87, und bei Naftali Kleinberger, Hans-Sachs-Platz 7. Am 15. April 1936 nach Spreenhagen (Brandenburg),

Gut Winkel (Landwirtschaftliche Ausbildungsstätte zur Vorbereitung der Emigration nach Palästina). Danach Emigration.

Krauthammer, Leo, geb. am 18. Januar 1915 in Bottrop. Dort am 1. April 1915 gestorben und auf dem örtlichen jüdischen Friedhof beerdigt.

Krauthammer, Heinz, geb. am 11. September 1925 in Bottrop. Hielt sich vom 22. April 1938 bis zum 4. Juni 1940 in Köln, Lützowstraße 35 (Israelitisches Kinderheim), bzw. in Spreenhagen auf. In der Pogromnacht 1938 inhaftiert. Lebte nach dem Tod seines Vaters vom 14. Februar 1941 an in der Familie seines Onkels Josef Krauthammer, Essener Straße 17. Am 16. Februar 1942 deportiert. Verschollen in Buchenwald. Am 16. Februar 1961 durch das Amtsgericht Bottrop für tot erklärt.

Krauthammer, Josef Salomon, geb. am 8. März 1897 in Antonowska, Kreis Thumacz. Seit etwa 1924 in Bottrop. Dort wohnte er zunächst in der Neustraße 5, danach Neustraße 6 a, Prosperstraße 21 und Essener Straße 17. Kaufmann. Führte anfänglich eine Agentur in der Essener Straße 13. Danach hatte er ein Eier-, Fettwaren- und Lebensmittelgroßhandelsgeschäft in der Prosperstraße 10 bzw. Essener Straße 19. Von 1931 an war Josef Krauthammer Mitglied der Repräsentanz der Synagogenhauptgemeinde Dorsten bzw. von 1933 an der Synagogengemeinde Bottrop-Osterfeld. Kriegsteilnehmer im 1.Weltkrieg. Die Einbürgerung der Familie Krauthammer vom 15. Oktober 1929 wurde am 3. November 1933 aufgehoben. In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 wurde Josef Krauthammer schwer mißhandelt. Die Geschäftsräume wurden durch die Nazis völlig verwüstet. Am 24. Januar 1942 mit seiner ganzen Familie deportiert. Nach 1945 wurden alle Familienmitglieder durch das Amtsgericht Bottrop für tot erklärt.

Krauthammer, Auguste, geborene Rosenfeld, geb. am 23. Juni 1898 in Kassel. Nach der Heirat mit Josef Krauthammer am 16. Januar 1927 aus Mönchengladbach nach Bottrop gezogen. In der Pogromnacht 1939 zusammen mit zwei ihrer Kinder inhaftiert.

Krauthammer, Eduard, geb. am 7. März 1928 in Essen-Borbeck. Vom 17. September 1939 bis zum 4. Dezember 1941 wohnte er in Köln.

Krauthammer, Joachim, geb. am 3. August 1929 in Essen-Borbeck. Wohnte zeitweilig in Köln-Braunfeld, von wo er am 24. Mai 1941 nach Bottrop zurückkehrte.

Krauthammer, Paul, geb. am 4. März 1934 in Bottrop.

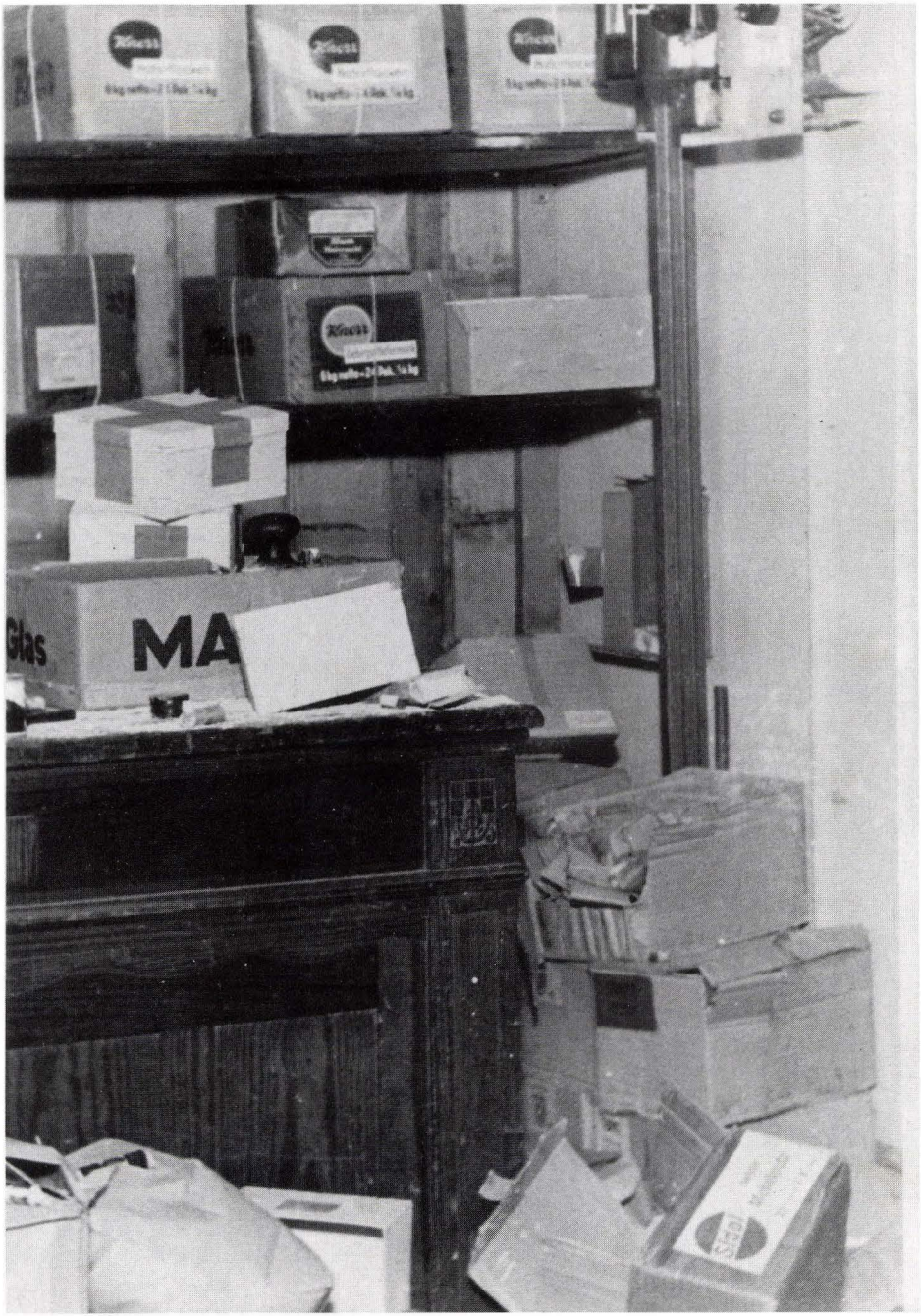
Krauthammer, Rachela, geb. Weiler, geboren am 16. Februar 1859 in Brozdowce. Von Duisburg-Hamborn am 24. März 1936 nach Bottrop, Kirchhellener Straße 40, gezogen. Vom 28. Oktober 1938 an wohnte sie bei Josef Krauthammer in der Essener Straße 17. Am 8. März 1939 im Israelitischen Krankenhaus in Köln verstorben. Vermutlich war Rachela Krauthammer die Mutter von Adolf, Josef und Max Krauthammer.

Krauthammer, Max, geb. am 1. Juli 1906 in Antonowka/Kreis Thumacz. Am 1. Januar 1928 von Wien nach Bottrop zu seinem Bruder Adolf gezogen. Handelte dort in der Essener Straße 5 mit Manufaktur- und Konfektionswaren. Emigrierte am 20. Oktober 1934 nach New York.



Der Novemberpogrom in Bottrop


REDISH


Glas
MA


Persil P5
P4
VERA
REIS-STÄRKE
DEUTSCHES FABRIKAT


M. RE

Erinnerungen

Anfang August 1989: Judith Braunthal, Oskar Kleinberger und Chanan David besuchen Bottrop, die Stadt, in der sie ihre Kindheit und Jugend verbracht haben. Einige Wochen später besucht Rolf Humberg Vreden – dort wohnten seine Großeltern – und Bottrop – dort ist er aufgewachsen. Heute leben alle vier in Israel.

Judith Braunthal wurde 1923 in Bottrop geboren; ihr Mädchenname war Jenny Kleinberger. Ihr Bruder Oskar Kleinberger wurde 1913 in Horst-Emscher (heute ein Stadteil Gelsenkirchens) geboren und wuchs in Bottrop auf. Chanan David, geboren 1915 in Norden/Ostfriesland, lebte bis 1933 als Hans David in Bottrop. Rolf Humberg wurde 1920 in Bottrop geboren; er nahm in Israel den Namen Shmuel Ben Yehuda an.

Judith Braunthal, Oskar Kleinberger, Chanan David und Rolf Humberg erinnern sich an ihre Kindheit und Jugend, an die Bottroper jüdische Gemeinde, an das Verhältnis zwischen deutschen und aus Osteuropa eingewanderten Juden, an NS-Verfolgung und Auswanderung, an das Schicksal ihrer Familien.

Rolf Humberg

Vreden, Bottrop, die ganze Welt

Mein Großvater mütterlicherseits war Metzger in Vreden. Das war im letzten Jahrhundert. Später ist er erblindet und wurde Küster an der Vredener Synagoge. Als Kinder waren wir in den Ferien sehr viel bei den Großeltern. Meine Mutter hatte dort auch noch einen Bruder; er ist 1936 verstorben. Seine drei Kinder wurden deportiert.

Mein Vater hat in Vreden meine Mutter kennengelernt, sie haben dort geheiratet und sind nach Bottrop gezogen. Mein Vater hat vor dem 1. Weltkrieg bei der Eisenbahn angefangen. Während des Krieges war er Frontsoldat im 39. Düsseldorfer Füsilierregiment. Danach wurde er Vorsteher an einem Bottroper Bahnhof. Später war er bis zu seiner Zwangspensionierung 1934 an der Eisenbahndirektion in Essen. Meine beiden ältesten Brüder sind in Gladbeck geboren, der dritte Bruder in Vreden, wir anderen in Bottrop. Insgesamt waren wir acht Geschwister. Wir haben in Bottrop in einem kleinen Häuschen neben der Pestalozzischule gewohnt, Am Eickholtshof Numero 18. Das Haus steht nicht mehr.

Ich erinnere mich noch an die französische Ruhrbesetzung 1923. Ich sehe noch diesen großen Mohr vor mir dreijährigem Knirps stehen. Wir konnten zwar nicht mit ihm sprechen, aber er hat uns ein Stück Schokolade angeboten.

Ich ging zur Pestalozzischule; das war eine evangelische Volksschule. Ich habe nie Probleme gehabt, habe als Kind sehr viel Sport getrieben. Gelernt habe ich damals nicht sehr gerne. Ich war ein Straßenjunge. Straßenjungs waren unter den Juden sehr selten. Aber ich war wie mein Vater – stärker daran interessiert, Freunde zu haben und mich überall zuhause zu fühlen. Ich fühlte mich damals nicht als Jude; ich war vollkommen integriert. Ich habe überall mitgemacht. Zwischen dem Eickholtshof, wo wir als Eisenbahnerfamilie mit anderen Mittelstandsangehörigen wohnten, und der Germaniastraße, wo die Bergleute, die „Pollacken", wie wir sie damals nannten, wohnten, war ein freies Gelände. Dort haben wir uns täglich mit den „Pollacken" geprügelt, wir „Germanen". Heute lach ich darüber und schüttele den Kopf; aber wir haben regelrechte Straßenkämpfe ausgetragen.

Weil wir acht Kinder waren, war es für meine Mutter sehr schwierig. Mein Vater war nicht viel zuhause; er war bei der Bahn oder im Kegelclub oder im Skatclub oder im Schützenverein, wo auch immer. 1930 bin ich in die Mittelschule gekommen. 1933, nach der Machtergreifung, bin ich sitzengeblieben, wie alle Juden auf dieser Mittelschule. Ich bin für ein Jahr zurück zur Volksschule, bis 1934. Mein ältester Bruder war, soweit ich weiß, der einzige Jude, der nach 1933 noch sein Abitur in Bottrop gemacht hat. Ich wollte Elektriker werden, deshalb ging ich 1934 auf die Berufsschule, aber nicht lange. Mein



Rolf Humberg 1933
vor dem Elternhaus, Bottrop,
Am Eickholtshof 18

Vater hat versucht, für mich eine Anstellung zu bekommen, was anscheinend sehr schwierig war. 1936 bin ich nach Leverkusen zu einem ganz entfernten Verwandten in eine Anstreicherlehre gegangen. Aber ich habe ein Ekzem an den Händen bekommen und mußte aufhören. Ich bin dann nach Köln, habe dort alles Mögliche gemacht, zum Beispiel habe ich Lebensmittel mit dem Fahrrad ausgetragen. Ich habe in einem Gemeinschaftsheim für jüdische Umschichtler – Jugendliche, die auf landwirtschaftliche und handwerkliche Berufe umschulten – gewohnt und mich auf die Auswanderung nach Palästina vorbereitet. Meine älteren Brüder waren schon bald nach 1933 Zionisten geworden. Sie sahen, daß es in Deutschland für uns nicht

mehr ging. Ich bin erst 1938 in Köln einer zionistischen Jugendgruppe beigetreten.

Während ich in Köln war, wurde im April 1938 eine Volksabstimmung durchgeführt, nach dem deutschen Einmarsch in Österreich. Überall Plakate. Wir hatten unser Jugendheim im Mauritius-Stein-Weg. Ich hatte damals eine Freundin, sie sah ein bißchen, wie man das damals nannte, „jüdisch" aus: eine krumme Nase. Wir beide gingen zu unserem Jugendheim und kamen an einer Litfaßsäule vorbei. An ihr hing ein Hitler-Plakat, aber nur noch an einer Ecke, es lag schon fast auf dem Boden. Als wir vorbeigingen, fiel es endgültig runter. Auf einmal hörten wir von hinten, wie einer mit dem Fahrrad angefahren kommt: „Ihr Saujuden, ihr Saujuden, was reißt ihr die Plakate hier runter!" Ein fescher Kerl kommt da an und will mir in den Hintern treten. Ich habe mich umgedreht und habe ihm eins ins Gesicht geschlagen. Er fällt vom Fahrrad und schreit die ganze Zeit: „Juden, Juden, Juden!" Ich habe dem Mädchen gesagt: „Lauf schnell weg!" Der Kerl steht auf und rennt mir nach. Innerhalb von zwei Minuten steht ein großer Kreis von Menschen rundherum. Wir fingen an, uns zu prügeln. Mitten in Köln. Er schreit die ganze Zeit: „Juden, Juden, Juden!" Ich habe ihn dann verprügelt. Als ich damit fertig war, hat man den Kreis geöffnet und gesagt: „Geh schnell weg! Geh schnell weg!" Daran erinnere ich mich heute noch genau.



Rolf Humberg (links) mit einem Freund in Köln 1937

Mitte 1938 bin ich nach Sennfeld in Baden. Ich wollte mich zum Landwirt umschulen lassen. Sennfeld war ein kleines Dorf; dort lebten viele jüdische Bauern. Am 10.November 1938 sind wir verprügelt worden. Mir hat man das Bein zerschlagen; darauf bekomme ich heute eine Rente. Wir mußten aus Sennfeld weg nach Stuttgart. Weil aber alle Juden aus dem Ort verhaftet worden waren und das Vieh dort allein war, bin ich mit einem Freund zurück nach Sennfeld. Wir haben für eine oder zwei Wochen das Vieh betreut. Danach haben wir permits für die Auswanderung nach England bekommen. An und für sich wollten wir nach Palästina. Aber die Engländer gaben damals für Palästina nur permits für Jugendliche unter achtzehn aus. Wir waren über achtzehn.



Sechs der acht Humberg-Geschwister: Ruth, Werner, Günther (vorne v.l.n.r.), Hans, Marga, Rolf (hinten v.l.n.r.)

Vor der Ausreise nach England bin ich noch für einen Monat nach Bottrop zu den Eltern gefahren. Mein Vater war Deutschnationaler. Er wollte nicht weg und hat nie geglaubt, daß Hitler und die Nazis längere Zeit an der Regierung bleiben würden. Das sei eine vorübergehende Sache. Viele Juden haben das geglaubt. Das hat sich leider nicht erwiesen. Mein ältester Bruder ist 1933 nach der beruflichen Umschichtung nach Palästina gegangen, gegen den Willen meines Vaters. Mein zweitältester Bruder ist 1935 nach Palästina ausgewandert, auch gegen den Willen meines Vaters; er ist dort am 2.Juni 1939 von arabischen Terroristen ermordet worden. Mein dritter Bruder hat in Köln den Schreinerberuf gelernt. Er wollte auch auswandern, ist aber nicht mehr dazu gekommen. Ich selbst hatte Glück in dem ganzen Unglück, ich konnte noch nach England emigrieren. Die Schwester, die im Alter nach mir kam, führte den Haushalt meiner Eltern mit und konnte deshalb nicht fort. Meine zweite, jüngere Schwester ist noch gerade vor Kriegsbeginn nach Dänemark emigriert. Meine beiden jüngsten Brüder sind nicht mehr aus Deutschland herausgekommen. Meine Mutter ist vor dem Kriege eines natürlichen Todes gestorben. Mein Vater hat noch 1939 geglaubt, er sollte in Deutschland bleiben. Erst im letzten Monat vor Kriegsbeginn hat er versucht herauszukommen. Mein ältester Bruder in Palästina hat sich bemüht, ihm zu helfen. Aber es ging nicht mehr.

Ich habe in England in der Landwirtschaft gearbeitet. Als Deutschland den europäischen Kontinent eingenommen hatte, hat man die ehemali-

gen Deutschen in England verhaftet und interniert, darunter auch mich. Zu ungefähr 2.500 Personen sind wir nach Australien geschickt und dort in ein Internierungslager gesteckt worden. Wir haben es aber nicht schlecht gehabt, es gab viel zu essen; nur waren wir hinter Stacheldraht. Um frei zu kommen, habe ich mich zur britischen Armee gemeldet. Diese Möglichkeit gab es. Im Dezember 1941 bin ich zurück nach England, aber nicht in die Armee, sondern wieder in die Landwirtschaft.

1944 hat man in Palästina eine jüdische Brigade als Einheit der britischen Armee ins Leben gerufen. Zu dieser jüdischen Brigade habe ich mich gemeldet. Bis zum Kriegsende waren wir in Italien, danach in Holland und Belgien. 1946 ist die jüdische Brigade demobilisiert worden. Alle, die aus Palästina gekommen waren, sind dorthin zurückgeschickt worden. Da ich aber aus England kam, sollte ich weiter als Besatzungssoldat in Deutschland dienen. Da hab ich mir gesagt: „Jetzt ist's genug!" und bin nach Palästina desertiert.

Als ich dort ankam, mußte ich meinen Namen ändern. In Deutschland hieß ich Rolf Humberg, in England hieß ich Rolf Humphries, und in Palästina hieß ich auf einmal Shmuel Ben Yehuda. Ich bin in einen Kibbuz gegangen, in dem ich einige Leute von früher, aus Deutschland kannte. In diesem Kibbuz habe ich meine Frau kennengelernt. Weil meine Frau ihre Kinder aber selbst erziehen wollte, haben wir den Kibbuz dann verlassen. Wir haben ein neues Leben angefangen, ohne irgendetwas. Ich war damals 40. Habe Glück gehabt, habe einen sehr guten Posten bei einer Schiffahrtskompanie bekommen. Dort habe ich bis zu meiner Pensionierung gearbeitet. Unsere Söhne sind Israelis, die nie das Land verlassen werden. Wir haben vier Enkeltöchter.

Dadurch, daß ich sechs Jahre in Antwerpen in der Zitrusbranche für Israel gearbeitet habe, bin ich – vielleicht leider – wieder mehr Europäer geworden. Für meine Frau und mich ist es schwierig, sich irgendwo hundertprozentig zuhause zu fühlen. Israel ist unsere Heimat, unsere Kinder und Enkelkinder sind dort. An Europa sind wir kulturell und geistig gebunden. Wir schweben. Das ist mein Lebenslauf – Vreden, Bottrop, die ganze Welt.

Oskar Kleinberger

Das Bethaus

Das Bethaus in Bottrop war ein kleiner Raum, vielleicht fünf mal sechs Meter oder sechs mal sechs Meter im Umfang. Sechs Reihen tief, Platz vielleicht für fünfzig Leute. Sehr niedrige Decken. Ein Fenster zum Garten. Links vom Bethaus ein großer Lagerraum. Sehr primitiv dieses Bethaus, man konnte darauf nicht sehr stolz sein. In der Mitte, etwas erhöht und abgetrennt durch eine Art Zaun, ein Tisch. Auf ihn legte man die Torahrolle. Dem Torahtisch gegenüber stand ein kleiner Tisch für den Vorbeter. Da-



Bottrop, Tourneaustraße 11 – bis 1938 die Adresse des jüdischen Bethauses

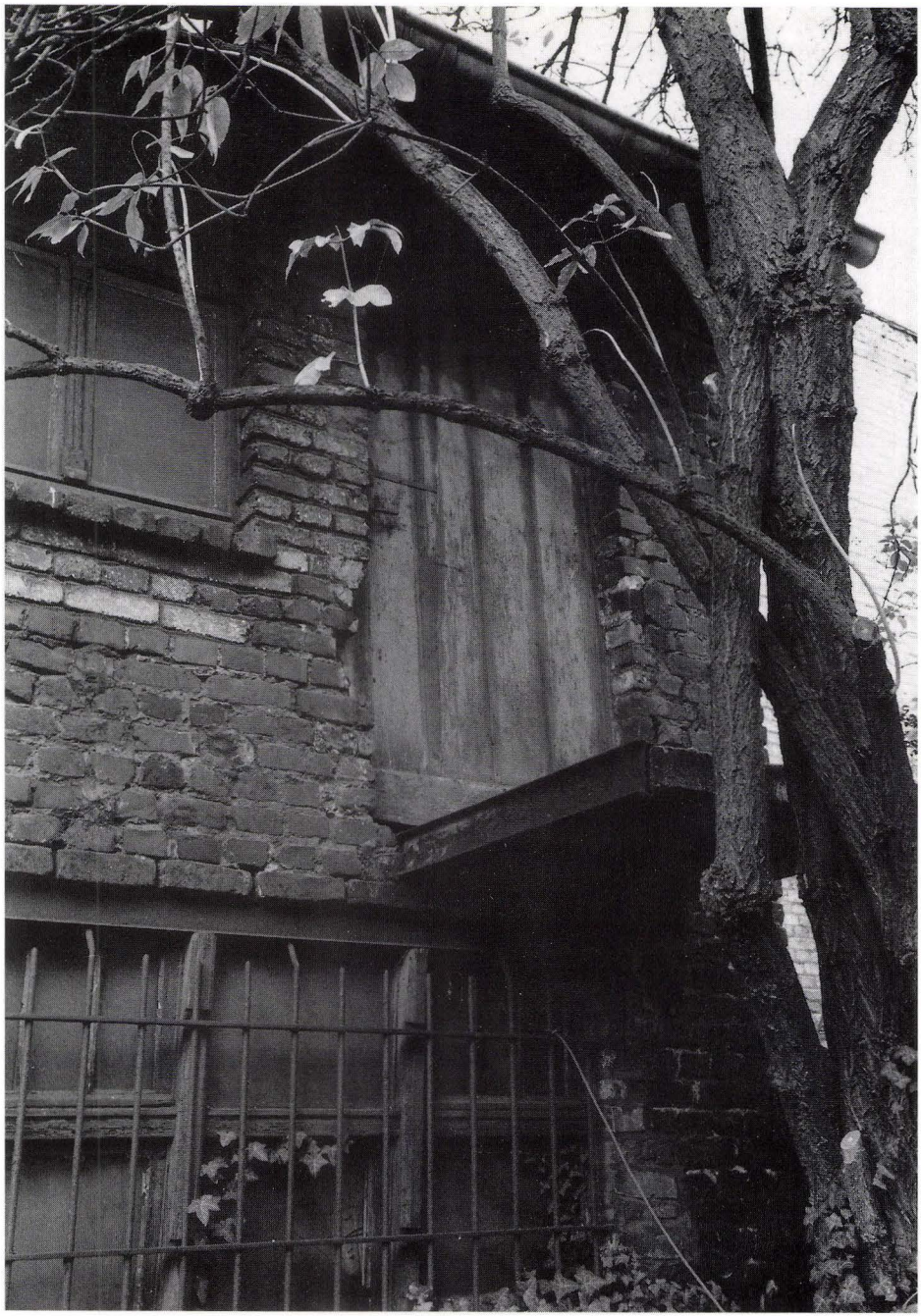
neben, an der Ostwand war der Schrank für die Torahrollen. In Bottrop existierten fünf oder sechs Torahrollen, sie waren allesamt in Privatbesitz. Außerdem gab es noch einen kleinen Nebenraum für die Frauen. Die Frauen kamen doch kaum in die Synagoge, nur zu den hohen Feiertagen.

Oskar Kleinberger

Es war schwer mit einem frommen Vater

Mein Vater hat sich sehr viel, vielleicht zuviel um die Angelegenheiten der jüdischen Gemeinde gekümmert. Er war fast der einzige Religiöse unter den ganzen Freidenkern dort. Ich kann mich zum Beispiel erinnern, daß unser Möbelgeschäft am Schabbat, am Sonnabend, geschlossen war. Für meinen Vater gehörte sich das so. Aber man mußte doch den Leuten die Gelegenheit geben, ihr Geld auszugeben. Am Sonntag haben die meisten doch schon kein Geld mehr gehabt! Der Sonnabend war für uns ein schwerer Tag, denn die Einnahmen fehlten. Mein Vater ist dann vormittags über die Bottroper Hochstraße spaziert. Dabei hat er Zigarren geraucht, ganz große Zigarren.

In der Repräsentanz der jüdischen Gemeinde bestanden schwere Differenzen zwischen Religiösen und Nichtreligiösen. Die Nichtreligiösen hätten gerne auf die Steuern und die anderen Abgaben für die jüdische Gemeinde verzichtet. Mein Vater gehörte zu denen, die sich dagegen zur Wehr setzten. Er hatte einen schwe-



Der Eingang zum früheren
Bethaus heute

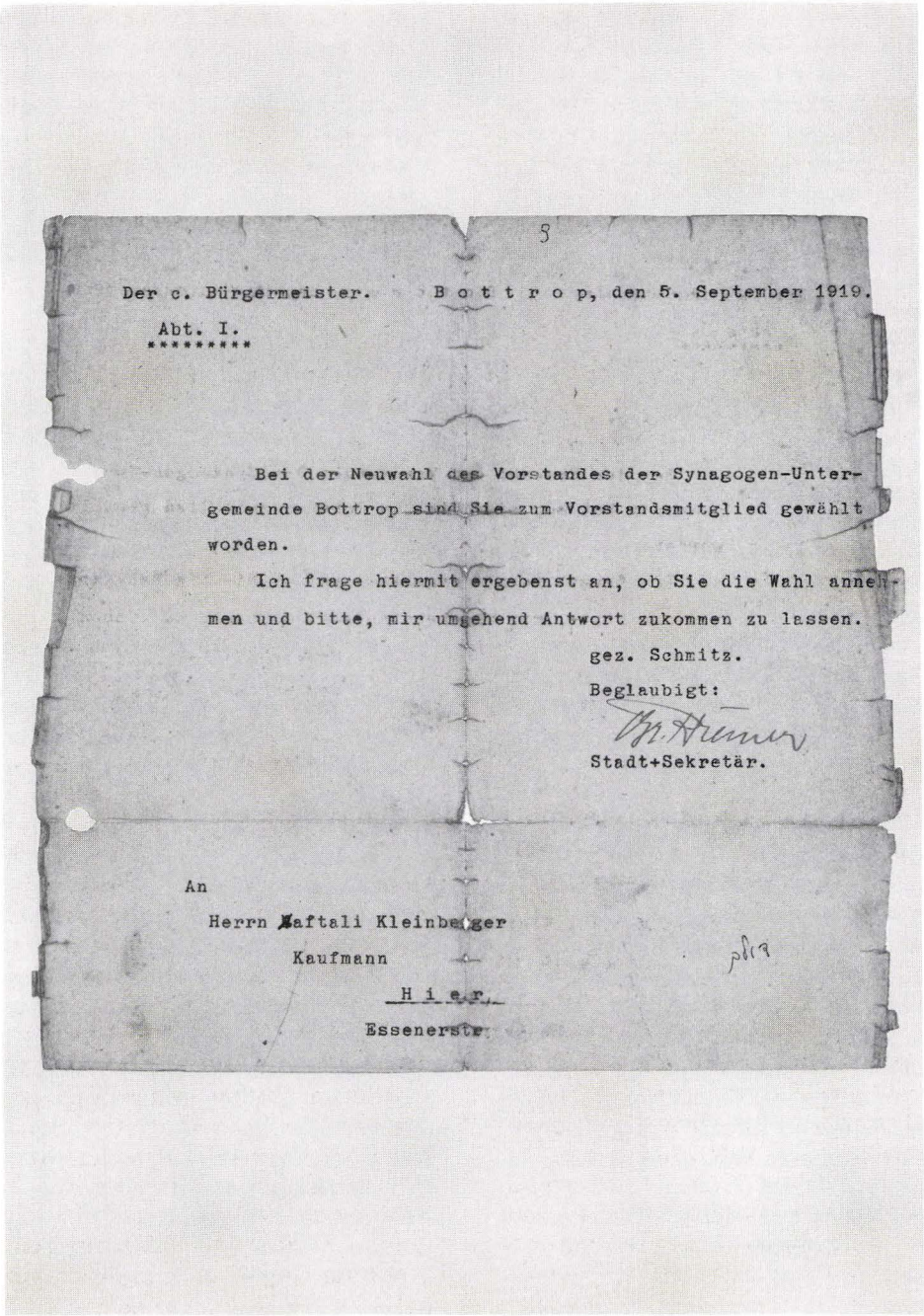
ren Stand, hat sich aber, soweit ich das heute sehe, meistens durchgesetzt. Keiner war so religiös wie er, weit und breit nicht. Was auf religiösem Gebiet sein mußte, mußte sein. Er konnte deshalb auch geschäftlich nicht so recht vorwärts kommen. Es ging up and down die ganzen Jahre. Besonders in der Wirtschaftskrise Anfang der dreißiger Jahre hat er einen schweren Stand gehabt.

Beim Boykott durch die Nazis am 1. April 1933 wurden unsere Fenster beschmiert wie bei allen jüdischen Geschäften in Bottrop, das war gang und gäbe. Einen Tag vor dem 1. April sind wir weg, mein Vater, mein Onkel, mein Cousin und ich. Die Frauen haben wir zuhause gelassen. Für die haben wir nicht so gefürchtet wie für die Männer. Wir sind über den 1. April nach Minden in Westfalen; dort hatte ich eine Cousine. Sie hat gesagt: „Wenn ihr wollt, kommt zu uns, bis die Sache vorbei ist."

Was wir im Unterricht an Religiösem gelernt haben, war meinem Vater nicht genug. Es war auch wirklich minimal, was unser Lehrer Bär uns in den Religionsstunden beibrachte, einmal die Woche nachmittags. Mein Vater hat für meinen Bruder und mich zusätzliche Lehrer bestellt. Einer von ihnen war fast so gebildet wie ein Rabbiner – ein halber Rabbiner. Dieser Lehrer hat intensiv mit uns gelernt. Wir waren zu dritt: mein Bruder, ich und noch ein Freund, der jetzt in Australien lebt. Die eine Woche kam der Privatlehrer zu uns, die nächste Woche gingen wir zu ihm. Er hatte einen großen Spazierstock mit Metallspitze. Mit dem hat er uns in den Büchern gezeigt, wo wir zu lesen hatten, was er uns beibringen wollte. Wenn einer von uns ein bissel frech war oder ihn störte, hat er dem mit demselben Stock auf die Hand geschlagen. Eines Tages hat der Freund, der mit uns lernte, in großer Aufregung den Stock genommen und zerbrochen.

Außerdem haben wir Neuhebräisch bei einem Hauslehrer gelernt, der jeden Sonntag aus Gelsenkirchen zu uns kam. Das waren große Ausgaben für meinen Vater. Dafür konnte der Mann aber perfekt hebräisch. Bei ihm haben wir das Hebräische auf hebräisch gelernt, auf Iwrith. Das war sein System, das hat gut gewirkt. Er ist zwei oder drei Jahre zu uns und zu den Kindern der Familie Reichenstein gekommen. Später in Israel habe ich nicht mehr hebräisch lernen müssen, keine einzige Lektion mehr. Was ich mitbrachte, hat als Grundlage genügt.

Meine Mutter hat es aus religiösen Gründen sehr schwer gehabt. Bottrop war eine kleine Stadt; und sie konnte mit dem, was es dort gab, die Familie nicht koscher verpflegen. Das lief alles über Essen. Dort gab es die koschere Metzgerei Katz und Josel; dort gab es den Schächter Lewin, er wohnte am Gänsemarkt in der Essener Altstadt. Meine Mutter hat dann auf dem Wochenmarkt in Bottrop Hühner gekauft und ist mit der Straßenbahn extra nach Essen gefahren, um sie koscher schächten zu lassen. Wenn sie wieder nach Hause kam, waren die Hühner schon kalt, so daß



5

Der c. Bürgermeister. B o t t r o p, den 5. September 1919.

Abt. I.
****

Bei der Neuwahl des Vorstandes der Synagogen-Untergemeinde Bottrop sind Sie zum Vorstandsmitglied gewählt worden.

Ich frage hiermit ergebenst an, ob Sie die Wahl annehmen und bitte, mir umgehend Antwort zukommen zu lassen.

gez. Schmitz.

Beglaubigt:

Stadt+Sekretär.

An

Herrn Naftali Kleinberger

Kaufmann

H i e r.

Essenerstr.

Vorstandswahl in der Synagogengemeinde Bottrop-Osterfeld 1919: Die Wahlbestätigung für Naftali Kleinberger

man sie kaum noch rupfen konnte. So war das, und das war sehr, sehr schwer. Bis auf vier oder fünf Familien haben die Juden in Bottrop diese Regeln gar nicht eingehalten. Sie sind in die Metzgerei gegangen und haben ihr Fleisch gekauft wie jeder andere Mensch. Aber meine Eltern haben auf das Schächten geachtet.

Zu Pessach war es noch schwieriger. Bei uns zuhause hatten wir getrenntes Geschirr für Fleischspeisen und für Milchspeisen. Dieses Geschirr wurde das ganze Jahr benutzt. Vor Pessach mußte es aber ausgetauscht werden. Meine Mutter holte das Pessach-Geschirr, wieder getrennt für Fleisch- und für Milchspeisen, einen Tag vor dem Fest von der Mansarde. Nach Pessach wurde es zurückgestellt. Außerdem mußte meine Mutter für Pessach Lebensmittel einkaufen, die unter spezieller Kontrolle hergestellt worden waren. Die Lebensmittel, die wir das Jahr über benutzt hatten, durften wir zum Fest nämlich nicht verwenden. Meine Eltern haben das streng eingehalten. Aber es gab auch jüdische Familien, die auf so etwas überhaupt nicht geachtet haben.

Mein Bruder und ich sind sehr religiös erzogen worden, aber wir standen in Konflikt mit meinen Eltern. Als ich eine Jugendgruppe des Hechaluz in Essen führte, bin ich auch am Schabbat von Bottrop nach Essen gefahren, obwohl das unter streng religiösen Gesichtspunkten verboten war. Ich bin einfach zur Straßenbahn oder zum Bahnhof gegangen, bin nach Essen und abends wieder zurück. Das habe ich meinem Vater nicht erzählt. Vielleicht hat er etwas gewußt, er hat aber nie darüber gesprochen. Dadurch, daß ich im Hechaluz und in der zionistischen Bewegung tätig wurde, habe ich vieles Religiöse abgelegt. Der Hechaluz war eine freie Bewegung; er wollte die Einwanderung nach Erez Israel. Die Religionsgesetze wurden im Hechaluz aber kaum eingehalten.

Probleme gab es auch bei meiner Ausbildung. Ich wollte nach der Schule in die Möbelbranche, sollte aber am Sonnabend, am Schabbat, nicht arbeiten. Der Sonnabend war aber der Hauptgeschäftstag. Und wer ist so blöd, einen zu nehmen, der am Hauptgeschäftstag nicht arbeitet? Durch persönliche Beziehungen bin ich aber doch in einem Möbelgeschäft in Dortmund untergekommen. Der Besitzer war ein Freund des Bruders meines Vaters; er hatte ein sehr großes Möbelgeschäft in der Dortmunder Münsterstraße. Er hat mich genommen und für den Sonnabend befreit, unter einer Bedingung: Ich wurde zuständig für die Klagen vor Gericht. Damals haben die Leute oft auf Ratenzahlung gekauft, viele haben aber nicht bezahlt und wurden dann verklagt. Das habe ich betrieben, obwohl ich noch keine achtzehn Jahre alt war. Manchmal bin ich vor Gericht vom Richter gefragt worden, wie alt ich sei. Ich habe ausweichend geantwortet: „Wie kommen Sie dazu, mich das zu fragen?" Freitags bin ich so früh von Dortmund nach Bottrop gefahren, daß ich rechtzeitig zum Schabbat-Beginn zuhause war. So habe ich das zwei Jahre gemacht.

Mein Bruder ist in der Nazizeit nach Litauen auf Hachscharah gegangen. Mein Vater war mißtrauisch. Er fragte sich: „Der fährt dorthin. Wie wird er koscher essen können? Wie wird er den Schabbat einhalten können?" Es war schwer mit einem frommen Vater. Er hat dann an den Rabbiner in diesem Ort in Litauen geschrieben. Das war zwar nur 1000 oder 1200 Kilometer weg von Bottrop, aber nach der Vorstellung meines Vaters war es eine Weltreise. Der Rabbiner hat einen sehr schönen Brief zurückgeschrieben: „Du brauchst Dich gar nicht zu sorgen. Er paßt auf alles auf, er legt jeden Tag den Gebetsriemen an, und er ißt wirklich koscher." Da war mein Vater ruhig und zufrieden.

Rolf Humberg

Koscher und nicht koscher

Bei uns gab es kein koscheres Essen. Bei uns gab es alles. Wenn mein Vater auf dem Schützenfest gewesen war, brachte er ein Ferkelchen mit nach Hause. Er hat eigenhändig Wurst daraus gemacht. Ich kannte den Unterschied zwischen „koscher" und „nicht koscher" nicht. Ich wüßte nicht, daß wir uns unterhalten hätten. Zum Pessachfest aßen wir Mazzen, ungesäuertes Brot; aber es stand auch normales Brot auf dem Tisch. Wir hatten zu Pessach das jüdische Festessen und die entsprechenden Vorlesungen. Mein Vater hat auf deutsch vorgelesen, nicht auf hebräisch. Er kannte und konnte das wohl, aber er hat es nicht gewollt.

Die hohen jüdischen Feste haben wir eingehalten. Zu Chanukkah, zum Lichterfest, haben wir Lichter angezündet. Ich bin aber auch zu Weihnachten in die Kirche gegangen, nicht aus religiösen Gründen, sondern wegen der schönen Atmosphäre. Zu Ostern haben wir Ostereier versteckt und gesucht wie alle anderen. Bei uns war es gemischt. Die Religion stand nicht im Mittelpunkt.

Rolf Humberg

„Du brauchst nicht mehr in die Synagoge zu gehen!"

Als Kind war ich oft bei meinen Großeltern in Vreden. Wenn ich dorthin kam, mußte ich mit dem Großvater morgens in die Synagoge gehen. Ich habe dann ein Buch zum Schmökern mitgenommen. Mein Großvater war blind, er konnte es nicht sehen. Ich habe in meinem Gebetbuch nur die Seiten umgeblättert, und währenddessen in meinem Buch gelesen.

Das Haus meiner Großeltern lag gegenüber der Synagoge. Als einmal während des Gebets zwei Fenster geöffnet waren, machte meine Großmutter gerade die Betten. Sie konnte in die Synagoge gucken, genau dahin, wo wir saßen. Als wir zurückkamen, sagte sie zu mir: „Du brauchst nicht mehr in die Synagoge zu gehen. Dein Großvater sieht zwar nichts, aber wenn du Bücher lesen willst, kannst du das auch zuhause tun." Seitdem bin ich nicht mehr in die Synagoge gegangen.



Rolf Humbergs Großmutter Berta Rosenthal (sitzend, 2.v.l.) im Kreis von Verwandten und Bekannten in Vreden

Chanan David

„Aus! Wir gehen in die Schul!"

Unsere Familie kam aus vollkommen deutschen Verhältnissen. Wir waren sehr frei, und die Mutter erlaubte uns nicht, in Bottrop in den Betsaal zu gehen. Die Begegnung mit Ostjuden – das war eine andere Welt.

Zu Rosch ha-Schanah, zu Neujahr, fuhren wir nach Essen in die Synagoge. Das Fahren sowohl an Rosch ha-Schanah und am Jom Kippur wie auch am Schabbat ist verboten. Wir sind trotzdem zu Rosch ha-Schanah – zu Jom Kippur nicht, das war uns schon zu aufwendig – nach Essen gefahren, mit der Straßenbahn Nummer 3. Links neben der Essener Synagoge wohnte eine Tante von uns. Sie war mit einem Christen verheiratet; er war Goldschmied. Wir kamen rein, wir drei Jungens, er hat da gesessen und gearbeitet. Wir haben gefragt: „Wo ist Tante Mali?" Hat er mit dem Daumen auf die Synagoge gezeigt: „Da drüben, da drüben in der Synagoge." Das Bild werd ich nicht vergessen.

Die Essener Synagoge hat auf mich immer einen außergewöhnlichen, einen imposanten Eindruck gemacht. Eines der schönsten Gebäude. Ich habe nicht viel vom Judentum ge-

wußt. Aber Orgel und Chor, die Rede des Rabbiners, wie er da stand mit dem Talar, dem Tallit und der hohen Samtmütze – das war erhebend.

Mein Bruder Herbert war Zionist. 1928 hat er gesagt: „Aus! Wir gehen in die Schul!" So nannten wir den Betsaal in Bottrop; „Schul" ist ein altes judendeutsches Wort für Bethaus und Synagoge. Zu Rosch ha-Schanah, zum Neujahr 1928 sind wir drei Brüder das erste Mal die Treppen zum Bethaus hoch. Drei deutsche jüdische Jungens zwischen den polnischen Juden. Es war ein großes Hallo. Den Empfang werde ich nicht vergessen. Man hat uns aufgenommen und akzeptiert. Seitdem waren wir zusammen.



„Imposanter Eindruck" – Die Essener Synagoge

Chanan David

„Ich geh nach Palästina!"

Ich habe Bottrop 1933 verlassen müssen. Ich habe damals im Kaufhaus Althoff gearbeitet. Am 29. März 1933 war um 1 Uhr Geschäftsschluß. Wir Angestellten kamen aus dem Personalausgang. Schon den Vormittag über hatten Nazihorden an den Kundeneingängen gestanden und die Leute am Eintritt hindern wollen. Der allgemeine Boykott jüdischer Geschäfte sollte am 1.April 1933 stattfinden; in Bottrop begann er schon

vorher. Trotzdem – es kamen Kunden zu uns. In unserer Abteilung waren ein Herr Rosenthal, der Abteilungsleiter, und ich die einzigen jüdischen Angestellten. Wir reichten uns die Hände.

Um 1 Uhr gingen wir also hinaus; ich wollte nach Hause. An der Haustür kam aber einer auf mich zu: Stiefel, Zivilkleidung, Hakenkreuzarmbinde. Er nahm mich mit. Ich habe noch gefragt: „Was haben Sie für ein Recht, mich zu verhaften?" – „Sie haben nicht über Recht zu sprechen!" Ich mußte mit ihm in die Kirchhellener Straße, dort war die Nazizentrale. Die Treppen hoch, alle dort haben gejohlt. Ich hatte die Frechheit zu sagen: „Wenn ich schon verhaftet werde, dann durch die Polizei." Nach ungefähr einer halben Stunde kamen tatsächlich zwei Polizisten, um mich abzuholen.

Unter den Nazihorden war ein Nachbarsjunge. Als ich das Haus in Polizeibegleitung verlasse, hat er mir noch einen Tritt in den Rücken gegeben, ich fliege quer über die Kirchhellener Straße . Die beiden Polizisten halfen mir aufzustehen. Ich kam ins Polizeipräsidium. Dort wieder ein großer Kreis von Braunhemden und Polizisten. Ein Polizist nahm mir alles ab – die Jacke, die Krawatte, die Schnürsenkel, den Gürtel. Ich könnte ja eventuell Selbstmord verüben. Zu der Zeit lernten wir in der jüdischen Jugendbewegung den Sozialismus. Vor allem mein älterer Bruder war sehr sozialistisch eingestellt. Unter den Dingen, die der Polizist mir abnahm, war ein Büchel von Reclam – Karl Marx „Das Kapital". Das hat er verschwinden lassen. Mir ist bis heute nicht klar, wie er das gemacht hat. Wenn ein anderer Polizist mich durchsucht und das Büchel hochgehalten hätte, hätten alle aufgejault, und ich wäre ins KZ gekommen.

Der Polizist hat mich nach unten in die Zellen gebracht. Ich kam in die letzte Zelle auf der linken Seite. Er hat nicht abgeschlossen, hat gesagt: „Hans, du kannst hier frei herumgehen." Er war ein Bekannter meines Bruders; mein Bruder war in der Sozialistischen Arbeiterpartei. Dort war dieser Polizist auch, soweit ich weiß. Er sagte also: „Hans, du kannst hier frei herumgehen, aber tu mir einen Gefallen, sprich nicht mit den Leuten in den anderen Zellen."

In den anderen Zellen saßen meist verhaftete Kommunisten, auch einige Sozialdemokraten, insgesamt also links Eingestellte. Alle fragten mich etwas, aber ich habe geschwiegen. Ich hatte einen Schock. Gegen 4 Uhr nachmittags wurden die ersten jüdischen Bekannten in „Schutzhaft" gebracht. Sie fragten mich auch: „Was hast du gemacht?" Ich sagte nur: „Ich weiß es nicht. Man hat mich verhaftet." Es wurden auch Jüngere aus der jüdischen Gemeinde gebracht, und wir beschlossen, nachts über die holländische Grenze zu gehen. „Nur weg von hier!"

Um 9 Uhr abends begann man, die Leute aus den Zellen zu rufen und freizulassen. Ich war wieder einmal der letzte, hab noch eine Stunde al-



Die Hochstraße in Bottrop während der zwanziger Jahre, rechts das Galanteriewarengeschäft Sofie David

lein verbracht. Um 1 Uhr nachts hat man mich gerufen, wieder in einen großen Kreis von Braunhemden und Polizisten. In der Mitte steht ein Dicker: „Sie haben den Gauleiter Schmidt beleidigt!" Ich hatte keinen Gauleiter Schmidt beleidigt, wußte gar nicht, wer das war. Ich hatte ihn nicht einmal gesehen. Aber seinerzeit war alles erlaubt; jeder konnte beschuldigt werden. Mir wurde befohlen: „Sie haben bis morgen früh 5 Uhr die Stadt zu verlassen! Eine Woche wollen wir Sie hier nicht sehen!" Ich habe meine Sachen bekommen und ging hinaus.

Meine Mutter und mein Bruder Herbert warteten draußen und empfingen mich. Wir gingen nach Hause. Ich habe ihnen erzählt: „Ich geh in der Nacht über die Grenze." Sie haben geantwortet: „Du gehst nicht über die Grenze, du fährst morgen früh nach Düsseldorf zu Onkel Otto." Onkel Otto war ein Bruder meiner Mutter.

Um 5 Uhr morgens fuhr ich los, gegen 7 Uhr kam ich an. Mein Onkel Otto rasierte sich gerade. „Was machst du denn hier?" Ich habe es ihm erklärt. „Und was hast du vor zu machen?" – „Ich geh nach Palästina." – „Du gehst nicht nach Palästina, du gehst nach Manchester." Dort hatten wir Verwandte, ganz entfernte Verwandte meiner Mutter. Gut. Ich weiß nicht, ob wir darüber diskutiert haben oder nicht. Ich habe, glaube ich, nicht diskutiert. Ich war dann die Tage über in Düsseldorf

und habe am 1.April von weitem gesehen, wie man im Kaufhaus Hermann Tietz die Scheiben eingeworfen hat.

Meine Mutter hatte ein Galanteriewaren-Geschäft besessen. 1930 hatte sie es schließen müssen. Damals begann die große Wirtschaftskrise. In Bottrop gab es bald mehr Arbeitslose als Beschäftigte. Die Stadt war vollkommen arm; die Leute haben gehungert. Geschenkartikel, Galanteriewaren zu kaufen, war damals das Letzte nach dem Letzten. Es fing eine schwere Zeit für uns an. Man hat uns aber materiell geholfen, ich werde das nie vergessen.

Am 29. März 1933 mußte ich ja fort. Das war das Monatsende. Eine Abteilungsleiterin bei Althoff, ein Fräulein Sieg, hat meine Lohntüte einer Mitarbeiterin namens Agnes Kathage gegeben. Sie hat den Mut gehabt, diese Lohntüte meiner Mutter zu bringen. Das war gefährlich, denn vor der Haustür standen Nazis. Aber sie ist zu meiner Mutter hineingegangen. Das habe ich vor kurzem erst in Bottrop erfahren.

Ich selbst kam nach einer Woche nach Bottrop zurück. Es war wieder ruhig. Im Mai 1933 bin ich auf ein Seminar des Hechaluz nach Köln gefahren; im August habe ich Deutschland verlassen, über Berlin nach Litauen, zur Ausbildung. Wir nennen das Hachscharah. In Litauen war ich bis November 1933. Ich sollte noch einige Zeit in Deutschland bleiben, um eine Jugendgruppe zu leiten. Aber ich wollte fort: „Ich geh nach Palästina."

Judith Braunthal

Fräulein Schulz

Ich erinnere mich an eine sehr nette Lehrerin auf der Mittelschule, ein gewisses Fräulein Schulz. Als ich nach 1933 in der Schule viel zu leiden hatte, kam ich mittags nach Hause und konnte meine Schulaufgaben nicht machen. Ich konnte mich nicht mehr konzentrieren. Die Mutter hat gesehen, wie ich geweint habe. Sie ist zu dieser Lehrerin gegangen und hat ihr das erzählt: „Was mache ich jetzt? Sie kann sich nicht konzentrieren auf ihr Studium." Die Lehrerin hat sich – das habe ich hinterher erfahren – im Religionsunterricht, an dem ich nicht teilnahm, die Klasse vorgenommen und zu den Mädels gesagt: „Ihr müßt euch bemühen! Die Jenny darf das nicht merken, ihr müßt besser zu ihr sein!" Sie hat getan, was sie nur tun konnte. Ich hätte sie gerne wiedergesehen, aber sie lebt nicht mehr.

Oskar Kleinberger

„Ist das ein jüdisches Geschäft?"

Seit 1933 bekamen Jungverheiratete vom Staatein Darlehen bis zu 1000 Mark. Das war viel Geld damals. Für jedes Kind wurde die Darlehensschuld um ein Viertel gekürzt. Nach der Geburt des vierten Kindes wurde aus dem Daslehen also ein Geschenk. Diese Ehestandsdarlehen wurden in Gutscheinen für Haushaltseinrichtungen ausgegeben. Jeder zweite Kunde, der in das Möbel-

geschäft meines Vaters kam, hatte einen solchen Gutschein. Das war eine wunderbare Gelegenheit für Leute, die heiraten wollten. Aber wir durften die Gutscheine nicht annehmen – jüdisches Geschäft. Dadurch gingen die Einnahmen rapide zurück. Bald haben wir das halbe Ladenlokal abgegeben, und zwar die Vorderfront. Wir haben den Seiteneingang behalten, damit die Leute nicht auffielen, die zu uns kamen. Wir haben treue Kunden gehabt, die nur bei uns kaufen wollten.

Manchmal kam auch ein fremder Kunde und fragte: „Ist das ein jüdisches Geschäft?" Wenn ich hinter der Ladentheke stand, wollte ich weder mit „Ja" noch mit „Nein" antworten. Ich wollte verkaufen, aber ich wollte auch nicht leugnen, daß ich Jude bin. Ich habe dann gesagt: „Wie kommen Sie denn dazu?" – als wenn ich über diese Frage entsetzt wäre. Damit war der Fall erledigt. Das kam instinktiv, nicht aus besonderer Klugheit. Es gibt im Leben manchmal solche Momente, in denen man einfach instinktiv handelt.

Judith Braunthal

Der 9. November 1938

Der 9. November 1938 war ein Donnerstag. Ich kann mich daran genau erinnern, weil der Donnerstag bei uns zuhause Badetag war. Es war nach dem Bad. Wir waren schon im Bett. Plötzlich klopft man sehr laut an die Tür. Wir wurden wach, es kam eine Horde SA in die Wohnung und begann schrecklich zu schreien. Sie kamen mit großen Knüppeln, wir wurden alle geschlagen. Wir wußten nicht genau, was sich abspielte. Sie wollten uns aus dem Haus jagen. Der Vater war schon auf der Treppe; die Mutter hielt sich am Herd fest. Ich war ein Kind von 15 Jahren. Ich habe mir überlegt: „Mit wem geht man besser? Mit dem Vater oder mit der Mutter?" Ich habe mir gedacht, einer Frau wird man vielleicht weniger antun als einem Mann. Ich bin dem Vater nachgelaufen. Hinterher hat es sich herausgestellt, daß es ein Fehler war, denn die Mutter...

Ich bin also mit dem Vater. Unterwegs sind wir weiter geschlagen worden. Wir waren barfuß, im Nachthemd, im Pyjama, blutüberströmt bereits. Wir kamen ins Gefängnis gegenüber dem Rathaus. Von nebenan hörten wir Stimmen. Alle Zellen waren mit Juden gefüllt. Eine Stunde später kam die Mutter. Ich hörte nur ein Stöhnen. Sie fiel anscheinend viele Male hin und wurde dann jedesmal geschlagen. Sie war eine ältere Frau. Ganz zerbrochen kam sie in die Zelle. Sie konnte sich überhaupt nicht mehr rühren. Da habe ich gesehen, daß ich doch vielleicht mit ihr hätte gehen sollen. Ob ich ihr hätte helfen können? Ich weiß es nicht.

Jetzt waren wir mit der Mutter in der Zelle, in der blutüberströmten Nachtbekleidung, barfuß in der Novembernacht. Am nächsten Morgen um 12 Uhr kam ein Polizeibeamter und sagte: „Ihr könnt nach Hause gehen." Er meinte die Mutter und mich, nicht

den Vater. Jetzt geht mal im November um 12 Uhr mittags blutig geschlagen und im Nachthemd nach Hause, in einer kleinen Stadt, wie Bottrop, wo uns jeder gekannt hat. Und die Mutter konnte überhaupt nicht gehen, sie war ganz zerschlagen. Wie ich sie gehalten habe – ich weiß es nicht. Ich habe sie gegenüber dem Rathaus in einen Hausflur hinter die Tür gestellt und habe zu ihr gesagt: „Warte auf mich." Dann bin ich ganz schnell nach Hause gelaufen, die Blumenstraße hinunter bis zum Pferdemarkt. Ich kam nach Hause, alles zerschlagen, alles kaputt. Ein Polizist hat vor der Tür gestanden. Aber das hat mich nicht interessiert, ich wollte nur schnell Kleider holen, um sie der Mutter zu bringen. Ich habe die Kleider genommen, habe mich selbst angezogen, bin schnell zurückgelaufen. Es hat lange gedauert, bis ich die Mutter nach Hause geführt hatte; sie konnte kaum gehen. Ihr Rücken war völlig zerschlagen. Ich war auch zerschlagen, aber sie war noch viel zerschlagener. Zuhause wußten wir nicht genau, was wir weiter machen sollten. Das Haus war zerschlagen, die Türen waren zerschlagen. Was macht man jetzt?

Meine Brüder waren in Palästina. Ich war mit den Eltern allein. Ich habe eine Tante in Buer angerufen. Ihre Tochter, meine Cousine – sie lebt jetzt in Amerika –, kommt ans Telefon: „Bei uns war's nicht so schlimm. Nimm die Mutter und komm zu uns." Ich bin zu den Nachbarn gegangen. Sie hatten einen Taxi-Service. Es waren zwei Schwestern, mit der einen habe ich gesprochen. Ich war bereit, für die Taxi-Fahrt zu bezahlen: „Können Sie uns nach Buer fahren?" – „Nein!" Sie war nicht bereit.

Ich habe wieder die Mutter genommen und noch einmal die Cousine angerufen. Sie sagt: „Fahr mit der Mutter in der Straßenbahn." Das haben wir gemacht. Wir sind in Buer geblieben, und ich bin jeden Tag von dort mit dem Fahrrad nach Bottrop zum Gefängnis gefahren, wo der Vater saß. Ich habe ihm das Essen gebracht. Er war sehr fromm; er konnte das Gefängnisessen nicht nehmen, es war nicht koscher.

Der Vater hat sich mit mir beraten: „Was machen wir jetzt weiter?" Man hat ihn gefragt: „Haben Sie Möglichkeiten auszuwandern?" Aber es war damals nicht so leicht, Zertifikate zu



Naftali und Syma Kleinberger, die Eltern von Judith Braunthal und Oskar Kleinberger

bekommen. Am 10. Hafttag wurde meinem Vater direkt gesagt: „Sie haben doch Söhne draußen. Können die Ihnen nicht die Auswanderung ermöglichen?" Er antwortet: „Wenn Sie mir erlauben, den Söhnen einen Brief zu schreiben, besteht die Aussicht, daß sie mir helfen." Er hat Bleistift und Papier bekommen, sich hingesetzt und einen langen Brief geschrieben. Er hat den Jungens erklärt, was passiert war. „Und jetzt könnt ihr mir das Leben retten."

Als ich zu ihm kam, wollte er mir den Brief geben: „Schreib noch 'Per Eilbote' drauf!" Jeder einzelne Tag war wichtig. Aber der Polizeibeamte, der unser Gespräch überwachte, sagte: „Nein, den Brief schicken wir weg." Ich habe mir damals gedacht, er würde wahrscheinlich nie so abgeschickt werden, wie der Vater ihn geschrieben hatte. Aber hinterher hat sich herausgestellt, daß er wirklich angekommen ist. Meine Brüder in Palästina haben alles in Bewegung gesetzt.

Bei den Zertifikaten konnten Kinder unter 18 Jahren den Erwachsenen „zugeschrieben" werden. In der Eile haben sie aber vergessen, mich zuschreiben zu lassen. Das Zertifikat kam an – für meine Eltern, aber nicht für mich. Der Vater meinte: „So fahr ich nicht! Ich laß dich hier nicht allein!"

Ich selbst war im Dezember 1938 in einem Hachscharah-Lager einer Jugendgruppe in einem kleinen Ort bei Berlin. Wir waren zu 60, aus ganz Deutschland. Danach warteten wir auf unsere Papiere, um mit der Jugendgruppe nach Palästina einzuwandern. Meine Eltern und ich berieten uns nun mit Herbert David aus Bottrop; er war 1938 für eine jüdische Jugendgruppe in Köln tätig. Herbert meinte: „Deine Papiere müssen jeden Tag kommen, laß die Eltern fahren. Ich nehme dich nach Köln." In Köln gab es ein jüdisches Jugendheim. „Da kannst du inzwischen wohnen. Ich bin verantwortlich für dich." Ich bin gemeinsam mit den Eltern mit der Eisenbahn bis Köln.gefahren. Sie sind weiter nach Triest zum Schiff. Herbert David hat mich an der Bahn erwartet und in das Jugendheim gebracht. Der Abschied war schwer. Plötzlich alleine leben.

Im Jugendheim mußte jeder eine zusätzliche Aufgabe übernehmen. Das Heim hatte einige Stockwerke, und meine Arbeit war es, die Treppen aufzuwischen. Das war ich von zuhause nicht gewöhnt. Jede Treppe eine Träne. Aber das ist alles, alles vergangen.

Ich habe damals damit gerechnet, innerhalb von einigen Tagen bekäme ich meine Papiere. Es verging ein Tag, zwei Tage, eine Woche, zwei Wochen. Ich war schon ganz verzweifelt. Die Deutschen marschierten in die Tschechoslowakei ein. Man sprach davon, daß der Krieg ausbrechen und niemand mehr aus dem Land kommen würde. Die anderen im Jugendheim hatten ihre Familien noch in Deutschland. Aber weil meine Familie schon in Palästina war, hatte ich jetzt schlaflose Nächte.

In der dritten Woche wurde ich krank. Mit einer eitrigen Halsentzündung habe ich gelegen. Das war seelisch bedingt. Und in dieser dritten Woche, im letzten Augenblick, kamen die Papiere an. Man wollte es mir nicht sagen, weil ich hohes Fieber hatte. Die Leiter des Jugendheims haben sich mit Herbert David beraten, und er meinte: „Ihr müßt ihr das sagen. Seelisch braucht sie das. Sie muß wissen, daß die Papiere da sind." Er ist zu mir gekommen: „Du kannst ruhig sein, die Papiere sind da." Ich bin aus dem Bett gesprungen: „Ich bin nicht krank! Ich fahre!" – „So geht das nicht!" Sie haben den Arzt gerufen. Nach der Untersuchung meinte er: „Es ist natürlich nicht ratsam, in einem solchen Zustand zu reisen. Aber ihr könnt folgendes machen: Rollt sie in Wolldecken ein und setzt sie in den Zug."

Trotz aller Sorgen und Aufregungen haben die Jugendlichen im Zug und auf dem Schiff gesungen und getanzt vor Freude, weil sie bald in Palästina ankommen würden.

Ich habe mich auch gefreut; mit dem Halsschmerz und dem Fieber habe ich in einer Ecke gesessen und konnte mich nicht beruhigen. Ich wußte, daß meine Familie in Haifa lebte, in einem Haus am Berg. Als wir uns Haifa näherten, habe ich alle Häuser abgesucht: „In welchem Haus sind sie jetzt?".

Mein zweiter Bruder arbeitete bei der Hafenpolizei in Haifa, bei der Paßkontrolle. Als die Hafenpolizisten auf das Schiff kamen – „Galiläa" hieß es, und voll war es, wir waren eine Riesengruppe –, habe ich meinen Bruder nicht gefunden. Ich sagte mir: „Was? Ist niemand da, der mich abholt?" Ich stand wieder alleine und begann zu weinen. Plötzlich dreht sich der Hafenpolizist vor mir um. Es war mein Bruder Paul.

Es war verabredet, daß unsere Gruppe im Hafen von Haifa übernachtete. Am nächsten Tag sollte uns ein Bus in einen Kibbuz bringen, das war unser Bestimmungsort. Mein Bruder sorgte dafür, daß ich diese Nacht bei meinen Eltern verbringen konnte. Er mußte versprechen, daß ich am nächsten Tag frühmorgens wieder da sein würde. Ich bin zu meinen Eltern gekommen, alle haben auf der Terrasse gestanden und mich erwartet. Der größte Teil der Jugendlichen, die auf dem Schiff gewesen waren, hatten die Familien zurückgelassen. Ich war eine der wenigen, die der Familie entgegengekommen waren. Ich konnte kaum reden vor Aufregung.

Am nächsten Morgen bin ich für zwei Jahre in den Kibbuz gegangen.



Der Novemberpogrom in Bottrop: Blicke


REICHENSTEIN &




& REINHARZ



Judith Braunthal

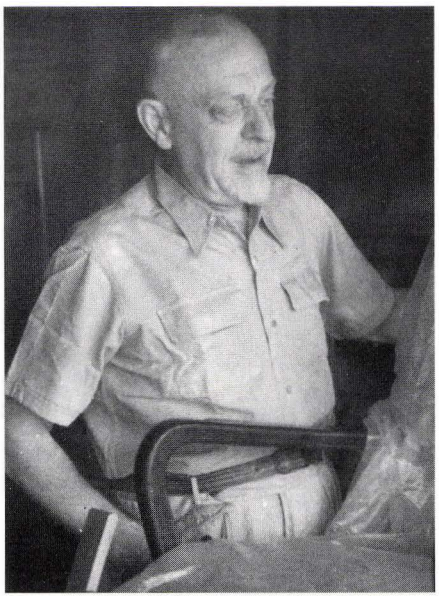
Die Torahrolle

Der Vater hatte am 9. November 1938, am Tag vor der „Kristallnacht", eine Gedächtnisfeier für den Großvater. Bei den Juden ist es üblich, an Gedächtnistagen für die Toten zu beten. Für das Gebet braucht man zehn Personen, und man liest aus der Torahrolle. Der Vater besaß eine eigene Torahrolle. Er hatte sie von seinen Großeltern aus Polen geerbt. Diesmal hatte er beschlossen, nicht im Betsaal zu beten, sondern in der Wohnung. Er hatte zehn Leute bestellt und brachte die Torahrolle mit nach Hause.

Bei uns im Eßzimmer stand in der Mitte ein Tisch, rechts ein Klavier, links ein hohes Büfett und daneben eine Kredenz. In ihr hatten wir ein Silberbesteck. Als das Gebet zu Ende war, nahm mein Vater die Torahrolle, legte sie auf das Silberbesteck und schloß die Tür der Kredenz.

Als die Nazis in der Nacht kamen und alles zerstörten, warfen sie das Klavier und das hohe Büfett um. Deshalb konnten sie nicht an die kleine Kredenz dahinter heran. Der Vater wurde nach der „Kristallnacht" länger im Gefängnis festgehalten. Als ich ihn besuchte, war das erste, was er fragte: „Was ist mit der Torahrolle, Spatzi?" Er war sehr religiös. Ich bin

schnell nach Hause gelaufen, habe geguckt. Es war noch alles da; sie hatten nicht herankommen können, weil sie vorher alles umgeworfen hatten. Ich bin schnell zurück, habe es dem Vater erzählt. Da sagt er: „Das war ein Wunder. Die Torahrolle hat all das gerettet, was in der Kredenz war." Wir haben die Torahrolle mit ins Land gebracht. Der Bruder hat sie in Haifa in die Synagoge auf dem Karmel gegeben.



Naftali Kleinberger bei der Arbeit im Möbelgeschäft

Rolf Humberg

Grenze

Als ich Anfang 1939 nach England auswandern wollte, bin ich mit meinem Vater zum Bottroper Rathaus gegangen. Mir wurde ein Paß mit einem großen „J" für „Jude" ausgestellt. Ich bin in Bottrop in den Zug nach Emmerich gestiegen. Wir kamen an die Grenze. „Alles aussteigen!" Man wurde von Grenzbeamten und von SS an langen Tischen untersucht. Alles, was man hatte, wurde ausgepackt. Ich kam zu einem SS-Mann. Ich stehe da in meinen kurzen Hosen, Hände in den Taschen. Er schreit: „Wenn du vor einem SS-Offizier stehst, nimm die Hände aus den Taschen!" Ich habe die Hände rausgenommen. „Mach auf!" In meinem Koffer war fast nichts. Wir hatten nichts. Wir waren keine reichen Leute. Dieser SS-Mann hat die ganze Zeit gebrüllt, ich habe nichts gesagt. Er hat bei mir nichts gefunden – ein paar Unterhosen, ein paar Strümpfe, ein paar Hemden. Koffer zu. „Geh!" Dann bin ich über die Grenze. Ich habe aufgeatmet.

Chanan David

Hochstraße 49

Darf ich Ihnen über meine Begegnung mit Bottrop nach 56 Jahren erzählen? 1980 bekamen meine Frau und ich vom Kibbuz unsere Fahrt nach Europa. Das geht im Kibbuz der Reihe nach, nach dem Alter. Meine Frau und ich hatten beschlossen, nie mehr nach Deutschland zu kommen. Aber dann ... Ich hatte ein Programm von einer Rheinfahrt, das hat mich angezogen. 1980 kamen wir also das erste Mal wieder nach Deutschland, wir landeten in Köln. Wir waren beide schneeweiß, einer guckte den anderen an.

Wir fuhren auch nach Bottrop, an einem Sonntag. Da sah ich's: Hochstraße 49. Das Tor war so, wie es 1933 gewesen war. Ich drückte die Klinke, ich dachte: „Vielleicht gehst du hinein." Aber glücklicherweise war es zu. Ich konnte nicht. Dort haben wir gewohnt.

Jemand hat mich dann noch gefragt: „Wollen Sie die Wohnung sehen?" Ich habe geantwortet: „Das nicht." In den Erinnerungen, die ich schreibe, sage ich viel über die Wohnung, darüber, wie sie in meiner Jugendzeit war. Aber die Kraft, dort die Treppen hochzugehen, habe ich nicht mehr.

Anke Klapsing/Wolf Stegemann

Spuren sichern und erhalten

Der „Bottroper Bücherfund" ist der Ausgangspunkt für die Ausstellung „Spurensuche. Eine jüdische Gemeinde, die nicht mehr existiert". Diese Ausstellung gibt einen Einblick in die Geschichte der jüdischen Gemeinde in Bottrop, einer Gemeinde, die von 1856 bis 1932 zur Synagogenhauptgemeinde Dorsten gehörte. Nach Auflösung dieser Ausstellung wird der „Bücherfund" in Dorsten ausgestellt werden. Er wird dort nach der Eröffnung des „Dokumentationszentrums für jüdische Geschichte und Religion" in Dorsten im Kreis Recklinghausen fester Bestandteil der Exponate aus dem jüdischen Bereich der Lippestadt sein.

Das Dokumentationszentrum in Dorsten ist eines von zwei geplanten überregional bedeutsamen Museumsprojekten im Kreis Recklinghausen. (Das zweite ist das in Haltern entstehende Römermuseum). Die Stadt Dorsten hat für das Dokumentationszentrum eine zweistöckige Villa aus der Zeit der Jahrhundertwende mit Anbauten zur Verfügung gestellt. Das Land Nordrhein-Westfalen fördert die Mitte 1990 beginnenden Umbauarbeiten großzügig. Im November 1991 soll das Dokumentationszentrum mit den Museum eröffnet werden.

Alles fing damit an, daß sechs Mitglieder der Forschungsgruppe „Regionalgeschichte/Dorsten unter dem Hakenkreuz", die seit 1982 existiert, bei ihren historischen Studien – inzwischen wurden sechs Bände veröffentlicht – zunehmend darüber betroffen waren, daß die Spuren der einst blühenden jüdischen Gemeinden im Kreis Recklinghausen kaum mehr kenntlich waren. Daher initiierte die Forschungsgruppe im November 1987 die Gründung eines Trägervereins, für den Wissenschaftler, Politiker und Vertreter des öffentlichen Lebens gewonnen werden konnten.

„Als Nachfolger jener, durch deren Schuld jüdisches Leben ausgelöscht wurde, fühlen wir uns verantwortlich, die Spuren jüdischer Geschichte und Religion im Kreis Recklinghausen und in ganz Westfalen zu sichern und zu erhalten." Dieser Satz aus der Präambel der Satzung des Trägervereins für das Dorstener Dokumentationszentrum beleuchtet den Grund für ein Museum zur jüdischen Geschichte in Dorsten: die Erinnerung an das fast ausgelöschte jüdische Leben wachzuhalten, Informationen über die Geschichte, aber auch über das gegenwärtige Leben jüdischer Bürger zu geben, über ihren Alltag, ihre Kultur, Religion und Riten. Nicht zuletzt geht es auch darum, den antisemitischen Tendenzen in unserer Gesellschaft entschieden entgegenzuwirken. Zu dieser Verantwortung haben sich bislang über 160 Personen als Mitglieder des Trägervereins bekannt. Dessen Vorstand wird von einem Beirat

unterstützt, einem 25köpfigen Fachgremium, dem Politiker, Wissenschaftler, Geistliche, Künstler und Vertreter von Verbänden angehören.

Dorsten ist deshalb als Standort des Dokumentationsforums vorgesehen, weil die Stadt im 19.Jahrhundert Sitz einer „Synagogenhauptgemeinde" wurde, der neben Dorsten selbst die damaligen Gemeinden Gladbeck, Buer, Horst, Osterfeld, Resse, Bottrop, Marl Lembeck, Wulfen, Altschermbeck und Erle angehörten. Dieser Synagogenbezirk galt räumlich als zweitgrößter im damaligen Deutschen Reich. Die Straße, an der das Dokumentationszentrum stehen wird, wurde im November 1988 nach dem letzten Vorsteher der Dorstener jüdischen Gemeinde benannt, der 1942 nach Riga deportiert und dort ermordet wurde. Sie heißt seit 1988 Julius-Ambrunn-Straße.

Die Shoah hat zahlreiche Städte „judenfrei" gemacht und dazu geführt, daß wir kaum noch etwas von jüdischen Bräuchen und Traditionen wissen. „Das Feuer des jüdischen Glaubens wurde in Europa zertreten, die altehrwürdigen Gebete sind verklungen, und die Orte, die jüdischen Menschen lieb und heilig waren, wurden verwüstet", beschreibt Peter Maser in seinem Vorwort zum Buch „Jüdischer Alltag, jüdische Feste" die Situation des Judentums heute. Auch wenn man dieser apodiktischen Aussage nicht ganz zustimmen kann, so weist sie doch in die Richtung des großen Verlustes. In Dorsten soll nach den Spuren jüdischen Lebens gesucht, und das Nichtwissen um die jüdische Kultur und den jüdischen Glauben gebrochen werden.

Das Dokumentationszentrum soll als Museum dienen und – in Anlehnung an die jüdische Tradition – weniger eine Gedenkstätte als vielmehr ein „Haus des Lernens" werden, mit Museumsräumen, Sammlungen, mit Mediothek und Bibliothek sowie mit Ausstellungsräumen für jüdische Kunst und jüdische Künstler. Es soll aber auch als Begegnungsstätte zwischen Juden und Nichtjuden dienen.

Eine umfangreiche, in Westfalen wohl einmalige Judaica-Sammlung ist bereits vorhanden. Sie umfaßt synagogales und häusliches Kultgerät ebenso wie Exponate und Dokumente aus dem Alltagsleben: Münzen, Geleitbriefe, Reisepässe, Urkunden, Fotos. Die Exponate werden durch eine Sammlung von Stichen aus dem 15. bis zum 20.Jahrhundert ergänzt. Wichtiger Bestandteil der Sammlung sind außerdem Exponate und Dokumente zu den Themen „Antijudaismus" und „Antisemitismus".

Die Exponate werden hauptsächlich auf Auktionen in Israel und Amsterdam sowie in jüdischen Kunst- und Antiquitätengeschäften in London und Wien zusammengetragen. Zum Teil übernimmt die Landestiftung Nordrhein-Westfalen die Finanzierung. Die dem Kreis Recklinghausen zugehörige Stadt Marl hat dem Trägerverein eine Torahrolle geschenkt; Mitglieder des Trägervereins und Firmen spenden für die notwendigen Ankäufe. Der Trägerverein gibt das Mitteilungsblatt „Schalom" heraus,

das viermal pro Jahr erscheint und Berichte, Reportagen und Nachrichten über das Dokumentationszentrum enthält.

In der Fachbibliothek des Dokumentationszentrums können sich Besucher über jüdiche Geschichte und Religion informieren. Ergänzend stehen eine Plakatsammlung zum Judentum und eine Israel-Bibliothek zur Verfügung. Filme und Diaphonien sowie jüdische Musik und Tondokumente können im Medienraum angesehen bzw. gehört werden.

Im Erdgeschoß werden jüdische Gegenwartskunst und im Wechsel Ausstellungen zum Judentum gezeigt. Ergänzt wird dieser Bereich durch die ständige Ausstellung des Holocaust-Zyklus von Tisa von der Schulenburg (S.Paula), der sich im Besitz der Dorstener Städtischen Kunstsammlung befindet.

Um die Sammlung kontinuierlich erweitern zu können, sucht der Trägerverein auch weiterhin Kultgegenstände, Bücher, Schriften, Zeichnungen, Stiche und Gemälde das Judentum betreffend. In vielen Orten haben Juden vor ihrer Deportation manches, was ihnen lieb und teuer war, den Händen nichtjüdischer Freunde anvertraut, weil sie hofften, eines Tages zurückzukommen. Vielleicht befinden sich in einigen Haushalten noch Dokumente, Fotos und Kultgegenstände, mit denen die heutigen Eigentümer kaum etwas anzufangen wissen. Manche Gegenstände mögen zudem in den Depots der Heimatmuseen ruhen. Als Leihgabe könnten sie im Dorstener Dokumentationszentrum, konzeptionell zusammengefaßt, gezeigt werden. Der Trägerverein ist hier für jede Hilfe dankbar. Es gilt, die Spuren jüdischen Lebens in Westfalen zu sichern und zu erhalten.

Kontaktadresse:
Dokumentationszentrum für jüdische Geschichte und Religion, Geschäftsstelle: Wolf Stegemann, Knappenweg 8, 4270 Dorsten 1, Telefon: 02362/62179 oder 25456.

Kurzerklärung hebräischer Begriffe

Chanukkah: Einweihung. Lichterfest zur Wiedereinweihung des Tempels in Jerusalem durch die Makkabäer im 2. Jahrhundert v.d.Z.

Chewrah kadischah: Heilige Gesellschaft. Wohltätigkeitsverein.

Erez Israel: Land Israel.

Hachscharah: Vorbereitung auf die Auswanderung nach Erez Israel, in der Regel mit einer Ausbildung im landwirtschaftlichen und handwerklichen Bereich verbunden.

Haggadah: Das Erzählen, das Sagen. Text, der vom Auszug der Israeliten aus Ägypten erzählt und am Pessachfest bei der familiären Zeremonie gelesen wird.

Hechaluz: Der Pionier. Zionistische Organisation zur Berufsausbildung und Vorbereitung junger Einwanderer auf das Leben in Palästina.

Iwrith: Hebräisch, Neuhebräisch.

Jom Kippur: Tag der Umkehr, Versöhnungstag.

Kibbuz: Sozialistisch geprägte Siedlungsform mit meist landwirtschaftlicher Grundlage. Ursprünglich wurde dort auch die Kindererziehung weitgehend von Gemeinschaftseinrichtungen getragen.

koscher: recht, tauglich. Den biblischen Speisevorschriften entsprechend, die u.a. forderten: Entziehung des Blutes aus dem Fleisch beim Schlachten (=Schächten); Trennung von Milch- und Fleischspeisen; Verbot des Verzehrens von Schweinefleisch.

Mazzah (Plural: Mazzot, Mazzen): Ungesäuerte Brote, die während des sieben Tage dauernden Pessachfestes gegessen werden.

Pessach: Überschreiten. Fest der Befreiung aus Ägypten (nachdem der Engel die Häuser der Israeliten überschritten und ihre Erstgeborenen nicht getötet hatte).

Rosch ha-Schanah: Kopf des Jahres. Das kalendarische Neujahrsfest. Daneben existiert im jüdischen Kalender ein Neujahrsfest der Bäume, der Könige und der Abgabe des jährlichen Zehnts.

Schabbat: Die Arbeit niederlegen. Der siebte Tag der Woche, in der Bibel als Ruhetag für alle geboten.
Tallit: Gebetmantel.

Talmud: Zusammenfassung der Lehren und Überlieferungen des nachbiblischen Judentums.

Torah: Wegweisung. Im engeren Sinn die fünf Bücher Mose, im weiteren die ganze hebräische Bibel. Es kamen die zunächst nur mündlich tradierten Auslegungen der Torah hinzu. Später wurden auch diese schriftlich festgehalten.

Anmerkungen

Zimmermann / Garde: Spurensuche

[1] Ausführlich erzählen dagegen Judith Braunthal, Chanan David, Rolf Humberg und Oskar Kleinberger über die Bottroper jüdische Gemeinde, in der sie groß geworden sind. Über die Geschichte des Bücherfundes und die Geschichte des Hauses Kirchhellener Straße 46 nach dem Novemberpogrom konnten sie aber nichts berichten, da sie Deutschland teils vor 1938, teils unmittelbar nach der „Reichskristallnacht" verlassen hatten. Siehe die Erinnerungen von Judith Braunthal, Chanan David, Rolf Humberg und Oskar Kleinberger in diesem Katalog.

[2] Die archivalischen Quellen, auf denen die folgenden Ausführungen basieren, hat der Bottroper Stadtarchivar Dr. Manfred Lück eruiert und zusammengestellt.

[3] Zu den Deportationen der Juden aus Bottrop siehe den Beitrag von Manfred Lück in diesem Band.

[4] Severin Heinisch, Objekt und Struktur – Über die Ausstellung als einen Ort der Sprache, in: Jörn Rüsen/Wolfgang Ernst/ Heinrich Theodor Grütter (Hrsg.), Geschichte sehen. Beiträge zur Ästhetik historischer Museen, Pfaffenweiler 1988, S.82 - 87, hier S. 84.

[5] Dan Diner, Negative Symbiose. Deutsche und Juden nach Auschwitz, in: Babylon. Beiträge zur jüdischen Gegenwart, Heft 1/1986, S. 9 - 20, hier S. 13.

[6] Die gestalterische Konzeption der Ausstellung „Spurensuche. Eine jüdische Gemeinde, die nicht mehr existiert", wurde von Andreas Jander, Bühnenbildner am Schauspiel Essen, entwickelt.

[7] Walter Benjamin, Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit, Frankfurt am Main 1977, S. 15.

[8] Severin Heinisch, a.a.O., S.83.

Heid: Ostjüdische Arbeiter

[1] Julius Berger, Ostjüdische Arbeiter in Deutschland, in: Sozialistische Monatshefte, 24.Jg. (Berlin 1918), S. 472 - 479; Berger, Ostjüdische Arbeiter im Krieg, in: Volk und Land, Jg.I (3.Juli 1919), Nr. 27, S. 829 - 878; Shalom (Salomon) Adler-Rudel, Ostjuden in Deutschland 1880 – 1940. Zugleich eine Geschichte der Organisationen, die sie betreuten, Tübingen 1959 (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 1); Werner Fraustädter, Die ostjüdische Arbeiterwanderung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, Diss.Jur. (Masch.Schrift), Frankfurt am Main 1921; Zosa Szajkowski, East European Jewish Workers in Germany during World War I, in Salo Wittmayer Baron, Jubilee Volume 2, Jerusalem 1974; Steven E.Ashheim, Eastern Jews, German Jews and Germany's Ostpolitik in the First World War, in LBI Year Book XXVIII (1983), S. 351 - 365; in den letzten Jahren sind vom Verfasser einige Einzelstudien zum ostjüdischen Proletariat im rheinisch-westfälischen Industriegebiet erschienen, u.a.: Ludger Heid, Das ostjüdische Proletariat in Duisburg 1914 – 1922, in: ders./Julius H. Schoeps (Hrsg.), Arbeit und Alltag im Revier (Duisburger Forschungen Band 33), Duisburg 1985, S. 213 - 232; ders., East European Jewish Workers in the Ruhr, 1915 – 1922, in: Leo Baeck Year Book XXX, London 1985, S. 141 - 168; ders., „Mehr Intelligenz als körperliche Kraft". Zur Sozialgeschichte ostjüdischer Proletarier an Rhein und Ruhr 1914 – 1923, in: Jahrbuch des Instituts für deutsche Geschichte, XV, Tel Aviv 1986, S. 337 - 362. – Zu verweisen ist auch auf die umfangreiche und verdienstvolle Monographie von Trude Maurer, Ostjuden in Deutschland 1918 – 1933, Hamburg 1986. In ihrer Studie beschreibt Maurer auch den proletarischen Aspekt der ostjüdischen Existenz in Deutschland während des 1. Weltkriegs und der Weimarer Republik.

[2] Yeoshua Amir im Gespräch mit dem Verfasser, 6.11.1982. Amir Herman Neumark, 1911 in Duisburg geboren, Studium in Bonn und Berlin, Dr. phil., 1937 an der Hochschule für die Wissenschaft des Judentums zum Rabbiner ordiniert. Auswanderung nach Palästina.1949 – 1966 als Sprachlehrer am Ulpan Etzion in Jerusalem.Seit 1966 Dozent (Senior Lecturer) für hellenistisches Judentum und moderne jüdische Philosophie an der Hebräischen Universität Jerusalem. Übersetzte wichtige Bücher, vor allem aus der neueren deutschsprachigen jüdischen Literatur, ins Hebräische. – Vortrag von Julius Goldstein, Darmstadt, 9.11.1920 zum

Thema „Rassismus und Nationalismus". Vgl. Rhein- und Ruhrzeitung (RZZ), 8.11.1920, Nr. 501.

[3] Einen hohen ostjüdischen Arbeiteranteil im Jahre 1920 wiesen auch Essen mit ca. 175 und Gelsenkirchen mit 64 Personen auf. Fraustädter, S. 62 f.

[4] Zwischen 1880 und 1914 wanderten insgesamt 1 593 000 russische Juden in die USA aus. Vgl. Wladimir W. Kaplun-Kogan, Die jüdischen Wanderungsbewegungen in der neuesten Zeit (1880 – 1914), Bonn 1919, S. 19.

[5] Davon kamen 21 000 aus Rußland und 30 000 aus Österreich-Ungarn (Galizien). Vgl. ibid.

[6] Das waren bei einem jüdischen Bevölkerungsanteil von 615 000 in Deutschland 12,8 %. Vgl. Adler-Rudel, S. 20 f. und Zeitschrift für Demographie und Statistik der Juden, Jg. 1905 – 1913.

[7] Das waren 0,68 % der Duisburger Bevölkerung. Vgl. Verwaltungsbericht der Stadt Duisburg (Verwaltungsberichte) 1912 – 1925 (Duisburg 1928), S.193.

[8] Das entsprach 19,88 % der jüdischen Bevölkerung. Vgl. Jack Wertheimer, The Duisburg Affair: A Test Case in the Struggle for „Conquest of the Communities", in: Association for Jewish Studies, Vol.6, Cambridge, Massachusetts 1981, S. 193.

[9] StA Duisburg 10/5643. – Der Konflikt um das Wahlrecht in der Gemeinde hat über Duisburg hinaus für beträchtliches Aufsehen innerhalb der deutsch-jüdischen Öffentlichkeit gesorgt. Er gipfelte in der Frage: „Was sollen die staatlichen Behörden von uns denken, wenn wir gegen die ausländischen Juden all die Gründe vorbringen, die antisemitische Torheit und Bosheit gegen die Gesamtjudenheit schleudert?" So Fabius Schach, Die „Fremdenfrage" (Zum Fall Duisburg), in: Ost und West, XIV.Jg. (Januar 1914), Heft 1, Spalte 15. Vgl. auch Wertheimer und Adler-Rudel, S. 27 ff.

[10] Vgl. Fraustädter, S. 22.

[11] Vgl. dazu Stenographische Berichte der deutschen Nationalversammlung, 21. Sitzung, 5.März 1919, S. 527; Die Weltgefahr der Judenhetze in Deutschland. Die neue Ostjudenfrage, in: Ost und West, XX.Jg. (März-April 1920), Heft 3/4, S. 69; Leon Sklarz, Geschichte und Organisation der Ostjudenhilfe in Deutschland seit dem Jahre 1914, Diss.jur., Rostock 1927, S. 28 f.; Werner Senator, Sozialpolitik für die Ostjuden in Deutschland, in: Der Jude, 6.Jg., 1921/22, S. 74.

[12] Vgl. dazu vor allem Adler-Rudel, S. 34 ff.; Julius Berger, Ostjüdische Arbeiter im Kriege, S. 829 - 838 und 865 - 878; ders., Ostjüdische Arbeiter in Deutschland, S. 472 - 479. (Berger spricht von 17 000 angeworbenen ostjüdischen Arbeitern); Israel Reichert, Die Arbeiterfrage in Deutschland, in: Die Arbeit. Organ der zionistischen volkssozialistischen Partei Hapoel-Hazair, 1.Jg. (Januar 1919), Heft 2, S. 13.

[13] Fraustädter, S. 49: 14 000; Adler-Rudel, S.90: 16 000; Sklarz, S. 108, 1920/21: 15 000; Fraustädter, S. 66, 1920: 2 500; Frau Avneri, geb. Bertha Heymann in Mitteilung an Harry Epstein (Harry Epstein an Günther von Roden, Jerusalem, 12.8.1971) Februar 1921: 10 000; Fraustädter, S. 49, nach der Revolution: 4 600; Adler-Rudel, S. 123, Ende 1922: 15 000.

[14] Allerdings stand dieser Einwanderung eine nicht unbeträchtliche Abwanderung in Höhe von ca. 50 000 Ostjuden gegenüber. Denkschrift der Reichsregierung v.30.3.1922, zit. nach Adler-Rudel, S. 47 u.120; Hans-Helmuth Knütter, Die Juden und die deutsche Linke in der Weimarer Republik (Bonner Schriften zur Politik und Zeitgeschichte, Bd.4), Düsseldorf 1971, S. 80 f.

[15] Der Aufruf war unterzeichnet von: „die obere Leitung fun die ferbindete deitse und estreich-ungarise armies" (Berlin, Nr. 1, August 1914). – Der jiddische Text (in hebräischen Buchstaben) läßt sich nur sehr schwer in lateinische Lettern übertragen. Ich folge hier: Hermann L.Strack, Jüdisch-deutsche Texte. Lesebuch zur Einführung in Denken, Leben und Sprache der osteuropäischen Juden, Leipzig 1917, S. 9.

[16] RP Düsseldorf an PP Essen, LR und PV der Stadtkreise im Bereich des VII.Armeekorps, Düsseldorf, 31.8.1915, StA Duisburg 20/436.

[17] Kriegsministerium Nr. 137.10.15.A.Z. an Ministerium des Innern, Berlin, 8.10.1915, ibid.

[18] Der Minister des Innern, II f, 1999, Betrifft: Russisch-jüdische Arbeiter, Berlin, 16.12.1915, HSTM Oberpräsidium Nr. 4115.

[19] Der Minister des Innern, II f, Berlin, 27.September 1916, ibid.

[20] Der Minister des Innern, II f 1908, Berlin, 20.9.1917, ibid.

[21] Zum Problem der Arbeitsverträge vgl. vor allem: Berger, Ostjüdische Arbeiter im Kriege, S. 832.

[22] OB Robert Lehr, Düsseldorf, 16.9.1915. – Hier handelte es sich um eine Abschrift des BM von Hochemmerich, 28.12.1915, StA Duisburg 20/436.

[23] Ibid.

[24] Vgl. Adler-Rudel, S. 39 - 47.

[25] Vgl. Karl Kautsky, Rasse und Judentum, Berlin 1914, S.75 Die gleiche Auffassung vertritt Theodor Müller, Die Einwanderung der Ostjuden, in: Die Neue Zeit 1920/21, 2.Bd., S. 297. – Zum Verhältnis Sozialdemokratie-Antisemitismus liegen zwei grundlegende Arbeiten vor: Edmund Silberner, Sozialisten zur Judenfrage. Ein Beitrag zur Geschichte des Sozialismus vom Anfang des 19.Jahrhunderts bis 1914, Berlin 1962 u.Rosemarie Leuschen-Seppel, Sozialdemokratie und Antisemitismus im Kaiserreich. Die Auseinandersetzung der Partei mit den konservativen und völkischen Strömungen des Antisemitismus 1871 - 1914, Bonn 1978.

[26] Zur Fremdenfeindlichkeit in der Arbeiterschaft vgl. Knütter, S. 206 - 213.

[27] PP Bochum an Stellv.Generalkommando. VII.Armeekorps Münster, Bochum, 2.9.1915, StA Duisburg 20/436.

[28] Ibid.

[29] RP Düsseldorf, 27.8.1918, StA Duisburg 10/5647. – Am 24.9.1918 meldete der RP, daß das Oberkommando Ost ein Lager bezeichnet habe, in das die Juden in „geschlossenen Transporten" zurückgeführt werden könnten. Ibid.

[30] Bekanntmachung über die Meldepflicht der Ausländer, vgl. RRZ v. 29.4.1919, Nr. 197 und Verwaltungsberichte 1912 – 1925, S. 350.

[31] 1921 waren es 101, 1922 21 Personen. Vgl. Verwaltungsberichte 1912 – 1925, S. 350.

[32] David Einhorn, Deutsche Juden rühmen sich ihrer jüdischen Bergarbeiter, Forward (Jiddische Tageszeitung), New York, 28.6.1922, zit. nach Adler-Rudel, S. 94.

[33] Von jüdischer Seite sah man mit Besorgnis dem Erlaß des Sozialdemokraten Heine entgegen, den man antisemitischer Neigungen verdächtigte. Die Befürchtungen waren – zumindest was den Erlaß vom 1.November 1919 betraf – unberechtigt. Eduard Bernstein, einer der theoretischen Köpfe der deutschen Sozialdemokratie, kommentierte: „Zu Wolfgang Heines Ehre mußgesagt werden, daß, obwohl er als Student dem Verein der deutschen Studenten angehörte, der in seiner Mehrzahl aus Antisemiten bestand und er allgemein als ein nach rechts neigender Politiker beurteilt wurde, in seinem Erlaß nicht der geringste Einfluß antisemitischer Tendenzen zu merken war." (Eduard Bernstein, Die Ostjuden in Deutschland, in: The Zukunft (Jiddisch), Vol. XXVIII, New York, November 1923, zit. nach Adler-Rudel, S. 66. – Die Kritik Heines an der Arbeit des Jüdischen Arbeiterfürsorgeamtes, in dem er am 13.2.1920 die Aufhebung des Erlasses androhte, ist bei Adler-Rudel nicht aufgeführt.

[34] Text des Erlasses in: Adler-Rudel, S. 158 - 161.

[35] Lagebericht vom 10.12.1920 über „Ostjuden im Ruhrgebiet". – Der Lagebericht bezog sich auf einen Artikel in der Deutschen Tageszeitung (5.12.1920), Nr. 567, der nach Ansicht der Berliner Behörde nicht den Tatsachen entsprach. – HSTA München MA 101254.

[36] Der städtische Verwaltungsbericht veröffentlichte folgende Zahlen hinsichtlich der Ausländerbewegung:

	Bestand	Zugang	Abgang
1. Oktober 1919	13721	915	324
1. Januar 1920	14312	1456	2651
1. Januar 1921	13117	1133	2219
1. Januar 1922	12031	2226	2077

Verwaltungsbericht 1912 – 1925, S. 350.

[37] Amir, wie Anm. 2

[38] In der Duisburger jüdischen Gemeinde beispielsweise war der Synagogen-Gottedienst reformiert: Es gab ein Harmonium und einen Synagogenchor; die Gebete wurden weitgehend deutsch gesprochen.

[39] Die Tätigkeit des Arbeiterfürsorgeamtes, insbesondere die Ab- und Rückbeförderung der ostjüdischen Flüchtlinge, Denkschrift vom Leiter der Fürsorgestelle Heinrich Glaser, S. 3 f., HSTD RD 15670.

[40] Ibid., S. 3.

[41] Landesarbeitsamt Westfalen-Lippe an sämtliche Arbeitsnachweise, Münster, 4. 3. 1920, StA Bochum Kr A 716

[42] Landesarbeitsamt Westfalen-Lippe an sämtl. Arbeitsnachweise, 4. 3. 1920, ibid.

[43] Richtlinien für die Arbeitsvermittlung der Ostjuden. Maßgebend für die Zusammenarbeit zwischen den jüdischen Fürsorgeorganisationen und der Organisation des öffentlichen Arbeitsnachweises, ibid.

[44] Der Präsident des Reichsamtes für Arbeitsvermittlung an das Landesarbeits- und Berufsamt der Rheinprovinz, Düsseldorf, und sämtl. Landesarbeitsämter, Berlin, 20. 5. 1920, ibid.

[45] Denkschrift Heinrich Glaser, S. 4.

[46] Jüdische Arbeiterfürsorgestelle für Rheinland und Westfalen, Dr. Walter Preuß, PV Osterfeld, Duisburg, 8. 7. 1920. – Bemerkenswert ist, daß im Briefkopf die gedruckte Bezeichnung „Jüdisches Arbeitsamt" schwach durchgestrichen und durch einen darüber angebrachten Stempel mit den Worten „Jüdische Arbeiterfürsorge" ersetzt war. StA Oberhausen, Amt u. Stadt Osterfeld Nr. 208.

[47] Protokollbuch der Synagogengemeinde Wanne-Eickel, 14. 12. 1919, StA Herne. – Die finanzielle Unterstützung aus Wanne-Eickel wurde auch später fortgesetzt. Am 12.12. 1920 wurde eine monatliche Beihilfe von 50 RM beschlossen, ibid., S. 161.

[48] Dr. Paul Schnurmacher an den Verfasser, Haifa, 5. 10. 1983.

[49] Mit dem evangelischen Konsulat konnte eine Vereinbarung erzielt werden, daß Flüchtlinge, die auf ihre polnische Staatsangehörigkeit verzichteten, nach Palästina auswandern konnten. Bis Mitte 1921 konnten 150 bis 200 Personen emigrieren. Vgl. Denkschrift Heinrich Glaser, S. 8.

[50] Zahlen bei Fraustädter, S. 77.

[51] Ebenda, S. 102.

[52] RP Düsseldorf an LR und BM, Düsseldorf, 7. 4. 1920, StA Mülheim a. d. Ruhr 32/26-00-2.

[53] OP der Provinz Westfalen an RP Arnsberg, Münster, 13. 8. 1920, HSTM, Kreis Dortmund, LR Nr. 1272.

[54] PV Castrop an LR Dortmund, Castrop, 27. 8. 1920, ibid.

[55] PV Lütgendortmund an LR Dortmund, Lütgendortmund, 27. 8. 1920, ibid.

[56] LR Dortmund an RP Arnsberg, Dortmund, 1. 9. 1920, ibid.

[57] Oberhausener Volksstimme, Sozialdemokratisches Organ für den Wahlbezirk Oberhausen-Hamborn-Mülheim-Duisburg, 2.2.1920, Nr. 33.

[58] Verhandlungen des Preußischen Landtags, Sitzungsberichte, 149. Sitzung, Berlin, 17.6.1922, Spalte 10762.

[59] Reichswehrkommando, Nachrichtenblatt 11 (Bis 13. 12. 1919), Kassel, 14. 12. 1919, HSTM, Oberpräsidium Nr. 5435

[60] Arbeiterzeitung, Essen, 23. 2. 1921, Nr. 24.

[61] PP Berlin an Staatskommissar für öffentliche Ordnung, Berlin, 14. 1. 1921, HSTD RD 15669.

[62] Fraustädter, S. 117.

[63] PV Duisburg an RD, Nebenstelle Essen, Duisburg, 17. 8. 1921, HSTD RD 15668.

[64] Fraustädter, S. 121.

[65] Aus der Arbeiterbewegung der zionistischen Sozialisten entstand um 1900 in Rußland der Poale Zion und entwickelte sich bis 1907 zur Weltvereinigung.

[66] Der Allgemeine Jüdische Arbeiterbund für Litauen, Rußland und Polen wurde 1897 in Wilna gegründet. Bis zum 1. Weltkrieg war der Bund die stärkste jüdische Arbeiterpartei, danach war er nur noch in Polen und Rumänien einflußreich. Der Bund war antizionistisch orientiert und trat für politische, nationale und soziale Gleichberechtigung unter Aufrechterhaltung des Judentums ein. Im kulturellen Bereich kämpfte der Bund für das Jiddische als allgemeine Sprache der Juden.

[67] OB Duisburg an RD, Nebenstelle Essen, Duisburg, 7. 7. 1921, HSTD RD 15667. – Zur gleichen Zeit hatte sich auch in Dortmund eine Gruppe der Poale Zion gebildet. Ihr Organ, die von Meilach Neustadt herausgegebene Jüdische Volksstimme, wurde nach Ansicht des Regierungspräsidenten von Arnsberg politisch

im Sinne der USPD redigiert. RP Arnsberg an LR, OB und PD, Arnsberg, 11. 4. 1921, StA Bochum, AW 178.

[68] OB Duisburg an RD, Nebenstelle Essen, Duisburg, 7. 7. 1921, HSTD RD 15667.

[69] PV Hamborn an RP Düsseldorf, Hamborn, 23. 5. 1925, HSTD RD 16778.

[70] Wie Anm. 61.

[71] Simon Eichengrün an PV Dortmund, Dortmund, 5. 5. 1917, StA Dortmund 5 Nr. 377.

[72] Polizeiberichte, Dortmund, 5. u. 6. 5. 1917; LR Dortmund 14. 5. 1917; RP Arnsberg, 23. 5. 1917; Stellv. Generalkommando, VII. Armeekorps, Münster, 31. 5. 1917 u. Politische Polizei, Dortmund, 5. 6. 1917, ibid.

[73] Unter den jüdischen Einwanderern nach Amerika 1912/14 waren noch 27,8 % aller Personen über 14 Jahren Analphabeten. Vgl. Wladimir Kaplun-Kogan, S. 44.

[74] Fraustädter, S. 43.

[75] Ibid., S. 86.

[76] Leo Rosenblüth, Zum K.J.V.-Tag! Ein Brief, in: Der Jüdische Student. 11. Kriegsheft, 20. 9. 1916, S. 281 - 284. Zit. nach Jehuda Reinharz (Hrsg.), Dokumente zur Geschichte des deutschen Zionismus, Tübingen 1981 (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 37), S. 182.

[77] Gerhard Holdheim, Das K.J.V. Seine Tendenz, seine Erziehungsmethoden und seine Gemeinschaftsformen, in: Der Jüdische Wille, 1. Jg. (Oktober/Dezember 1918), Heft 4/5, S. 222 - 238, zit. nach ibid., S. 240.

Bildnachweis

Archiv der ALTEN SYNAGOGE Essen – S. 18, 19, 20, 21, 29, 35

Judith Braunthal, Haifa – S. 52, 74, 83, 91

Andreas Hemstege, Wesel – S. 9

Rolf Humberg, Haifa – S. 67-69, 77

Ulrike Krey, Essen – S. 5, 47, 71, 72

Brigitte Schweizer, WAZ Bottrop – S. 3

Staatsarchiv Münster – S. 61-65, 86-90

Stadtarchiv Bottrop – S. 80

Stadtbildstelle Essen – S. 78

Die Autoren

Dr. Michael Zimmermann, 1951, Studium der Geschichte, Sozialwissenschaften und Latinistik, Historiker an der ALTEN SYNAGOGE

Tim Garde, 1953, Studium der Anglistik und Geschichte, Lehrer, 1987 – 1989 pädagogischer Mitarbeiter der ALTEN SYNAGOGE

Edna Brocke, M.A., 1943, in Jerusalem aufgewachsen, seit 1968 in der Bundesrepublik, Studium der Politikwissenschaften, Anglistik und Judaistik, Leiterin der ALTEN SYNAGOGE, Religionslehrerin der Jüdischen Gemeinde Krefeld

Dr. Ludger Heid, 1945, Studium der Politikwissenschaft, Geschichte, Germanistik und Judaistik, stellvertretender Direktor des Salomon Ludwig Steinheim–Instituts für deutsch-jüdische Geschichte in Duisburg

Dr. Manfred Lück, 1934, Studium der Philosophie, Psychologie und Kunstgeschichte, Leiter der Stadtbibliothek und des Stadtarchivs Bottrop

Judith Braunthal, geborene Kleinberger, geb. 1923 in Bottrop, lebt in Haifa/Israel

Chanan David, geb. 1915 in Norden/Ostfriesland, aufgewachsen in Bottrop, lebt in Glil-Yam/Israel

Rolf Humberg, geb. 1920 in Bottrop, lebt in Haifa/Israel

Oskar Kleinberger, geb. 1913 in Horst-Emscher, aufgewachsen in Bottrop, lebt in Haifa/Israel

Anke Klapsing, M.A., 1961, Studium der Geschichte, Redakteurin, 2. stellvertretende Vorsitzende des Trägervereins „Dokumentationszentrum für jüdische Geschichte und Kultur", Dorsten

Wolf Stegemann, 1944, Redakteur, 1. stellvertretender Vorsitzender und Geschäftsführer des Trägervereins „Dokumentationszentrum für jüdische Geschichte und Kultur", Dorsten

Impressum

Ausstellung

Gestaltung: Andreas Jander, Essen

Wissenschaftliche Konzeption: Edna Brocke, Michael Zimmermann

Recherchen und lebensgeschichtliche Interviews mit Judith Braunthal, Chanan David, Rolf Humberg und Oskar Kleinberger: Tim Garde, Manfred Lück, Michael Zimmermann

Photographische Arbeiten: Susan Keil, Essen

Plakat: Sabine Bungert/Ina Müller-Velten, Essen

Unser herzlicher Dank gilt der Theater und Philharmonie Essen GmbH und deren Mitarbeitern. Ihre freundliche Hilfe hat die Ausstellung erst möglich gemacht.

Katalog

Herausgeber: ALTE SYNAGOGE

Redaktion: Michael Zimmermann

Gestaltung: Susan Keil

Titelblatt: Sabine Bungert/Ina Müller–Velten

Druck: Schmittdruck GmbH & Co. KG, Essen

ISBN 3-924 384-16-9
© ALTE SYNAGOGE



Alte Synagoge Essen
Steeler Straße 29
4300 Essen 1
Telefon 02 01 / 88-46 43
oder 88-53 27